VON BUDAPEST NACH NOVI SAD

Eine Reise der Konferenz Europäischer Kirchen von 2013 bis 2018

GENERAL ASSEMBLY
YOU SHALL BE MY WITNESSES
CONFERENCE OF EUROPEAN CHURCHES
NOVI SAD 2018

„Ihr werdet meine Zeugen sein“
Apostelgeschichte 1,8

Vollversammlung in Novi Sad
31. Mai – 6. Juni 2018

© Konferenz Europäischer Kirchen
Ökumenisches Zentrum
rue Joseph II, 174
BE-1000 Brüssel

www.ceceurope.org

ISBN-Nummer: 978-1-78926-167-7

Copyright © 2018 Konferenz Europäischer Kirchen.
Alle Rechte vorbehalten. Abgesehen von kurzen Zitaten in Bekanntmachungen oder Rezensionen ist jegliche Vervielfältigung dieses Buches, auch von Teilen, nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Schreiben Sie an: cec@cec-kek.be

Gestaltung: www.ticktock-design.co.uk - Tick Tock Design, Vereinigtes Königreich.

Fotonachweis:
KEK *(S. 4 und 14)*; Rolando Niquet Lagunes *(S. 32 und 64)*; Peter Williams/ Ökumenischer Rat der Kirchen *(S. 46)*; Byjeng/Shutterstock (*S. 54)*; Rawpixel.com/ Shutterstock *(S. 96)*; CCME *(S. 102)*; Suriya Silsaksom/iStock *(S. 116)*.

Inhalt

Einleitung

Bericht des Präsidenten 5

Bericht des Generalsekretärs 15

Tätigkeitsberichte

Kapitel 1: Welche Zukunft für Europa? Offener Brief und KEK-Konsultation 39

Kapitel 2: Ekklesiologie und theologischer Dialog 47

Kapitel 3: Frieden und Versöhnung 55

Kapitel 4: Europäische Kirchen und Menschenrechte 65

Kapitel 5: Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit 73

Kapitel 6: Beschäftigung und Soziales 81

Kapitel 7: Bioethik und der christliche Glaube 89

Kapitel 8: Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft 97

Kapitel 9: Kommission der Kirchen für Migranten in Europa 103

Kapitel 10: Politik und Gesetzgebung in der EU 111

Kapitel 11: Kommunikation: der Stimme der KEK Ausdruck verleihen 117

Gedanken zur Vollversammlung in Novi Sad 123

Bericht des Haushaltsausschusses 129

Anhang 147

Mitglieder des KEK-Vorstands
Ausschussmitglieder
Thematische Referenzgruppen (TRG)
Nationale Kirchenräte
CCME-Exekutivausschuss
Partnerorganisationen der KEK
Nationale Kirchenräte
KEK-Mitgliedskirchen

Bericht des Präsidenten

BISCHOF CHRISTOPHER HILL

Meine Einleitung zu diesem Bericht gliedert sich in zwei Teile. Der erste berichtet über die Tätigkeit innerhalb der KEK nach der verfassunggebenden Versammlung in Budapest. Der zweite umfasst Gedanken über die Veränderungen, die in Europa in den jüngsten Jahren stattgefunden haben, sowie über den Hintergrund unserer Arbeit als Konferenz Europäischer Kirchen.

Die Veränderung der KEK nahm ihren Ursprung auf der Vollversammlung in Lyon im Juli 2009. Um zu verstehen, an welchem Punkt die KEK heute steht, sollten sich die Delegierten die wirkungsvollen und manchmal hitzigen Diskussionen während der Vollversammlung in Lyon in Erinnerung rufen. Dort wurde ein Auftrag für eine Revisionsarbeitsgruppe verabschiedet, der sechs Punkte umfasste:

- Es braucht kurze und leicht umzusetzende Verfahren.
- Die Revisionsarbeitsgruppe sollte nicht als gewöhnlicher Ausschuss zusammentreten, sondern als ein Sachverständigengremium, das die Regionen, die Konfessionsfamilien, die Mehrheits- und die Minderheitskirchen vertreten würde. Das Präsidium sollte eine beratende Funktion einnehmen.
- Die Arbeitsgruppe müsste möglichst bald zusammentreten.
- Die Arbeiten sollten sechs Monate vor der verfassunggebenden Versammlung in Budapest abgeschlossen sein.
- Der Bericht sei dem Zentralausschuss vorzulegen, einschließlich Empfehlungen hinsichtlich vorgeschlagener Verfassungsänderungen.
- Das Datum der verfassunggebenden Versammlung sollte vor dem Hintergrund der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) erwogen werden. Der Zentralausschuss sollte zudem die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung des Berichts beraten.

Die Revisionsarbeitsgruppe präsentierte ihren Bericht – mit dem Titel „Uppsala-Bericht“, dem Ort ihres letzten Treffens – wie gefordert im Jahr 2012 für die Vollversammlung in Budapest im Jahr 2013.

Die gesamte Vollversammlung in Budapest widmete sich der Reform der

KEK, und nach einer äußerst umfassenden Diskussion verabschiedete die Vollversammlung die vorgeschlagene neue Verfassung am 7. Juli 2013. Die Einzelheiten dazu können Sie im Bericht „Von Lyon nach Budapest“ nachlesen. Die neue Satzung umfasst eine vereinfachte Leitungsstruktur der KEK, darunter den Ersatz des äußerst großen und schwerfälligen Zentralausschusses und des Präsidialausschusses durch einen kleineren Vorstand und ein Präsidium, zusammen mit der getrennten Leitung der Kommissionen. Außerdem enthält sie einen Artikel mit Übergangsbestimmungen. Zu letzteren gehörte die Verlegung des Hauptsitzes von Genf nach Brüssel und die dadurch erforderlichen rechtlichen Änderungen gemäß belgischem Gesetz. (Auf diesen technischen Aspekt komme ich nachfolgend noch zu sprechen.)

Zum Abschluss der Vollversammlung von Budapest, nach meiner Wahl zum Präsidenten, sagte mir jemand: „Sehr gut! Die KEK wurde reformiert und entsprechend ihrem Zweck für die Zukunft Europas und dessen Kirchen angepasst.“ Ich erinnere mich, dass ich darauf antwortete: „Nicht ganz: Wir haben zwar die Verfassung geändert, doch jetzt ist es an der Zeit, die Organisation zu verändern!“ Der erste Teil der letzten fünf Jahre bestand demnach in der tatsächlichen Umsetzung der neuen Verfassung und der Richtung, die von der Vollversammlung in Budapest vorgegeben worden war.

Der Umzug nach Brüssel gestaltete sich kompliziert, verlief aber ziemlich reibungslos. Hierfür sind wir den Mitarbeitenden in Genf zu großem Dank verpflichtet, und wir freuen uns, dass alle von ihnen eine neue Stelle gefunden haben. Ich durfte sie in dieser Zeit der persönlichen Veränderung in ihrem Leben zweimal in Genf besuchen. Dabei sei daran zu erinnern, dass die Koordinatorin der Vollversammlung in Budapest, Clarissa Balan, nicht nach Brüssel ziehen konnte, und daher der Koordinator der Vollversammlung in Novi Sad und sein Team ihre Arbeit, zusammen mit dem Generalsekretär, ohne diese direkte Erfahrung aus Genf angehen mussten. Wir bedanken uns auch beim ehemaligen Generalsekretär, Dr. Guy Liagre, für seine Arbeit im Rahmen des Umzugs von Genf nach Brüssel. Genf ist zwar eine „internationale“ Stadt, doch Brüssel ist, gemeinsam mit Straßburg, eine „europäische“ Stadt. Sie ist es heute und wird es auch in Zukunft bleiben, unabhängig davon, wer tatsächlich Mitglied in der EU ist und wer nicht. Der Umzug nach Brüssel wurde von der Vollversammlung in Budapest beschlossen und seine Umsetzung war kein leichtes Unterfangen. Unser Archiv befindet sich weiterhin im Ökumenischen Zentrum in Genf, wo es sachkundige Behandlung erfährt.

Die Vollversammlung in Budapest beschloss jedoch auch die Abschaffung der unabhängigen Kommissionen, damit der neue Vorstand direkt im Namen der Mitgliedskirchen seine Verantwortung wirklich ausüben könnte. Diese Veränderung umzusetzen, erwies sich als komplizierter. Die Kommission Kirchen im Dialog war bereits direkter Bestandteil des Sekretariats in

Genf. Weil die Ernennung einer neuen Verantwortlichen dafür aus dem Mitarbeiterstab lange Zeit dauerte, konnte die Arbeit des Dialogs aber erst vor Kurzem wieder voll und ganz aufgenommen werden – wie die Delegierten im einschlägigen Bericht nachlesen können. Die Kommission Kirche und Gesellschaft, die ihren Sitz in Brüssel hat und Miteigner des Ökumenischen Zentrums ist, gemeinsam mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, leistete einen äußerst förderlichen Beitrag der Zusammenarbeit im „Verschmelzungsprozess".

Hierbei möchte ich unsere Dankbarkeit gegenüber dem damaligen Vorsitzenden, Pastor Serge Fornerod, zum Ausdruck bringen. Er leitete die „Fusion" mit viel Kompetenz und diplomatischem Geschick an. Dazu gehörte auch das Übergangsvehikel, um die juristische Identität der Kommission Kirche und Gesellschaft aus technischer Sicht in die neue KEK zu übertragen, damit die KEK in Belgien nicht als vollständig neues rechtliches Gremium registriert werden musste, mit den damit einhergehenden Eigentumsfragen usw. Eine weitere Folge dieser Verschmelzung war die einstweilige ordnungsgemäße Fortsetzung des Arbeitsprogramms der Kommission Kirche und Gesellschaft, damit die Tätigkeit in Brüssel reibungslos weitergehen konnte, bis der Vorstand die Richtung selbst angemessen vorgeben könnte. Die Untergruppen werden nun unter der Bezeichnung „Thematische Referenzgruppen" (TRG) fortgeführt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Gruppen und der Mitarbeiterstab der KEK im Begriff, zu evaluieren, wie sinnvoll diese TRG sind. Einige arbeiten auf äußerst wirksame Art und Weise und Sachverständige zahlreicher Mitgliedskirchen beteiligen sich umfassend daran. Andere scheinen weniger gut zu funktionieren und die Frage stellt sich, ob es für *gewisse* Bereiche der Arbeit der KEK nicht wirksamere Instrumente gäbe.

Die Beziehung zur Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) gestaltete sich sehr kompliziert. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass vor der Vollversammlung in Lyon Pläne ausgearbeitet worden waren, um die KEK und die CCME zusammenzuführen. Technisch gesehen ist die CCME jedoch eine separate Struktur, mit einer eigenen Vollversammlung und Delegierten, die von Hilfswerken und Kirchen ernannt werden, mit einem eigenen Einnahmenfluss für die grundlegende und immer bedeutsamere Arbeit mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen in der heutigen europäischen und globalen Krisensituation. Der Lyon-Uppsala-Budapest-Prozess setzte diesem Integrationsprozess ein etwas einseitiges vorläufiges Ende. Die CCME hatte daher gewisse Vorbehalte, die auf begründeter Sorge aufgrund tatsächlicher Besorgnisse hinsichtlich ihrer größeren Mitgliederbasis und Einnahmen beruhten. Die Frage, die wie selbstverständlich gestellt wurde, lautete: Würde die Arbeit der Kirchen für und mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen eingeschränkt werden und an Sichtbarkeit verlieren?

Die Situation wurde durch Probleme mit gewissen Persönlichkeiten zusätzlich erschwert; diese konnten jedoch zum Glück durch die ausgezeichneten Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Generalsekretären der KEK und der CCME gelöst werden. Außerdem ist die KEK im Exekutivausschuss und in der Vollversammlung der CCME gut vertreten. 2014 wurde eine neue Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet – an deren Ausarbeitung ich persönlich teilgenommen habe, mit dem Vorsitzenden der CCME. 2017 wurde von beiden Vorständen erfreulicherweise ein erweitertes Kooperationsabkommen angenommen. Alle Einzelheiten dazu finden sich in den einschlägigen Berichten der CCME. Die KEK freut sich auf eine noch engere Zusammenarbeit und Wege der Partnerschaft, nun da die CCME ebenfalls eine neue Phase ihrer Tätigkeit in Angriff nimmt. In Novi Sad werden die Delegierten der Kirchen mit Sicherheit betonen wollen, wie entscheidend die „Seele" Europas in unserer Reaktion auf die Flüchtlingskrise ist, mit der wir konfrontiert sind. Ich möchte auch festhalten, wie bestürzt ich persönlich darüber bin, dass es dem Vereinigten Königreich nicht gelungen ist, in seinem Handeln Großzügigkeit und Mitgefühl zu zeigen. Leider ist es aber nicht das einzige Land, das so reagiert hat.

Um wieder auf die Arbeit innerhalb der KEK zurückzukommen: Ich muss auch von den Schwierigkeiten für das Präsidium, den Vorstand und den Mitarbeiterstab in Brüssel am Ende des Übergangsvertrags des früheren Generalsekretärs berichten. Dies waren keine glücklichen Zeiten im Ökumenischen Zentrum. Dennoch wünschen wir dem früheren Generalsekretär alles Gute für seine Zukunft und heißen den aktuellen Generalsekretär in seinem dritten Amtsjahr herzlich willkommen. Dieser Übergang, das sage ich aus eigener Erfahrung, erforderte sehr viel Zeit von Ihrem Präsidenten und auch von allen Mitarbeitenden in Brüssel, und er war für alle mit viel Emotionen verbunden.

Zu jener Zeit war die Verfassung von Budapest entsprechend der verabschiedeten Übergangsbestimmungen am Ende (Artikel 17) angepasst worden, damit sie belgischem (und nicht mehr schweizerischem) Recht entspräche. Der Vorstand befolgte die damaligen Empfehlungen. Auf Anfrage des Rechtsberaters unserer Vollversammlung und des Planungsausschusses für die Vollversammlung hat uns jedoch in der Zwischenzeit eine bekannte Anwaltskanzlei in Brüssel darauf hingewiesen, dass dieser erste Versuch nicht perfekt gelungen war. Dies bedeutet, dass die Vollversammlung in Novi Sad weitere erforderliche Änderungen an der Verfassung vornehmen muss. Alle Mitgliedskirchen wurden bereits über diese Tatsache informiert und es besteht *in keiner Weise* die Absicht, in irgendeiner Weise umstrittene Änderungen durchsetzen zu wollen. Es handelt sich hauptsächlich um Zusätze, weil die belgische Gesetzgebung mehr Einzelheiten in der Verfassung einer Organisation (anstatt in ihrer Satzung) fordert, als dies in anderen Staaten der

Fall ist. Alle Änderungen entsprechen dem beabsichtigten Sinn des Uppsala-Budapest-Prozesses. Die Vollversammlung in Novi Sad soll *nicht* zu einer verfassunggebenden Versammlung werden. Wir vertrauen darauf, dass es uns gelingen wird, die Änderungen ohne zu verweilen zu verabschieden, weil bereits im Vorfeld eine Konsultation mit den Kirchen stattgefunden hat.

Zum Schluss meines Berichts über das „Innenleben" der KEK möchte ich mich noch bei verschiedenen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Der „Uppsala-Bericht" äußerte Besorgnis über die finanzielle Transparenz und Sicherheit der KEK. Der „neue" Haushaltsausschuss, bestehend aus einer kleinen Gruppe von Sachverständigen unter der Leitung von Pastor Michael Bubik, hat die Transparenz der Finanzen der KEK eindeutig verändert. Durch die Einführung einer Betriebsbuchführung kann der Vorstand nun den tatsächlichen Stand der Finanzen einsehen. Die Tatsache, dass die Buchführung nur noch in Euro und nicht mehr in Schweizer Franken und in Euro erfolgt, hat uns das Leben ebenfalls erleichtert! Die langfristige Herausforderung der Erarbeitung eines optimaleren Systems für die Jahresbeiträge besteht jedoch weiter. Michael Bubik hat verschiedene Modelle hierzu entwickelt. Unsere Schwesterorganisation, der ÖRK, steht vor demselben Problem. Unterschiedliche Kirchen haben unterschiedliche Wirtschaftskulturen und Ansichten über die Mitgliedschaft. Außerdem ist da die Frage der ungenügenden Bezahlung oder gar der Nicht-Bezahlung der Mitgliedschaftsbeiträge. Die Präsidenten, der Generalsekretär und der Schatzmeister statten den entsprechenden Mitgliedern jeweils Besuche ab. Der Vorstand und der Haushaltsausschuss sind sich darüber im Klaren, dass dieses Problem angegangen werden muss. Einige Mitglieder sind jedoch auch wunderbare Gastgeber für wichtige Treffen und Tagungen der KEK. Diese Art des Beitrags wird von der KEK sehr geschätzt, auch wenn es manchmal schwierig ist, sie gebührend zu berücksichtigen. Der Haushaltsausschuss hat ein überarbeitetes System für die jährlichen Mitgliedsbeiträge vorgeschlagen, das vom Vorstand umfassend unterstützt wird.

Persönlich dankbar bin ich auch dem Generalsekretär, mit dem ich wöchentlich, ja sogar täglich in Kontakt bin, und anderen Mitgliedern des Brüsseler „Kollegiums", also dem Führungsstab. Auch unserem kleinen Verwaltungsteam in Brüssel sind wir zu tiefem Dank verpflichtet. Ich kann bezeugen, dass sie effizient arbeiten und unabdingbar sind!

Zudem geht ein riesiges Dankeschön an meine Vizepräsidenten. Ein sehr wichtiges Merkmal der letzten zehn Jahre seit der Tagung in Lyon ist die Tatsache, dass das Präsidium gemeinschaftlich geführt wird. Der Präsident und die Vizepräsidenten sind regelmäßig miteinander in Kontakt und wir arbeiten zusammen und vertreten die drei Konfessionsrichtungen der europäischen Kirchen: Anglikaner und Altkatholiken, Orthodoxe und Evangelische (natürlich ohne die römisch-katholische Kirche, mit der die KEK aber

ebenfalls regelmäßig Kontakte pflegt und die Zusammenarbeit fördert, durch die COMECE und die CCEE (siehe dazu den Bericht des Generalsekretärs)).

Dieses „kollegiale“ Präsidium ist nicht direkt in der Verfassung festgeschrieben. Letztere präzisiert bloß, die Vizepräsidenten sollten den Präsidenten unterstützen oder ihn bzw. sie vertreten. Aber es ist eine willkommene Entwicklung und ich hoffe sehr, dass sie auch in Zukunft fortgesetzt werden wird. Sie nahm ihren Anfang während der Präsidentschaft von Metropolit Emmanuel, nach Lyon, und hat sich seither durchgesetzt, in tiefer Freundschaft, aber auch in kollegialer Partnerschaft. Danke Dekanin Karin, Metropolit Emmanuel und auch Pater Heikki.

Die Präsidenten sind, genau wie der Generalsekretär, jedoch stets dem Vorstand unterstellt. Verglichen mit einigen Tagungen des alten Zentralausschusses ist der heutige Vorstand direkt erholsam. Das heißt aber nicht, dass immer völlige Einigkeit oder Einigung herrscht. Es hat durchaus hitzige Diskussionen gegeben, aber dabei wurde stets das Ergebnis der darauffolgenden Abstimmungen respektiert. Die Vorstandstagungen waren insgesamt erfreuliche Ereignisse. Vor einiger Zeit feierte ich meinen Geburtstag gemeinsam mit dem Vorstand – in Armenien, obwohl wir uns normalerweise in Brüssel treffen. Es sind bedeutsame Freundschaften entstanden und das gegenseitige kirchliche Verständnis hat sich vergrößert. Auf unserer letzten Tagung führte der Vorstand eine Prüfung seiner eigenen Arbeit durch, unterstützt durch eine professionelle Beratungsfirma. Dabei wurden die Stärken und Schwächen ermittelt. Diese umfassende Prüfung wird dem neuen Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie dem Vorstand im Rahmen ihrer Einsetzung übermittelt werden, damit nicht nur eine reibungslose Kontinuität gewährleistet wird, sondern auch unsere gegenwärtigen Arbeitsmethoden und unsere Effizienz verbessert werden. Zudem habe ich die Arbeit des Generalsekretärs evaluiert (wie dies von der Verfassung vorgeschrieben wird). Der Vorstand hat mich dabei unterstützt. Auch dieser Prüfbericht wird dem neuen Präsidenten übergeben werden und entsprechende Ergebnisse werden vom Generalsekretär bereits umgesetzt.

Dem Planungsausschuss für die Vollversammlung und Kanoniker Leslie Nathaniel (dieser ist bereits zum zweiten Mal Vorsitzender des Planungsausschusses), dem Koordinator der Vollversammlung, Szabolcs Lörincz, und der Vollversammlungsassistentin, Charlie Belot, gebührt ebenfalls Dank, ebenso wie dem serbischen Ausschuss vor Ort. Letzterer bringt die Einladung und Gastfreundschaft der Serbisch-orthodoxen Kirche für unsere Vollversammlung konkret zum Ausdruck. Patriarch Irinej von Serbien und die Heilige Synode, ebenso wie Metropolit Irinej von Bačka, zu dessen Diözese Novi Sad gehört, haben dies auch persönlich erklärt.

Zu Beginn dieses Berichts habe ich den breiteren europäischen Kontext un-

serer Vollversammlung in Novi Sad angesprochen. Unsere internen Reformen dürfen nicht dazu führen, dass wir uns zu stark auf uns selbst und unsere kirchlichen Institutionen konzentrieren. Der ehrwürdige Erzbischof von Canterbury während des Zweiten Weltkrieges, der inzwischen verstorbene William Temple, einer der Visionäre des ursprünglichen, heute in traurigem Verfall begriffenen britischen Wohlfahrtsstaates, sagte einmal: „Die Kirche ist die einzige Gesellschaft, die zum Nutzen derjenigen existiert, die nicht ihre Mitglieder sind." Die Konferenz Europäischer Kirchen existiert demnach nicht nur für ihre Mitglieder, auch wenn diese wichtig sind. Wir existieren, um zu vermitteln, welchen Beitrag die Kirchen Europas zu den Nationen und Kulturen Europas leisten können: eine Gott gegebene Durchmischung von Menschen, Sprachen, Glaubensrichtungen, von politischen wie wirtschaftlichen Systemen. Doch unser Kontinent ist in eine tiefe Unsicherheit über seine eigene Identität versunken. Was können die Kirchen dazu sagen? Dies ist die „nach außen gerichtete" Aufgabe der KEK: Sie soll eine Antriebskraft für die Kirchen auf dieser Suche nach der „Seele" Europas sein – wie sie sie Jacques Delors vor vielen Jahren gefordert hatte.

> „Wir existieren, um zu vermitteln, welchen Beitrag die Kirchen Europas zu den Nationen und Kulturen Europas leisten können"

Unser gegenwärtiges Mitwirken, an einigen Orten auch eher unsere Ernüchterung über die Idee Europa, hat sich in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts langsam aber sicher weiterentwickelt, auch durch die Erweiterungen der EU selbst 2004 und 2007. Bevor die Kirchen wirksam zu einer breiter gefassten Vision beitragen können, um gegen den neuen Nationalismus und Populismus vorzugehen, muss diese sich breit machende Ernüchterung analysiert werden.

2008 kam es zur weltweiten Finanzkrise. Sie stellte einen harten Schlag für das Vertrauen der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts dar. Verschiedene Stufen der Sparpolitik verringerten die staatlichen Fürsorgemittel. Insbesondere Griechenland musste genau dann Renten und Gelder für den öffentlichen Dienst kürzen, als diese am meisten benötigt wurden. Das Beispiel Griechenland ist eine gute Veranschaulichung. Nordeuropa wurde als Erzwinger von großer Härte wahrgenommen, während Griechenland aus Sicht der EU für Jahrzehnte eines Lebens über seinen Verhältnissen bezahlen musste.

2011 begann der sogenannte „Arabische Frühling", doch am Ende führte diese Entwicklung nur zu Unterdrückung durch den Staat und zu gewaltsamen Protesten. Die Eingriffe des Westens im Nahen Osten verschärften die inne-

ren Unruhen deutlich, mit dem tragischen Ergebnis einer humanitären Krise, die wir als Migranten- oder Flüchtlingsproblem bezeichnen. Südeuropa, Spanien, Italien und insbesondere Griechenland, Rumänien und Serbien sind nun direkt mit dieser Krise konfrontiert, ohne angemessene Unterstützung des restlichen Europas zu erhalten, da dort die nationalen Regierungen – mit einigen wenigen bemerkenswerten Ausnahmen – sich bedeutend weniger großzügig zeigen als die europäischen Institutionen selbst.

Hinzu kommt die zunehmende Skepsis gegenüber Europa, die angeheizt wird durch „Schreckensgeschichten" über Migration und Flüchtlinge. Am dramatischsten ist diese Situation im Vereinigten Königreich (besonders in England), aber auch anderswo. Im Vereinigten Königreich sind die Bevölkerung, aber auch die zwei größten politischen Parteien nach der Volksabstimmung über den Brexit nach wie vor tief gespalten.

Diese Analyse ist zwar zwingend summarisch und unweigerlich unvollständig, doch ich glaube, dass es möglich ist, hierin die miteinander verflochtenen Ursachen unserer tiefgreifenden europäischen Angst zu erkennen. (Für eine weitergehende Analyse dieser Situation, für die ich sehr dankbar bin, siehe den kürzlich veröffentlichten Beitrag „Religion and Welfare in Europe", Hg. Lina Molokotos-Liederman, Anders Bäckström, Grace Davie. Policy Press, Universität Bristol, 2017).

> „Wie können wir im heutigen Europa Zeugnis ablegen, wie bezeugen wir wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Gastfreundschaft Gottes?"

Genau diese Identitätskrise ist es, die unsere Vollversammlung in Novi Sad anzugehen sucht. Wie können wir im heutigen Europa Zeugnis ablegen, wie bezeugen wir wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Gastfreundschaft Gottes? Die Mitgliedskirchen der KEK haben sich bereits mit diesen Themen auseinandergesetzt. Von besonderer Bedeutung für die KEK waren die vier regionalen Konsultationen über die Zukunft für Europa: in Island für die nordischen Länder und die baltischen Staaten, in Edinburgh für das Vereinigte Königreich und Irland (nach der Abstimmung), in Volos in Griechenland (infolge der Reaktionen der Kirchen auf die Flüchtlingskrise) und in Prag (infolge der Probleme in Mitteleuropa, auch im Hinblick auf die „Flüchtlingsgrenze").

Die Ergebnisse dieser vier Konsultationen bilden Informationsgrundlagen für unsere Vollversammlung. Aber sie waren für die KEK auch eine neue und spannende Methode, die zur Mitwirkung von nicht weniger als 60 bis 70 unserer Mitgliedskirchen geführt hat. Das ist eine sehr viel höhere Beteili-

gung als in anderen unserer Arbeitsmechanismen. Auch kleinere „Minderheitskirchen“ haben umfassend an diesen Konsultationen teilgenommen. Im Streben nach einer Vision für die Zukunft Europas sagen solche regionalen Konsultationen nicht nur etwas darüber aus, wie die KEK in Zukunft effizienter arbeiten kann, sondern auch darüber, wie Europa selbst einen Weg finden kann, zu sich selbst und seinen Gemeinschaften zu sprechen – einen Weg, der die Angst vor monumentaler Bürokratie umgeht und das Aufblühen lokaler und regionaler Identitäten fördert.

Für unsere Diskussionen empfehle ich deshalb, dass wir die gegenwärtige Krise der europäischen Identität und der Völker Europas zumindest etwas analysieren, ebenso wie den ökumenischen Beitrag der Kirchen auf unserem Kontinenten. Wir sind es gewohnt, ein Rat von Kirchen in der Vielzahl zu sein. Die ökumenische Bewegung erfreut sich an der Unterschiedlichkeit der Formen und der Vielfalt, genau wie die Vision des himmlischen Jerusalems in der Offenbarung die Erlösten aller Völker willkommen heißt, wenn sie die Stadt betreten, deren Tore niemals geschlossen sind.

Novi Sad bedeutet die „neue“ Stadt. Möge unsere Vollversammlung in Novi Sad, in einer Stadt, die noch vor nicht allzu langer Zeit im Krieg bombardiert worden ist, uns ermöglichen, Zeugnis von einer Vision für Europa abzulegen, die derjenigen des neuen Jerusalems näher ist –, in der einerseits die Tore offen stehen, andererseits aber auch jedem Volk seine eigene Identität und sein Platz in Gerechtigkeit und Frieden zukommt und es keinen Krieg mehr gibt.

Bericht des Generalsekretärs

PATER HEIKKI HUTTUNEN

Die Einzigartigkeit der Konferenz Europäischer Kirchen

Die KEK wird oft als einzigartiges, umfassendes Forum für Kirchen unterschiedlicher Tradition aus ganz Europa beschrieben. Keine andere Organisation bietet ein solch breites Spektrum und eine solche Zusammengehörigkeit. Die KEK ist in äußerst umfassender Art und Weise mit der weltweiten ökumenischen Bewegung verbunden. Sie bietet einen Raum, damit die Kirchen zusammenkommen können, um auf die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi hin zu arbeiten und „weiter dem gemeinsam eingeschlagenen Weg wachsender konziliarer Verständigung zu folgen", wie die 2013 verabschiedete Verfassung der KEK bekräftigt. Dieses geistliche und theologische Zusammenwirken inspiriert zu einem gemeinsamen Engagement in Europa.

„Die Konferenz [verfolgt] die Vision, eine Gemeinschaft von Kirchen zu fördern, die ihr geistliches Leben teilen, Versöhnung suchen, ihr gemeinsames Zeugnis und ihren gemeinsamen Dienst stärken sowie die Einheit der Kirche voranbringen. Sie wird, indem sie ein authentisches, glaubwürdiges und sozial verantwortliches christliches Zeugnis ablegt, ihren Beitrag zum Aufbau eines menschlichen, sozialen und nachhaltigen Europas leisten, das im Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn lebt und in dem Menschenrechte und Solidarität vorherrschen", besagt die Verfassung.

Es gehört zum einzigartigen ökumenischen Wesen der KEK, dass sie eine der regionalen ökumenischen Organisationen in den acht Weltregionen ist, die miteinander und mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen zusammenarbeiten. Diese ökumenische Eigenschaft ist im Vergleich zu anderen zwischenkirchlichen Organisationen, konfessionellen oder interkonfessionellen, nationalen oder internationalen Kirchengremien etwas Besonderes.

Zu erkennen, was es im heutigen Europa bedeutet, „Kirche zu sein", ist nicht einfach. Bei der Erkundung dieser Identität sind unsere europäischen Kirchen aufeinander angewiesen. Die Tatsache, dass sie unterschiedliche Lehransätze und spirituelle Ausprägungen haben, dass sie sich in ihrem kulturellen Hintergrund und in der sie umgebenden politischen Situation unter-

scheiden, ist ein Vorteil, gleichzeitig aber auch eine Herausforderung.

Um ihrer aus dem Evangelium abgeleiteten Berufung nachzukommen, benötigen unsere Kirchen „einen sicheren ökumenischen Raum“, in dem sie einander zuhören und sich ihre Erfahrungen gegenseitig erzählen können, in dem sie Verpflichtung und Solidarität zum Ausdruck bringen können, und in dem ihre letztendliche Einheit in der Nachfolge Christi die aus ihrem Kontext erwachsenden Unterschiede überwinden kann. Die KEK hat die einzigartige Gelegenheit, ihnen zu dienen – gemeinsam können sie so die authentische Bedeutung der christlichen Sendung und des christlichen Dienstes neu entdecken – die biblischen Konzepte von Zeugnis, Gerechtigkeit und Gastfreundschaft zeitgenössisch leben.

Die Zukunft Europas aus ökumenischer Perspektive

Die KEK ist in einer günstigen Position, denn ihre Mitgliedskirchen stammen aus 40 europäischen Ländern, die nicht alle Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind. Die KEK trägt die Verantwortung dafür, die Bande unter den Kirchen in den vier Ländern des Vereinigten Königreiches zu stärken, während dieses seinen Austritt aus der EU vorbereitet. In ähnlichem Sinne erachtet die KEK Russland und seine Kirchen als vollständiger Bestandteil der gemeinsamen europäischen Realität, und sie ist bereit, die Russische Orthodoxe Kirche wieder in voller Mitwirkung in ihrer Gemeinschaft willkommen zu heißen.

> „die KEK [hat] die Chance und die Verantwortung, über die ganze Bandbreite Europas und die Diskussionen über die Zukunft für Europa nachzudenken“

Der Ort der Vollversammlung, Novi Sad, zeugt von einer Überzeugung, dass diese Stadt an der Donau tatsächlich im Herzen Europas liegt und in der europäischen Gemeinschaft ihren vollen Platz hat. In einer politischen Situation, in der ein bedeutendes Land die EU verlässt, gleichzeitig aber mehrere andere Mitglied werden möchten, hat die KEK die Chance und die Verantwortung, über die ganze Bandbreite Europas und die Diskussionen über die Zukunft für Europa nachzudenken.

Unser Auge richtet sich auf Europa, doch die ökumenische Berufung zwingt uns auch, uns daran zu erinnern, dass alles verflochten ist mit globalen, politischen und ökologischen Realitäten, und dass unsere Solidarität sich an die gesamte Menschenfamilie richtet. Daher bietet der Konsultationsprozess der KEK über die Zukunft für Europa wichtige Grundlagen für die Diskussionen

auf der Vollversammlung in Novi Sad. Unter anderem haben die Konsultationen die Notwendigkeit aufgezeigt, mehr als nur eine Sichtweise von Europa anzuhören. Der Prozess betont, dass für eine gemeinsame Vision der Zukunft für Europa in einem globalen Kontext zusätzlich zur üblichen Beschreibung einer erfolgreichen Versöhnung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ein integratives Verständnis von Europa gefordert ist.

Die Sichtweise von Mittel- und Osteuropa hilft, die kommunistischen Zeiten zu verstehen, und die Hoffnung und Ernüchterung, die daraus hervorging, hinsichtlich der europäischen Integration, der europäischen Werte und der sozioökonomischen Realitäten. Die Sichtweise Südeuropas umfasst die Abgrenzung von der osmanischen Vergangenheit und die heutigen Verbindungen zu Afrika und Vorderasien, begleitet von der Feindseligkeit gegenüber dem Norden, die entstanden ist durch dessen Umgang mit der noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise, der bei den Menschen in Südeuropa tiefe Spuren hinterlassen hat.

Die Bürgerinnen und Bürger der ehemals kommunistischen EU-Mitgliedstaaten sahen sich in ihren Erwartungen hinsichtlich der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung enttäuscht. Die Südeuropäerinnen und -europäer fühlten sich durch die Wirtschaftskrise verraten. Weder die einen noch die anderen sind der Gleichheit mit den wohlhabenden Europäerinnen und Europäern im Norden und im Westen ein Stück näher gekommen.

Im Umgang mit der Migration tendiert man in Westeuropa dazu, nur die eigene Situation zu bedenken, wobei das große Problem in den östlichen EU-Ländern die Auswanderung der jungen und gut ausgebildeten Menschen ist, die ihre Eltern im Alter und ihre Kinder als „Euro-Waisen“ zurücklassen. Das Ziel der meisten Migrantinnen und Migranten sind zwar die wohlhabenderen Länder im Norden Europas, doch sie bleiben in den südlichen Ländern hängen und müssen dort die Folgen der Wirtschaftskrise bewältigen. In einigen Ländern Mittel- und Osteuropas werden sie auch gar nicht aufgenommen.

Das Ideal der sozialen Gleichheit aller EU-Bürgerinnen und -Bürger und aller Einwohnerinnen und Einwohner unserer Länder steht im Mittelpunkt der Anliegen der KEK. Durch die Europäische Säule sozialer Rechte stehen diese Anliegen derzeit auf der politischen Tagesordnung.

Wir haben die Reformen innerhalb der KEK getragen von der Überzeugung umgesetzt, dass die EU das Leuchtfeuer Europas ist, und von Brexit war damals noch nicht die Rede. Veränderungen in den politischen Kontexten, Debatten über die Neudefinition der Werte und ein Schwerpunkt auf dem europäischen Projekt erfordern nun von der KEK, dass sie ihre Prioritäten neu ausrichtet.

Konziliarität, *koinonia* und ökumenische Initiativen

Die Kirchen zahlreicher europäischer Länder feierten gemeinsam das 500. Reformationsjubiläum. Diese Gelegenheit wurde genutzt für Zeichen ökumenischer Versöhnung, insbesondere zwischen katholischen, lutherischen und reformierten Kirchenleitenden, aber auch zwischen den Vertretenden der großen evangelischen Traditionen und den spirituellen Erben der Täufer. Das Gedenken an Ereignisse, die einst Kirchen gespaltet hatten, wurde so zu einem „Christusfest" – ein zeitgemäßes ökumenisches Zeugnis in einer säkularen Gesellschaft. Das Reformationsjubiläum bot auch Gelegenheit, die Einheit der Christen neu zu entdecken und neu zu definieren, vor dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen, religiösen und kirchlichen Kontexte in Europa.

2016 fanden zwei bedeutende ökumenische Veranstaltungen in der Kirchengeschichte statt. Einerseits war dies das Große und Heilige Konzil der Orthodoxen Kirche auf Kreta vom 19. bis 26. Juni, andererseits die gemeinsame ökumenische Reformationsfeier des Lutherischen Weltbundes und der römisch-katholischen Kirche am 31. Oktober in Lund, deren Gastgeber die Kirche von Schweden war. Diese Treffen verankerten die Errungenschaften des ökumenischen Dialogs und der Annäherung. Sie beinhalteten an sich keine neuen dogmatischen oder kirchlichen Initiativen, doch basierend auf bestehenden Annäherungen in Selbstverständnis und gegenseitiger Anerkennung konfessioneller Kirchenfamilien inspirierten sie zu neuen ökumenischen Schritten.

Der nachkonziliare Prozess bezieht nach wie vor alle lokalen orthodoxen Kirchen mit ein, unabhängig davon, ob sie am Konzil teilgenommen hatten oder nicht. Es darf erwartet werden, dass die offiziellen Konzilsdokumente, die von den Ortskirchen in Zusammenarbeit und in einem langen Vorbereitungsprozess erstellt worden waren, noch an ökumenischer Bedeutung gewinnen werden.

Die KEK ist eine der nur vier ökumenischen Organisationen, die im Dokument mit dem Titel „Beziehungen der Orthodoxen Kirche zur übrigen christlichen Welt" genannt werden.

Konziliarität ist in vielen ökumenischen Kontexten immer wieder Thema. In zahlreichen bilateralen theologischen Dialogprozessen wird darüber gesprochen. Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) führt derzeit ihre eigene Reflexion zur konfessionellen Identität und wird diese auf ihrer nächsten Vollversammlung abschließen. Die Porvoo-Gemeinschaft ist ebenfalls eine konziliare Realität in Europa, die stetig wächst. In der römisch-katholischen Kirche können wir eine ähnliche Entwicklung erkennen, mit der spannenden Neufestlegung der Beziehung des Papstes zum konziliaren *pleroma* der Universalkirche, sowohl durch Papst Benedikt XVI.

wie auch durch Papst Franziskus, wenn auch in unterschiedlicher Herangehensweise. Das Jubiläum des Landeskonzils der Russischen Orthodoxen Kirche 1917-1918 ist ebenso ein Feiern tiefer konziliarer Erneuerung, wobei gleichzeitig der schrecklichen Verfolgung gedacht wird, die vom Bolschewistenregime eingeleitet wurde und die die vom damaligen Konzil angedachte Erneuerung im Keim erstickte.

Der Europäische Kirchentag ist eine wichtige Initiative zur Erneuerung der Konzilserfahrung der durch Lainnen und Laien geleiteten Kirchentagsbewegung in Deutschland, die damit auf europäische Ebene getragen werden soll. Eine dringende Frage, auf die wir eine Antwort finden müssen, lautet: In welcher Beziehung steht dieses Phänomen zur möglichen Fortsetzung der von der KEK gemeinsam mit dem katholischen Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) organisierten Europäischen Ökumenischen Versammlungen?

> „die KEK [hat] in den letzten fünf Jahren daran gearbeitet, die Bande der christlichen Gemeinschaft *(koinonia)* unter den Kirchen inmitten komplizierter politischer und kirchlicher Kontexte zu stärken“

Durch ihre Programme hat die KEK in den letzten fünf Jahren daran gearbeitet, die Bande der christlichen Gemeinschaft *(koinonia)* unter den Kirchen inmitten komplizierter politischer und kirchlicher Kontexte zu stärken. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, dass die Kirchen besser ausgerüstet und befähigt sind, um zusammenzuarbeiten. Der Schwerpunkt lag dabei darauf, wie sie ein authentisches und glaubwürdiges christliches Zeugnis gegenüber der europäischen Gesellschaft sowie den europäischen und internationalen Institutionen ablegen können.

Die Pilgerreisen im Zusammenhang mit der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP21) 2015 waren ein beeindruckender Ausdruck des Bewusstseins für die Umwelt durch eine traditionelle christliche Praxis mit Akteuren aus ganz Europa.

Die Arbeit der KEK im Bereich Menschenrechte stand im Vordergrund einer Eröffnungsdebatte über heikle Fragen wie religiöse Minderheiten und Zugang zu heiligen Stätten.

Die Ankunft von über einer Million Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten in Europa im Jahr 2015 löste zahlreiche bewundernswerte Reaktionen von

Seiten der christlichen Gemeinschaften, Gemeinden und von Klöstern aus. Gemeinsam mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) konnte die KEK den Kirchen helfen, miteinander zu kommunizieren und zu kooperieren, und mit europäischen und nationalen politischen Verantwortlichen zu sprechen. Die KEK beteiligte sich aktiv an den europäischen Diskussionen über Fragen zu Arbeitsleben, Bildung und Bioethik.

Gleichzeitig konnten jedoch nicht alle ökumenischen Herausforderungen seit der Vollversammlung 2013 in Budapest angegangen werden. Der Grund dafür war hauptsächlich die anspruchsvolle Verwaltungsreform und die begrenzten Ressourcen. Eine der noch zu behandelnden Fragen ist die Bewertung der Folgen der *Charta Oecumenica*, eine Erklärung, die 2001 gemeinsam von der KEK und dem CCEE veröffentlicht wurde, sowie die Erarbeitung der nächsten Schritte in diesem Prozess. Das Potenzial zur Vernetzung im Bereich Mission und Evangelisation stellt eine weitere zeitgerechte Herausforderung dar. Die Analyse des Verhältnisses zwischen Frieden und Militarisierung im politischen Denken, in der Rhetorik und den Entscheidungen in Europa erfordern ebenfalls die Aufmerksamkeit der Kirchen. Und schließlich herrscht auch ein dringender Bedarf an verstärkter Vernetzung und an Fortschritten im interreligiösen Dialog.

Ökumenische Gemeinschaft und Partnerschaften

In der Präambel ihrer Verfassung definiert sich die KEK selbst als ökumenische Gemeinschaft von Kirchen. Ihre Mitgliedskirchen werden beschrieben als Kirchen, die dem Weg wachsender konziliarer Verständigung folgen und als Gemeinschaft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe weiter wachsen wollen. Ihr Bekenntnis zu gegenseitigem Respekt hilft der KEK, als integrative und offene Gemeinschaft von Kirchen zu wachsen, die in der Lage und willens ist, sowohl zu geben als auch zu empfangen, und eine gerechte und ausgewogene Vertretung in ihrer gesamten Arbeit und in allen Gremien zu gewährleisten.

Gemäß der *Charta Oecumenica* haben die europäischen Kirchen die Verantwortung, einander zu einem Leben in Versöhnung als Ausdruck der christlichen Einheit und zugunsten des Wohlergehens des europäischen Kontinents und der Welt aufzurufen. Partnerschaften und Netzwerke sind entscheidend, sowohl für das ökumenische Wesen der KEK als auch für die erfolgreiche Verwirklichung ihrer Sendung.

Die KEK bildet eine gemeinsame Plattform, über die die Stimmen der europäischen Kirchen gehört werden und auf der sie ihre Botschaften in die europäische Diskussion einbringen und äußern können.

Artikel 2 (3) der Verfassung besagt: „Die Konferenz arbeitet mit den Mitteln programmatischer Entwicklung und Forschung daran, das Band der christli-

chen Gemeinschaft zu stärken. Zu diesem Zweck ist die Konferenz ein Instrument der Kirchen für ihre gemeinsame Sendung in einem sich wandelnden Europa; verpflichtet sich die Konferenz dem anhaltenden Dialog unter ihren Mitgliedern, indem sie ihnen Räume bietet, den geistlichen Reichtum ihrer verschiedenen Traditionen weiterzugeben und zu empfangen [...]."

Artikel 12 (2) definiert als eine der Aufgaben des Sekretariates die Unterstützung des Austauschs zwischen den Mitgliedern der Konferenz, den Partnerorganisationen und nationalen Kirchenräten.

Räume für theologischen und geistlichen Reichtum, wie sie die Verfassung fordert, zwingen die KEK dazu, die Ideale der Konziliarität und der Solidarität in ihre Arbeit einzubetten. Diese Ideale stehen in der Verfassung in herausragender Form, nicht zuletzt, weil sie möglicherweise nicht immer offensichtlich oder einfach zu erfüllen sind. Es besteht die Gefahr einer Wahrnehmung, dass sich ein internationales Gremium weit entfernt von der alltäglichen Realität und den Aufgaben einer Ortskirche befindet. Einer der Gründe für ein solches Empfinden liegt darin, dass viele Kirchen durch den kleineren Vorstand verglichen mit dem früheren Zentralausschuss ihre direkte, persönliche Verbindung zur Leitung der KEK verloren haben. Die Kommunikation des Büros und der Vorstandsmitglieder in den einzelnen Regionen ist nicht immer zufriedenstellend bis an die richtigen Empfängerinnen und Empfänger gelangt.

Um es mit den Worten unserer Verfassung zu sagen, für die Leitungsgremien der KEK muss eine „gerechte und ausgewogene Zusammensetzung" gewährleistet werden. Hinsichtlich der Konfessionen und Regionen wurde dieser Grundsatz auf akzeptablem Niveau umgesetzt. Was jedoch Geschlecht und Alter anbelangt, sind Anpassungen erforderlich. Hervorzuheben ist hierbei, dass diese Ausgewogenheit nicht als bloßes Merkmal der Beteiligung gesehen werden sollte, sondern als Chance für die KEK, sich durch die unterschiedlichen Erfahrungen und Kenntnisse des christlichen Glaubens und Lebens, einschließlich der Formen von Zeugnis, Gerechtigkeit und Gastfreundschaft, inspirieren und anleiten zu lassen.

Es ist klar geworden, dass die Thematischen Referenzgruppen (TRG) nicht als Ersatz für diese fehlende Verbindung dienen können, denn ihr Hauptzweck ist das Fachwissen, die gerechte und ausgewogene Zusammensetzung hinsichtlich Konfessionen, Regionen, Geschlecht und Alter, was für den Inhalt ihrer Arbeit unerlässlich ist.

Zwischen 2014 und 2017 versandte die KEK rund 389 Schreiben an die Mitgliedskirchen. 41 davon waren Briefe an alle Mitglieder. Wenn das Büro jeweils um Reaktionen zu einem bestimmten Thema bittet, erhält es manchmal nicht viele Antworten – gehen mehr als 10 Reaktionen von den 113 Mitgliedskirchen ein, betrachten wir das als gut. Das Kommunikationsteam

der KEK hat den wöchentlichen E-Newsletter entwickelt, um Nachrichten über die KEK und ökumenische Entwicklungen in Europa unter den Mitgliedern und Partnerorganisationen zu verbreiten.

Der Konsultationsprozess über die Zukunft für Europa und die jüngsten Seminare des KEK-Menschenrechtsprogramms haben gezeigt, wie wertvoll regionale Veranstaltungen sind. Zwischen 2016 und 2017 nahm die Mehrheit der KEK-Mitgliedskirchen an regionalen Konsultationen teil. Die nationalen Kirchenräte spielten eine bedeutende Rolle als Partner der KEK; sie halfen uns, eine breitere Gemeinschaft zu erreichen als nur die Mitgliedskirchen. Es ist offensichtlich, dass das Bekenntnis der Mitgliedskirchen und nationalen Kirchenräte zur Arbeit der KEK größer ist als die Informationen, die das KEK-Büro erhält. In Brüssel sind wir nicht immer umfassend über von der KEK angestoßene Diskussionen oder die Nutzung von KEK-Ressourcen auf lokaler oder regionaler Ebene informiert.

Es bleibt die Herausforderung, alle Mitgliedskirchen von ihrem Privileg zu überzeugen, das Fortbestehen der KEK durch regelmäßige finanzielle Beiträge zu sichern, entsprechend den Möglichkeiten der einzelnen Kirchen. Die Diskussionen darüber, wie die angemessene Beteiligung aller Mitgliedskirchen an der Finanzierung gewährleistet werden kann, müssen fortgesetzt werden. Zudem müssen wir einen geeigneten Ansatz für die Berücksichtigung der unterschiedlichen Sachbeiträge der Kirchen (Reisen, Gastfreundschaft und Organisation von Tagungen und Programmen) erarbeiten. Der Einsatz des eigenen Personals zugunsten der KEK kann ebenfalls als eine Form des Beitrags und als konkreter Ausdruck der Verpflichtung eines Mitglieds erachtet werden.

Kompetente Mitarbeitende, engagierte Netzwerke, der Vorstand, die Mitglieder der TRG und die Freiwilligen im ökumenischen Umfeld stellen die wertvollsten Ressourcen der KEK dar. Durch die Bemühungen des KEK-Mitarbeiterstabes und die Unterstützung anderer gelang es, mit begrenzten Mitteln gute Ergebnisse zu erzielen. Die unbesetzten Stellen im Büro in Straßburg und der Position der Sekretärin für den Dialog schränkten die Einsatzmöglichkeiten der KEK in einigen Bereichen ein. Gemeinsam mit den Mitgliedskirchen sind die nationalen Kirchenräte unsere wichtigsten Partner in ihren jeweiligen Ländern. Durch sie erreicht die KEK eine breitere Gemeinschaft als nur ihre Mitglieder. Die Partnerorganisationen verkörpern entscheidendes Know-how und können wesentlich zur täglichen Arbeit des KEK-Büros beitragen.

Einige Netzwerke der Mitgliedskirchen sind ebenfalls wichtige Partner des KEK-Büros bei der Umsetzung seiner Aufgaben. Die GEKE hat ein Stabsmitglied in unser Büro in Brüssel entsandt, und ihre regionale Vereinigung, die Konferenz der Kirchen am Rhein (KKR), unterstützt unser Büro in Straßburg.

Der Ausschuss der Vertretungen der orthodoxen Kirchen bei der Europäischen Union (Committee of Representations of Orhtodox Churchces to the European Union, CROCEU) ist ein Beratungsorgan aller orthodoxen Vertretungen bei der EU, KEK-Mitgliedskirchen und andere. Die KEK-Mitarbeitenden pflegen regelmäßige Kontakte zum CROCEU und den Vertretenden der orthodoxen Kirchen in Brüssel. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihre Mitglieder, die Landeskirchen, sind aktive Partner und Teilnehmer in zahlreichen Arbeitsbereichen der KEK. Die Ansprechpersonen aller Programme stehen fast täglich in Kontakt mit der Dienststelle der EKD in Brüssel und mit Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Das anglikanische Verbindungsbüro ist ebenfalls ein natürlicher Partner der KEK, sowohl in Brüssel als auch in Straßburg. Ein Vertrag formalisiert diese Zusammenarbeit. Er wurde vom KEK-Vorstand auf seiner Tagung im November 2017 gebilligt.

Die KEK setzt zudem ihre fruchtbare Zusammenarbeit mit weiteren ökumenischen und kirchlichen Gremien, Stellen und Vereinigungen fort, um ein getreueres Zeugnis in Europa zu ermöglichen. Zu diesen Gremien gehören auch konfessionelle Netzwerke, etwa die vorgenannten (GEKE, Porvoo-Gemeinschaft), die Europäische Baptistische Föderation, methodistische und anglikanische Strukturen auf europäischer Ebene, der Lutherische Weltbund u. a.

Die KEK bietet Wege, wie ihre Mitgliedskirchen auf europäischer Ebene mit entsprechenden römisch-katholischen Organisationen zusammenarbeiten können. Außerdem pflegt sie gute Arbeitsbeziehungen zum Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (Consilium Conferentiarum Episcoporum Europae, CCEE) in mehreren Programmbereichen. Zur Gebetswoche für die Einheit der Christen, zur Zeit der Schöpfung, zum Internationalen Tag der Roma und einigen spezifischen Themen wurden gemeinsame Erklärungen veröffentlicht. Der gemeinsame Ausschuss der KEK und des CCEE traf sich regelmäßig. Die Zusammenarbeit mit der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) kommt in der Arbeit der KEK fast täglich zum Tragen. Die Aktivitäten gestützt auf Artikel 17 des Lissaboner Vertrags (Vertrag über die Arbeitsweise der EU) werden in enger Zusammenarbeit zwischen der KEK und der COMECE sowie mit anderen relevanten Partnern in den EU-Institutionen organisiert.

Europäische Jugend in der ökumenischen Bewegung

Die ökumenischen Jugendorganisationen spielten in zahlreichen Phasen der ökumenischen Entwicklung eine entscheidende Rolle. Die Tatsache, dass sie derzeit einen Rückgang der Aktivitäten und einen Mangel an Ressourcen erleben, bereitet der KEK und ihren Mitgliedskirchen ernsthaft Sorgen. Der Ökumenische Jugendrat in Europa und der Christliche Studentenweltbund (Region Europa) bieten weiterhin einzigartige Chancen für junge

Erwachsene, sich zu bilden und aktiv in der weltweiten ökumenischen Bewegung mitzuwirken.

Diese Jugendorganisationen bleiben die Hauptpartner der KEK wenn es darum geht, jungen Christinnen und Christen ein besonderes Eintauchen und neue Chancen zu bieten. Die KEK spielte in der Planung, Organisation und Nachbearbeitung des Global Ecumenical Theological Institute (GETI) im Mai 2017 in Berlin eine Schlüsselrolle. Das GETI bot eine lebhafte Chance zu ökumenischem Lernen und Vernetzung für Theologiestudierende aus allen verschiedenen kirchlichen Kontexten und Teilen der Welt. Wir haben auch Ressourcen, Zeit unserer Mitarbeitenden und Vorbereitungsarbeit investiert, damit junge Menschen an der Vollversammlung 2018 in Novi Sad teilnehmen können.

Die KEK und die weltweite ökumenische Bewegung

Die ökumenische Bewegung ist immer eine globale Bewegung. Sie vermittelt ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer weltweiten Christengemeinschaft, aber auch zur Menschenfamilie und zum Haushalt von Gottes Schöpfung. Diese Grunddimension des ökumenischen Aufrufs geht im europäischen Kontext leicht vergessen. Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der KEK, diese Sichtweise wieder ins europäische Bewusstsein zu rücken und konkrete Möglichkeiten zu bieten für eine globale Vernetzung sowie dazu, durch diese Gemeinschaft herausgefordert und inspiriert zu werden.

Der Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens des ÖRK ist eine anregende Versinnbildlichung der ökumenischen Bewegung. Im Rahmen ihrer Programme stellt die KEK den umfassendsten europäischen Ausdruck dieser ökumenischen Vision und dieses ökumenischen Handelns dar. Da sich das KEK-Büro nun nicht mehr im Ökumenischen Zentrum in Genf befindet, ging der tägliche Kontakt mit den Mitarbeitenden und Besucherinnen und Besuchern des ÖRK und anderer Organisationen im selben Gebäude verloren. Doch die Kontakte und die Zusammenarbeit mit dem ÖRK wurde in vielen Bereichen – Umwelt, Migration, Menschenrechte und theologischer Dialog zum Beispiel – fortgesetzt. Sollte die 11. ÖRK-Vollversammlung 2021 in Europa stattfinden, würde dies der KEK eine Chance bieten, eine enge Verbindung zu den Diskussionen dieser globalen Veranstaltung zu knüpfen.

Die KEK gehört zu den regionalen ökumenischen Organisationen, einem Netzwerk, das vom ÖRK koordiniert wird. Unter diesen Organisationen finden sich auch die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz (AACC), die Pazifische Konferenz der Kirchen, die Karibische Kirchenkonferenz, die Asiatische Christliche Konferenz, der Rat der Kirchen im Nahen Osten (MECC) und der Lateinamerikanische Rat der Kirchen. Angesichts der weltweiten Herausforderungen hinsichtlich Politik und Umwelt ist es unabdingbar, dass die KEK ihre kooperativen Beziehungen zu diesen ökumenischen Gremien so stark

wie möglich weiterentwickelt. Wir haben Kontakte mit dem MECC im Rahmen der Programme, doch diese Kontakte müssen gestärkt werden, ebenso wie die Beziehungen zur AACC.

Die Stimme der Kirchen in den EU-Institutionen

Den Kirchen in den EU-Institutionen und im Europarat eine Stimme zu verleihen ist eine wesentliche Aufgabe der KEK. Der Dialog mit den EU-Institutionen erfolgt nach Artikel 17 des Lissaboner Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Er verpflichtet die EU zu einem offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den Kirchen und religiösen, aber auch weltanschaulichen Gemeinschaften.

Im Rahmen dieses Dialogs ist die KEK bei der EU als religiöse Institution eingetragen und pflegt strukturiere Arbeitsbeziehungen zum Europarat und zu anderen Institutionen. Dieser Dialog mit politischen Strukturen ist integraler Bestandteil der Arbeit der KEK in zahlreichen Bereichen. Er erfolgt in Form von jährlichen hochrangigen Tagungen zwischen religiösen Führungspersönlichkeiten und der EU-Führung, Dialogseminaren zu spezifischen Themen, Treffen mit der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft sowie durch zahlreiche weitere Kontakte und Aktivitäten, die über die Definition in Artikel 17 AEUV hinausgehen.

Die Kontakte mit den europäischen Institutionen in Brüssel und in Straßburg folgen dem Puls der politischen Entwicklungen. Die kirchlichen Akteure erarbeiten dabei ihre Reaktionen und Initiativen gemeinsam.

Die KEK ist eine der wenigen europaweiten Organisationen aus der Zivilgesellschaft. Aufgrund ihrer kirchlichen Mitgliederbasis ist ihre Präsenz auf allen Ebenen der europäischen Gesellschaft sichtbar. Die KEK spricht im Namen der Kirchen. Damit ist sie keine NGO, die Lobbyarbeit für ein stark eingegrenztes Programm leistet, sondern eine Stimme, die ein breites Spektrum an Themen anspricht, im Namen derer, die nicht immer angehört werden. Dabei verfolgt sie auch ein allgemeines Interesse am Gemeinwohl.

Insbesondere für Minderheitskirchen ist die KEK oft das einzige Forum, das ihnen Zugang zur Ökumene und zu den europäischen Institutionen verschaffen kann. Gleichzeitig fordern die politischen Gremien und die europäischen Institutionen von den Kirchen, dass sie nicht nur für sich selbst handeln und sprechen, sondern gemeinsame Erklärungen und Anträge vorbringen. Die KEK spielt bei der Förderung dieser gemeinsamen Bemühungen eine wesentliche Rolle.

Der in Artikel 17 AEUV definierte Dialog zeigt auf, welche Bedeutung die Stimme der Kirchen bzw. ihr Fehlen in der Politik der EU haben kann. Für die Kirchen ist es unabdingbar, dass sie in dieser Hinsicht aktiv sind und einen relevanten Dialog mit den politischen Führungen aufrechterhalten.

In den meisten Fällen wird dieser Dialog von der KEK gemeinsam mit der CCME geführt, in enger Zusammenarbeit mit der COMECE.

Während der Amtszeit der aktuellen EU-Kommission hat die KEK auf Seiten der Institutionen verschiedene Veränderungen in der Anwendung des Dialogs nach Artikel 17 festgestellt. Die Dialogseminare wurden von zwei auf eines pro Jahr beschränkt. Die Verantwortung für den Dialog wurde verlegt, früher lag sie bei den Mitarbeitenden des Kommissionspräsidenten, nun ist sie in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher. Diese Verantwortung für den Dialog wurde dem ersten Vizepräsidenten übertragen, und eine Zeit lang hatte diese Person andere wichtige Aufgaben zu erledigen. Gegenwärtig hat sich die Situation aber verbessert, die Verantwortung liegt bei einer führenden Person, die sich Vollzeit damit befasst und zusätzlich administrative Unterstützung erhält.

Wir haben beobachtet, dass die Religion in der europäischen Politik heute eine bedeutendere Position einnimmt, infolge der Herausforderung von als religiös gekennzeichnetem Terrorismus und der Notwendigkeit, Lösungen für dessen Ursachen und Folgen zu finden. Die neuen Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge aus Asien und Afrika haben zudem die religiöse Landschaft in Europa verändert, wodurch für die europäischen Identitäten eine echte oder bloß eingebildete Herausforderung entstanden ist. Diese Entwicklungen haben sich auch auf die Beziehung der europäischen Politik zur Religion und deren Rolle im öffentlichen Raum ausgewirkt.

2016 schuf die EU die neue Stelle des Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU. Mit diesem konkreten Schritt zeigte sie ihren politischen Willen, Verletzungen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, wie Zwangskonvertierung, Blasphemiegesetzgebung und andere Anliegen anzugehen.

Die KEK hat sich außerdem aktiv an der Arbeit des Europarates beteiligt, insbesondere in den Bereichen Bioethik, Bildung und Menschenrechte. Diese Aufgabe wird nun hauptsächlich von unserem Büro in Straßburg ausgeführt. Ein wichtiger Tätigkeitsbereich des Europarates ist auch der interreligiöse und interkulturelle Dialog.

Hochrangige Treffen religiöser Würdenträger mit der EU-Führung

Eine bedeutende und sichtbare Form des Kontaktes mit der EU sind die jährlich stattfindenden hochrangigen Treffen zwischen der EU-Führung und religiösen Verantwortlichen. Daran nehmen jeweils Leitende aus ganz unterschiedlichen religiösen Traditionen teil. Die Einladung erfolgt durch den ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, dem der Kommissionspräsident diese Aufgabe übertragen hat.

Am 10. Juni 2014 fand die 10. hochrangige Tagung religiöser Führungs-

persönlichkeiten statt. Sie trug den Titel: „Die Zukunft der Europäischen Union“. Gastgeber der Tagung war José Manuel Barroso, der damalige Präsident der Europäischen Kommission. Die KEK war durch ihren Präsidenten Christopher Hill vertreten. Er rief zu einer intensiveren Nutzung des Lissaboner Dialogs als Mittel auf, zusammen mit dem hochrangigen Dialog.

Am 16. Juni 2015 nahm die KEK am 11. jährlichen hochrangigen Treffen der Europäischen Kommission teil. Neben erfahrenen christlichen, muslimischen, jüdischen, buddhistischen, hinduistischen Leitenden und Mormonenvertretern war die KEK durch Präsident Christopher Hill und Pastor François Clavairoly, dem Präsidenten des Protestantischen Bunds von Frankreich, vertreten. Auf der Tagung fand ein intensiver Dialog zu Themen rund um Migrantinnen und Migranten, die Flüchtlingskrise und die Rolle der Medien als Medium für positive Beiträge der Religionen statt.

Die jährliche hochrangige Tagung mit religiösen Würdenträgern des Jahres 2016 fand am 29. November statt. Zu den aus den Netzwerken der KEK eingeladenen religiösen Führungspersönlichkeiten gehörten Metropolit Athenagoras von Belgien für das Ökumenische Patriarchat, der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, Pastorin Christiane Ename, Vizepräsidentin des Protestantischen Bunds von Frankreich, Bischof Robert Innes von der Diözese in Europa der Kirche von England, Erzbischöfin Antje Jackelén, Kirche von Schweden, Metropolit Polycarpus, Syrisch-Orthodoxe Kirche in den Niederlanden, und Metropolit Rastislav, Primas der Orthodoxen Kirche in den tschechischen Ländern und der Slowakei. Das Kernthema der Diskussionen war Migration und die Sichtweisen der Kirchen hinsichtlich der europäischen Reaktion auf die Flüchtlingssituation.

2017 fand die jährliche hochrangige Tagung mit religiösen Würdenträgern und der Europäischen Kommission am 7. November statt. Die Kommission lud folgende Personen aus den KEK-Netzwerken dazu ein: Urmas Viilma, Erzbischof der Estnischen evangelisch-lutherischen Kirche, Dr. Irmgard Schwaetzer, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Metropolit Cleopas von Schweden. Metropolit Emmanuel von Frankreich vertrat die KEK auf diesem Treffen. Das Thema lautete „Die Zukunft Europas: eine wertebasierte und wirksame Union“.

Dialogseminare

Die KEK und die COMECE organisieren regelmäßig gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Dialogseminare zu konkreten aktuellen Themen von Interesse.

Am 27. November 2014 bereitete die KEK gemeinsam mit der COMECE ein Dialogseminar über Migration vor. Der Inhalt dafür auf Seiten der KEK wurde von der CCME bereitgestellt.

Am 2. Dezember 2015 lud die Europäische Kommission zu einem Dialogseminar ein, auf dem über die unmittelbare humanitäre Krise, die durch die jüngsten Migrations- und Flüchtlingsströme nach Europa ausgelöst wurde, hinausgeblickt werden sollte. COMECE, KEK und CCME versammelten Sachverständige aus ganz Europa, um über Integrationsmodelle, beste Praxis und die grundlegenden Werte, auf denen die Integration innerhalb der EU fußt, zu diskutieren.

Das Dialogseminar 2016 zum Thema „Migration: die Angst aufzeichnen und angehen" wurde am 25. Oktober in Brüssel organisiert. Die Rednerinnen und Redner der CCME und der COMECE und die EU-Kommission sprachen über das Phänomen der Angst in den Erfahrungen der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten und der europäischen Bevölkerung, und über die politische Ausnutzung derselben. Sie fragten sich, wie diese Probleme wirksam angegangen werden könnten. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den Erlebnissen von Kindern und jungen Menschen. Die Generaldirektion Justiz und Verbraucher war im Namen der EU-Kommission Gastgeber der Veranstaltung.

Nach ihrer Wahl zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes organisierte Mairead McGuinness 2017 zwei Dialogseminare im Namen des Parlaments und dessen Präsidenten Antonio Tajani. Das erste fand am 27. Juni zum Thema „Die Zukunft Europas: Wie sich die EU bis 2025 entwickeln könnte" statt. Dazu wurden vier Rednerinnen und Redner aus den KEK-Mitgliedskirchen eingeladen: KEK-Präsident Bischof Christopher Hill, Bischöfin Irja Askola, Evangelisch-lutherische Kirche Finnlands, Bischof Tamas Fabiny, Evangelisch-lutherische Kirche in Ungarn, und Professor Pantelis Kalaitzidis von der Kirche von Griechenland. Am 6. Dezember 2017 wurde ein zweites Seminar abgehalten. Es befasste sich mit den Ansichten von Kirchen und religiösen Gemeinschaften über die Außenpolitik der EU. Von den KEK-Mitgliedskirchen war Metropolit Joseph von der Rumänischen orthodoxen Kirche als Redner eingeladen.

KONTAKTE MIT DEN EU-PRÄSIDENTSCHAFTEN

Die KEK und die COMECE suchten jeweils das Gespräch mit den unterschiedlichen EU-Ratspräsidentschaften. Diese Begegnung wurde gemeinsam mit den Mitgliedskirchen und den nationalen Kirchenräten der entsprechenden Länder vorbereitet.

2014 Im Dezember 2014 besuchte eine Delegation von CCME, KEK und COMECE den Außenminister in Rom.

2015 Im Januar 2015 reiste eine KEK-Delegation nach Riga, Lettland. Dort fand ein informatives Treffen mit dem Außenminister statt. Die Ortskirchen freuten sich über die Gelegenheit, gemeinsam mit der römisch-katholischen Delegation über die Lage in ihrem Land zu sprechen und zu erörtern, wie in ihren jeweiligen Kirchen nach Lösungen gesucht werden könnte.

Eine Delegation von KEK, COMECE und CCME nahm zudem am 22. Juni 2015 an einem Treffen mit der EU-Präsidentschaft in Luxemburg teil. Sie sprachen über Migration und soziale Fragen im Vorfeld der EU-Präsidentschaft, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern lokaler Kirchen.

2016 Ein Treffen mit dem Rat der Kirchen in den Niederlanden wurde als Vorbereitung auf die niederländische EU-Ratspräsidentschaft organisiert. Das außergewöhnliche Ergebnis der Bitte um ein Treffen lautete, dass dieses nicht zustande kam. Die Konsultation zur Migration vom 14. bis 16. Juni 2016 in Lunteren hätte die Möglichkeit zu einem hochrangigen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der niederländischen Regierung geboten, aber auch dies konnte nicht erreicht werden.

Der slowakische Botschafter bei der EU empfing Vertreterinnen und Vertreter der KEK und der COMECE im Juni 2016, und am 12. Juli 2016 fand in Bratislava ein Treffen mit Minister Ivan Korcok über die EU-

Präsidentschaft statt, mit Vertretungen von KEK, COMECE und den slowakischen Kirchen. Vor dem Treffen traf man sich mit Kirchenvertreterinnen und -vertretern zu einer Vorbereitungssitzung.

2017

Von Januar bis Juni 2017 hatte Malta die EU-Ratspräsidentschaft inne. Da die KEK keine Mitgliedskirchen in Malta hat, übernahm die COMECE die Initiative für die Vorbereitung des Treffens. Am 6. Januar 2017 fand ein Treffen mit dem Premierminister Maltas und anderen Politikern in Valletta statt. Für die KEK waren Bischof Robert Innes, Bischof für Europa in der Kirche von England, und CCME-Generalsekretärin Doris Peschke anwesend. Die Diskussion konzentrierte sich auf Themen rund um Migration und Umwelt.

Die Präsidenten und der Generalsekretär der KEK wurden gemeinsam mit Vertretern der COMECE und des Estnischen Kirchenrates am 18. August 2017 vom estnischen Premierminister Jüri Ratas und von Innenminister Andres Anvelt im Rahmen der estnischen EU-Präsidentschaft empfangen. Die Teilnehmenden führten eine offene und grundsätzliche Diskussion über aktuelle europäische Themen wie wirtschaftspolitische Steuerung, Migration innerhalb und außerhalb der EU und Sicherheitsfragen. Die estnische Ratspräsidentschaft organisierte am 16. und 17. November 2017 ein Seminar in Tallinn über Kirche, Gesellschaft und Staat, mit dem besonderen Schwerpunkt religiöser Extremismus.

DIE KEK UND IHRE EUROPÄISCHEN PARTNER

Die KEK führt einen Dialog mit zahlreichen Akteuren der EU und des Europarates auf unterschiedlichen Ebenen und zu einer Vielfalt an Themen. Dabei ist sie stets bestrebt, mit den relevanten Partnern zu agieren. Nachfolgend einige Beispiele:

- Europa 2020: Am 5. Mai 2014 lancierte die Europäische Kommission eine Online-Konsultation über die Europa-2020-Strategie. Die KEK beteiligte sich über einen Online-Fragebogen daran, im Hinblick auf die Halbzeitbewertung der Strategie durch die EU. Eurodiaconia organisierte gemeinsam mit der KEK eine Konferenz über die Halbzeitbewertung: „Europa 2020, Halbzeitbewertung: Was wurde erreicht? Welche Chancen gibt es?“
- Kollektivbeschwerde – Niederlande: Der Einsatz der KEK im Rahmen des Kollektivbeschwerdeverfahrens der Sozialcharta des Europarates, um Migrantinnen und Migranten ohne gültige Ausweispapiere in den Niederlanden den Zugang zu Nahrung, Kleidern und Unterkunft zu ermöglichen, führte dazu, dass die niederländischen Gerichte, Gemeinden und das Parlament entsprechend aktiv wurden.
- Die KEK beteiligte sich an Veranstaltungen des Europäischen Parlamentes zu bestimmten Themen, darunter Fragen des Arbeitslebens, Christenverfolgung und Reformation.
- Wichtige Dokumente der KEK, etwa der Bericht „Beyond Prosperity“, wurden im EU-Kontext vorgestellt und mit Lob und interessierten Kommentaren aufgenommen.
- Die KEK konnte einige bedeutende politische Entwicklungen eng mitverfolgen. Dazu gehörten das Verhältnis zwischen Entwicklung und militärischer Sicherheit in der Außenpolitik der EU und die Billigung und Bekanntmachung der Europäischen Säule sozialer Rechte, die in allen Mitgliedstaaten Beschäftigung und soziale Rechte gewährleisten soll.
- Das Menschenrechtsreferat der KEK nahm eine Bewertung der Leitlinien der EU zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit vor und sprach anschließend verschiedene Praxisempfehlungen aus.

KEK und CCME: gemeinsames Engagement im Bereich Migration

Als Christinnen und Christen sind wir aufgerufen, uns mit den Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen, mit Angehörigen ethnischer Minderheiten und ganz besonders mit den Menschen am Rande der Gesellschaft zu identifizieren. Die Gabe der Vielfalt ist eine Herausforderung, denn oft wird Vielfalt missverstanden, als spaltend empfunden und als Strafe gesehen. Vor diesem Hintergrund müssen wir nachdenken und uns engagieren, denn nur so entdecken wir, dass die Vielfalt tatsächlich einen Segen darstellt.

Die KEK und die CCME erkennen an, dass Migration und Integration, Flüchtlinge und Asylsuchende sowie die Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung in Europa gemeinsame Anliegen sind.

> „Für Christinnen und Christen ist das Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ ein Leitgrundsatz“

Der Diskurs zu den Migrations- und Flüchtlingsthemen, die Anerkennung Angehöriger ethnischer Minderheiten und der Vielfalt in den europäischen Gesellschaften bleiben jedoch umstrittene Themen. Für Christinnen und Christen ist das Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ ein Leitgrundsatz. Die christliche Tradition erinnert sich, dass die Menschen aus dem Volk Gottes als Fremde nach Ägypten kamen, wo sie Zuflucht vor dem Hungertod fanden, und dass sie aus den Fesseln der Sklaverei befreit wurden. Die biblischen Traditionen des Auszugs, der Erfahrung im Exil und als Volk auf dem Weg sind entscheidend für das heutige Verständnis der Kirchen von Migration. Das Evangelium berichtet uns, dass Jesus Christus mit seiner Familie erstmals in seinem frühen Leben in Ägypten zum Flüchtling wurde. Der Heiland wird von einigen spirituellen Traditionen als Fremder bezeichnet, und wir können ihm durch die Menschen begegnen, die als Flüchtlinge und Neuankömmlinge in unsere Mitte kommen. So können wir ihn aufnehmen.

2016 gilt vielen als das Jahr, in dem Europa aufhörte, sich für den Tod von Migrantinnen und Migranten an seinen Grenzen zu interessieren. Es war das bislang tödlichste Jahr, laut UN-Berichten ertranken in dieser Zeit über 5 000 Menschen im Mittelmeer, obwohl die Gesamtzahl der Migrantinnen und Migranten seit 2015 bedeutend zurückgegangen war.

Die Mitgliedstaaten der EU setzen die Militarisierung von Europas Grenzen fort. Sie scheinen zu einer Politik hin abzudriften, die Migrantinnen und Migranten als Mittel, um andere vom Kommen abzuhalten, umkommen lässt. Gleichzeitig schafft unsere unangemessene Reaktion auf die Flüchtlingssituation eine neue Klasse von Menschen, die im Schatten der nordeuropäi-

schen Wohlstandsgesellschaften leben. Das Jahr 2017 zeigte die schrecklichen Folgen der Versuche, den Migrantenfluss über das Mittelmeer durch Abkommen mit den libyschen Behörden und bewaffneten Banden zu stoppen: eine unmenschliche Behandlung willkürlich inhaftierter Migrantinnen und Migranten, ja sogar ein erweiterter Sklavenhandel.

Die Herausforderungen der Migration angehen

Die KEK, die CCME und der ÖRK arbeiten gestützt auf das 1999 verabschiedete und 2000 unterzeichnete Kooperationsabkommen zusammen. Seit der KEK-Vollversammlung in Budapest im Jahr 2013 wurde diese Zusammenarbeit weiterentwickelt, gestützt auf die Aufträge, die die einzelnen Organisationen festgelegt haben.

„In ihrem Bekenntnis zu Europa als ganzem verfolgt die Konferenz die Vision, eine Gemeinschaft von Kirchen zu fördern, die ihr geistliches Leben teilen, Versöhnung suchen, ihr gemeinsames Zeugnis und ihren gemeinsamen Dienst stärken sowie die Einheit der Kirche voranbringen. Sie wird, indem sie ein authentisches, glaubwürdiges und sozial verantwortliches christliches Zeugnis ablegt, ihren Beitrag zum Aufbau eines menschlichen, sozialen und nachhaltigen Europas leisten, das im Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn lebt und in dem Menschenrechte und Solidarität vorherrschen. Die Konferenz verpflichtet sich, […] weiterhin insbesondere in den folgenden thematischen Bereichen zu arbeiten: […] Diaspora- und Migrantenkirchen, […] Asyl und Migration […]“, erklärt die KEK-Verfassung von 2013.

„Die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) ist eine ökumenische Organisation, die die Kirchen in der Erfüllung ihrer Verpflichtung unterstützt, die Vision einer inklusiven Gemeinschaft durch das Eintreten für eine angemessene Politik für Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Minderheiten auf europäischer und nationaler Ebene zu verbreiten. In der Erfüllung dieses Mandats stützt sie sich auf die Botschaft der Bibel, die auf der Würde jedes Menschen beharrt, sowie auf ihr Verständnis von Einheit als Gleichheit von Ausländern und Inländern“, erklärt das von der CCME-Vollversammlung im Juni 2014 angenommene Leitbild.

Gestützt auf die Beschlüsse der KEK-Vollversammlung in Budapest von 2013 und der CCME-Vollversammlung in Sigtuna 2014 beschlossen die KEK und die CCME im Dezember 2014,

- sich für den Zeitraum 2015 bis 2017 erneut zu einer engeren Arbeitsbeziehung zwischen CCME und KEK zu verpflichten, um anschließend zu entscheiden, welche Form der Integration und Zusammenarbeit angestrebt werden sollte;
- das gemeinsame Zeugnis und den gemeinsamen Dienst der Kirchen und kirchennahen Organisationen in Europa mit und für Migrantinnen

und Migranten, Flüchtlinge und Angehörige ethnischer Minderheiten zu stärken.

Die tägliche Zusammenarbeit mit der CCME wurde bewusst aufgebaut. Eine Identität der Zusammengehörigkeit zwischen den Leitungsgremien und Mitarbeitenden der beiden Organisationen muss jedoch noch entwickelt werden.

Die KEK und die CCME konnten einander bei Anliegen, die gegenseitige Unterstützung und einen Austausch von Know-how erforderten, beistehen. Sie veröffentlichten auch gemeinsam mehrere Erklärungen zu dringenden Situationen.

2016 organisierten sie folgende wichtige Tagungen gemeinsam:

- „Fürchte dich nicht: Kirchenverantwortliche zu Migration“, 14.-17. Juni 2017 in Lunteren
- Migration und Ekklesiologie „Heute Kirche sein“, 8.-10. Dezember 2017 in Kopenhagen

Das KEK-Menschenrechtsreferat befasste sich auf unterschiedliche Art und Weise mit Themen rund um Migration. In der Programmarbeit und im Kontakt mit den Mitgliedern wurde klar, dass es noch weitere Beispiele für die Arten von Herausforderungen gibt, die das Thema Migration für den Reflexionsprozess der Kirchen über ihren Auftrag, ihren Dienst und ihr theologisches Selbstverständnis darstellt.

Verstärkte Zusammenarbeit zur Unterstützung von Migrantinnen und Migranten

In der Zeit zwischen Budapest und Novi Sad wurden in den Verhandlungen zwischen der KEK und der CCME mehrere Szenarien erwogen und dem KEK-Vorstand sowie der CCME-Vollversammlung vorgelegt.

Das erste bestand im Aufgehen von Arbeit und Besitz der CCME in der KEK. Man war jedoch der Ansicht, das die bloße Auflösung der CCME nicht ausreichen würde, um die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich alle CCME-Mitglieder sinnvoll an der wirksamen Arbeit in den Bereichen Migration und Asyl beteiligen und einen entsprechenden Beitrag leisten könnten, und damit dieser Arbeit die nötige Sichtbarkeit verliehen würde. Diese Option wurde daher als nicht umsetzbar erachtet.

Das zweite Szenario sah eine „CCME in der KEK“ vor, mit den Alternativen „Zwei in Einem“ oder „Eins in Zweien“.

Das Eins-in-Zweien-Szenario würde dazu führen, dass nur *eine* Entscheidungsfindungsstruktur innerhalb von *zwei* juristischen Strukturen bestünde. Sprich: eine Vollversammlung, ein Vorstand und ein Generalsekretär für zwei getrennte juristische Entitäten.

Das Zwei-in-Einem-Szenario beinhaltet, dass die CCME eine Entität oder

ein Werk innerhalb der KEK würde, jedoch eine gewisse Selbstständigkeit behielte, um eine bedeutsame Beteiligung ihrer Mitglieder zu gewährleisten.

Letzteres wurde als das realistischste Szenario erachtet, falls Fragen wie die Mitgliedschaft, die Sichtbarkeit der Arbeit rund um Migration und anderes geklärt werden können, und falls die KEK in der Lage wäre, ein Arbeitsmodell einzuführen, das die Existenz eines Werkes innerhalb ihrer Struktur erlaubt. Insbesondere die Beteiligung der Migrantenkirchen und der ethnischen Minderheitskirchen erfordern gewisse Anstrengungen von Seiten der KEK. Eine solche Entwicklung könnte ermöglichen, dass beide Organisationen als eine einzige wahrgenommen und geführt werden, gleichzeitig aber rechtlich getrennt bleiben.

Ein drittes Szenario umfasst eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der CCME und der KEK. Als Ergebnis der engen Zusammenarbeit in den letzten Jahren werden die KEK und die CCME oft von Außen als eine einzige Organisation gesehen, obwohl sie formell unterschiedliche Verwaltungs- und Leitungsstrukturen haben. Ein solches System muss in Absprache mit der jeweiligen Mitgliederbasis, unter Berücksichtigung der verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen, erarbeitet werden.

Die Situationen der CCME und der KEK wurden ausführlich debattiert, doch konnten bisher keine konkreten Vorschläge zur Lösung dieser Probleme, etwa die Frage der Mitgliedschaft, gefunden werden. Die Verhandlungsgruppe der CCME und der KEK kam deshalb zum Schluss, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zu empfehlen sei.

Die Vollversammlung der CCME tagte im Juni 2017 in Prag und billigte den eingeschlagenen Ansatz. Sie gab zudem ihrer Hoffnung nach einer vertieften Zusammenarbeit Ausdruck. Sie war der Ansicht, dass der Zeitrahmen bis 2025 den beiden Organisationen ermöglichen würde, ihre Energie wirksamer in die gemeinsame Arbeit zu investieren.

Am 25. November 2017 wurde eine neue Vereinbarung zwischen den beiden Entitäten unterzeichnet. Sie beinhaltet den Aufbau einer verstärkten Zusammenarbeit und bekräftigt das Ziel eines *Zwei-in-Einem*-Szenarios als Perspektive für die Zukunft. Sie setzt gemeinsame Tagungen der Leitungsgremien der beiden Organisationen sowie möglichst enge Arbeitsbeziehungen zwischen den Mitarbeitenden fest.

Die neue KEK: eine Gemeinschaft der Solidarität und Verantwortung

Durch Gottes Fürsorge hat die KEK seit der Vollversammlung von 2013 in Budapest einen tiefgreifenden Reformprozess durchlebt. Die Beschlüsse auf der verfassunggebenden Vollversammlung hinsichtlich der Neuorganisation der KEK wurden umgesetzt, und heute arbeitet die gesamte Organisation als ein Gremium. Die letzten formellen Einzelheiten des Prozesses wurden erst

Ende 2016 abgeschlossen. Die Anstrengungen des Mitarbeiterstabs und des Vorstands können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sowohl der Präsident, Bischof Christopher Hill, wie auch der frühere Generalsekretär, Pastor Dr. Guy Liagre, haben sich diesbezüglich sehr bemüht.

Als Ergebnis der Reform ist eine schlanke und fokussierte Struktur entstanden. Leitung, Verwaltung und Tätigkeit der KEK entsprechen sich nun gegenseitig hinsichtlich ihrer Größe und Ressourcen. Erste Auswirkungen der Reform auf die Arbeit der KEK werden erst gerade sichtbar. Weitere Ergebnisse des Reformprozesses werden in der Zeit nach der Vollversammlung von 2018 in Novi Sad sichtbar werden.

Die Zeiten triumphaler ökumenischer Organisationen gehören der Vergangenheit an. Die ökumenische Bewegung hat eine große Anzahl an Räten, Vereinigungen und Netzwerken hervorgebracht, die in ihren jeweils eigenen Bereichen wahre Früchte getragen haben. Einige sind der Ansicht, die Ökumene gehöre zu den großen Tendenzen des 20., aber nicht des 21. Jahrhunderts. Wenn wir heute die ökumenischen Organisationen betrachten, scheint diese Beobachtung zu stimmen.

Kirchenräte stehen nicht immer zuoberst auf der Prioritätenliste der Kirchenverantwortlichen, und sie haben sowohl hinsichtlich Beteiligung wie Ressourcen in den letzten drei Jahrzehnten an Stärke eingebüßt. Doch in vielen Bereichen, von der humanitären Hilfe über die Gefängnisseelsorge bis zu akademischen Netzwerken, wurden spezialisierte ökumenische Netzwerke aufgebaut, denen es oft gelingt, auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder einzugehen. Eine wichtige Frage lautet: Zerstückelt diese Entwicklung die umfassende ökumenische Vision und verdrängt sie die Rolle der Kirchen als Haupteignerinnen und Akteurinnen der ökumenischen Bewegung?

Für die KEK stellt sich die Frage, wie wir unsere Arbeit noch mehr auf diejenigen Bereiche konzentrieren können, in denen die Kirchen spezifisches europäisches ökumenisches Know-how benötigen, und gleichzeitig unserer grundlegenden Verpflichtung gegenüber den Mitgliedskirchen, die in unserer Verfassung von Budapest besonders betont wird, nachkommen können. Die Zeiten des ehrgeizigen Ziels, eine alle einschließende ökumenische Dachorganisation sein zu wollen, sind vorbei. Die Herausforderung lautet heute: Wie können wir eine nützliche Dienste-Organisation werden, die für die Mitgliedskirchen, die Partnerorganisationen und die nationalen Kirchenräte einen „Mehrwert“ erbringt?

Bei der Ausarbeitung des KEK-Arbeitsprogramms für 2019-2023 müssen wir die Erfahrungen aus den Thematischen Referenzgruppen, dem Europäischen Christlichen Umweltnetzwerk (ECEN) und dem CALL-Netzwerk (Church Action on Labour and Life), die Kommunikation mit den Mitgliedskirchen und die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und nationalen

Kirchenräten berücksichtigen.

Die Beteiligung junger Erwachsener an der Arbeit der KEK ist ein Bereich, der besondere Aufmerksamkeit erfordert und in enger Zusammenarbeit mit den europäischen ökumenischen Jugendnetzwerken angegangen werden sollte. Ziel ist, eine Organisation zu schaffen, die über eine ständige Grundlage für die Leitung und Verwaltung verfügt. Wir hoffen, dass die KEK ein agiles Organ für fokussiertes Know-how und Handeln in den von der Vollversammlung als prioritär bestimmten Bereichen wird, das in der Lage ist, auf spezifische Situationen und Entwicklungen einzugehen, die die Kirchen erkunden oder auf die sie reagieren müssen. Dies bedeutet, dass die KEK zu einem kompetenten internationalen Arbeitgeber werden muss, der für qualifizierte und kreative Mitarbeitende attraktiv bleibt.

Die Vollversammlung in Novi Sad stützt sich auf das Grundgerüst einer kleinen Versammlung für die Entscheidungsfindung, wie es im Uppsala-Bericht an die Vollversammlung in Budapest vorgesehen war. Der Vorbereitungsprozess dahin hat uns jedoch klar gemacht, dass ein dringender Bedarf für ein Forum herrscht, das über die Verantwortlichen und professionellen Ökumene-Referentinnen und -Referenten der Kirchen hinausgeht. Um den europäischen und den ökumenischen Kontext zu verstehen und die Arbeit der KEK zu beurteilen, ist die Teilnahme von Menschen mit unterschiedlicher Erfahrung aus dem Leben unserer Kirchen gefordert, ergänzt durch die Sicht von Partnerorganisationen, die in spezifischen Fachbereichen tätig sind. Die Verwurzelung in den lokalen Kirchen könnte dadurch zum Ausdruck kommen, dass örtliche Gemeindemitglieder und Besucherinnen und Besucher anderer Kirchen an den offenen Programmteilen der Vollversammlung teilnehmen.

Wir sind vorangekommen auf unserem Weg, aus der KEK eine Organisation zu machen, die auf die Mitgliedskirchen eingeht, die flexibel arbeiten kann, die Antriebskraft für neue Denk- und Handelsweisen im Kontakt mit ihren Mitgliedern und Partnern sein kann.

Die Rednerinnen und Redner auf dem Treffen in Brüssel im Dezember 2014 zur Feier der neuen KEK, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter von KEK-Mitgliedskirchen und EU-Institutionen, sprachen alle über die Identität und die Aufgabe der KEK. Auf jener Tagung trafen sich die Leitungsgremien der Kommission Kirche und Gesellschaft, um ihren Zusammenschluss mit der KEK nach belgischem Gesetz rechtsgültig abzuschließen.

Dabei wurde betont, die Identität der KEK müsse durch einen theologischen und mystischen Fokus auf Jesus Christus gestärkt werden. Kirchen, die ihren Glauben in den Mittelpunkt stellen, finden darin Einheit und sind glaubwürdig. Die Aufgabe besteht demnach darin, die Kirchen rund um ihre Identität in Christus zu versammeln, und anschließend ihren Anliegen und Beiträgen zur europäischen Realität, in der sie Zeugnis ablegen und dienen, eine gemeinsame Stimme zu verleihen.

1. Welche Zukunft für Europa?

OFFENER BRIEF UND KEK-KONSULTATION

In den letzten Jahren haben Europa und die EU schwierige Zeiten durchgemacht. Für immer mehr Menschen ist der Kontinent zu einem europäischen Projekt geworden, das sich durch Ernüchterung, übertriebene Bürokratie und eine wachsende Kluft zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern auszeichnet. Langfristige wirtschaftliche Schwierigkeiten von Ländern im Süden, namentlich Griechenland, die die strukturelle Schwäche der EU und insbesondere der Eurozone offenbarten, sind für die EU seit mehreren Jahren eine beunruhigende Realität geworden. Hinzu kamen sukzessiv unerwartete neu auftauchende Herausforderungen: Die Bedrohung für Frieden und Stabilität durch den militärischen Konflikt im Osten der Ukraine, der massenhafte Zustrom von Migranten, Migrantinnen und Flüchtlingen und die damit verbundenen wachsenden unannehmbaren Zahlen von tragischen Todesfällen an den Grenzen zur EU im Mittelmeer sowie die zunehmende Zahl von terroristischen Anschlägen auf europäischem Boden, welche die dringliche Frage nach den Beziehungen des Zusammenlebens zwischen Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen aufwarf. Europa und insbesondere die EU waren in dieser Zeit mit zahlreichen ernsthaften Herausforderungen konfrontiert sowie mit der Notwendigkeit, auf sehr viel grundlegendere Fragen im Zusammenhang mit der zukünftigen Stabilität und Funktionalität der EU und der Zukunft des Kontinents ganz allgemein Antworten zu finden. Das Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich, das zum Entscheid führte, dass das Land die EU verlassen will, war in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs, der die Frustration von großen Teilen der Bevölkerung widerspiegelte.

Als Reaktion auf die Situation verfasste der Vorstand im Juni 2016 zuhanden der KEK-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen einen offenen Brief über die Zukunft für Europa. Der Brief betonte, dass weltweite Probleme „weltweit abgestimmte Lösungen [erfordern]. Es ist offensichtlich, dass Einzelstaaten ihre Probleme, wenn sie alleine handeln, weniger wirksam bewältigen, als wenn sie sich mit anderen Staaten abstimmen. Sie brauchen Partnerschaften und Netzwerke, um sich mehr Gehör zu verschaffen und wirksamer Einfluss nehmen zu können.“ Neben der Darlegung der heuti-

gen wesentlichen Herausforderungen für Europa richtet der Brief seine Aufmerksamkeit auf die grundlegende Frage der gemeinsamen Werte und ihrer Verwirklichung im heutigen Europa. Zusätzlich erarbeitet das Dokument eine theologische Perspektive und ermutigt Kirchen, einen positiven Beitrag zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Heimat zu leisten. „Europa braucht sowohl eine Vision als auch ein klares Bekenntnis zu unseren Wurzeln. Die EU muss den Menschen, die in ihr leben, ein Haus bieten, wo sie auch Raum haben", führt der Brief aus.

Während er zwischen den spezifischen Rollen von Europa und der EU unterscheidet, bekräftigt der Brief erneut das Verständnis der EU als eine auf den folgenden Werten gegründete Gemeinschaft: Achtung der Menschenwürde, Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Wahrung der Menschenrechte, Solidarität und Nachhaltigkeit. Das Dokument ermutigt die KEK-Mitgliedskirchen und alle Christinnen und Christen in Europa, ihre Anstrengungen zu steigern, damit christliche Werte wie die Achtung für die Mitmenschen, Solidarität, Diakonie und Aufbau von Gemeinschaft im öffentlichen Leben stärker sichtbar werden. Das Dokument ruft die Kirchen in Europa auf, die Zukunft unseres Kontinents, die Rolle der Europäischen Union und unsere Vision von gemeinsamen Werten eingehend zu diskutieren.

Ein wesentlicher Teil des Briefes besteht aus einer Einladung an die KEK-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen, „zu diesem offenen Brief Stellung zu nehmen und dabei die konkrete Situation in unterschiedlichen Teilen des Kontinents zu beleuchten, als Mitwirkung an einem partizipatorischen Konsultationsprozess, der zur nächsten KEK-Vollversammlung führt."

Dieser Brief hat einen weit gefassten Konsultationsprozess eingeleitet. Zahlreiche KEK-Mitgliedskirchen, Partnerorganisationen und nationale Kirchenräte haben auf verschiedene Art und Weise zum Prozess beigetragen. Einige haben schriftlich Stellung genommen, andere haben die Leitung der KEK zu ökumenischen Konferenzen eingeladen, während wieder andere Gruppendiskussionen und Konsultationen abgehalten haben. Die KEK hat mehr als 25 schriftliche Stellungnahmen zum offenen Brief erhalten. Die meisten davon sind das Ergebnis von intensiven Konsultationen innerhalb der individuellen Kirchen oder nationalen Kirchenräten.

Im Verlaufe des Jahres 2017 organisierte die KEK eine Serie von vier regionalen Konsultationen zur Vertiefung dieses Prozesses: eine Konsultation für die Kirchen der nordischen Staaten und die baltischen Länder im Februar, für Kirchen im Vereinigten Königreich und Irland im März sowie später im Jahr die Konsultationen für Kirchen im Süden Europas und für Kirchen in Mittel- und Osteuropa. Dazu kamen mehrere lokale und nationale Anlässe, beispielsweise in Belgien, den Niederlanden, Polen, Ungarn, Portugal, Finnland oder Deutschland, in der Evangelischen Landeskirche in Baden. Sie alle

wurden mit dem Ziel organisiert, Erfahrungen aus verschiedenen geographischen Teilen des Kontinents auszutauschen, die dazu beitragen könnten, eine wahrhaft europäische Antwort auf unsere gemeinsamen Herausforderungen zu formulieren.

Die Konsultation für die nordischen Staaten und die baltischen Länder fand in Reykjavik, Island, statt. Aufgrund seiner Lage war dieser Ort eine Erinnerung daran, dass Europa mehr ist als ein auf die Europäische Union beschränkter Raum. Für die Kirchen ist Europa nicht in erster Linie eine Frage der Geographie. Europa soll weder eng an die Europäische Union gebunden noch mit irgendwelchen anderen politischen Konzepten oder Institutionen identifiziert werden. Das christliche Verständnis von Europa ist ein Konzept in Verbindung mit Kultur, gemeinsamer Vergangenheit und mit den Wurzeln unserer Identität.

Die Kirchen haben die Verantwortung, sich für ein besseres Europa einzusetzen. Für die Kirche sind das gesellschaftliche Engagement und der Dialog mit politischen Instanzen von großer Bedeutung. Das Ziel eines solchen Dialogs ist zunächst, wann immer und wo immer nötig auf Ungerechtigkeiten hinzuweisen. Die Kirchen sollten greifbar und stark sein und ihren Beitrag zu einem solchen Dialog klar zum Ausdruck bringen.

Weiter wurde die Wichtigkeit der Theologie und der Anthropologie betont. Für die Kirche ist es wichtig, denjenigen zu begegnen, die sich außerhalb von ihr bewegen, den *anderen*. Der ÖRK-Präsident für Europa, Erzbischof Anders Wejryd von der Kirche von Schweden, betonte diesbezüglich: „Wir sind zueinander ausgesandt worden. Wir alle. Gnade kann nur angenommen werden, wenn sie von jemandem gesprochen wird, der von uns bleibend respektiert wird. Gott, wie wir ihm in Jesus Christus begegnen, genießt diesen Respekt. Die Person Jesus Christus muss bekannt gemacht, erhoben und in unseren zeitgenössischen Gesellschaften immer wieder in Erinnerung gerufen werden. Darin besteht die Aufgabe unserer Kirchen.“ Durch unseren Glauben wagen wir zu denken, dass die Schwachen beschützt, Reichtum geteilt und Flüchtlinge aufgenommen werden müssen, und dass die Welt verantwortungsvoll verwaltet werden muss und nicht von uns besessen und verbraucht. Wenn die Christen und die Kirche dies nicht offen kundtun, machen sie sich des Verrats schuldig. Sie würden dann nämlich etwas vor Europa versteckt halten.

Das Schlüsselkonzept dazu ist Hoffnung. Doch wie können wir es praktisch umsetzen? Was ist der Inhalt dieser Hoffnung? Diakonie und Gemeinschaft können als gemeinsame Grundlage für diese Hoffnung angesehen werden. In einem solchen Kontext können wir auch über Ökonomie sprechen, eine Bezeichnung, die die Vision der Haushälterschaft und des Dienstes einander gegenüber umfasst.

Die Konsultation in Edinburgh befasste sich mit der spezifischen Situation der Kirchen im Vereinigten Königreich und Irland nach der Volksabstimmung, mit der das Land entschied, die Europäische Union zu verlassen. Diskussionen zum Brexit zeigten tiefe Wunden und Enttäuschungen und riefen zahlreiche Fragen hervor, die in den Kirchen und der Gesellschaft dieser Region gegenwärtig sind.

Doch ging die Diskussion über den Brexit hinaus. Es wurden Fragen erörtert, wie: Wie sollten die Kirchen auf die politischen Fragen und die Anliegen der Menschen reagieren? Wie können die Kirchen ihre Arbeit für das Allgemeinwohl stärken? Wie sollten sie in diesem Kontext klarer über ihr diakonisches Amt sprechen? Und wie sollten Kirchen zu den Menschen sprechen, die vom System an den Rand gedrängt werden?

Die Konsultation für die Kirchen im Süden Europas fand in Volos, Griechenland, statt. Die Teilnehmenden kamen aus der ganzen Region, von Portugal und Spanien, über Italien und den Balkan bis Armenien. Die Konsultation zeigte eine große Vielfalt in Europas Süden sowie die tief verankerten Unterschiede zwischen den Perspektiven des Südens und des Nordens in der Wertediskussion. Werte funktionieren nicht in einem abstrakten Raum, sie müssen zur gemeinsamen Geschichte, Kultur und Identität in Beziehung gesetzt werden.

Neueste Entwicklungen in der Region führten zu einem Verständnis der gegenwärtigen skeptischen Haltung gegenüber Europa unter vielen Völkern der Region, genährt durch die Verbreitung von Armut und dem Überlebenskampf der Menschen. Dies umfasst die sehr spezifische Situation auf dem Balkan, wo ein tief verankertes Misstrauen und Zögern gegenüber dem Westen herrscht.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Situation in Griechenland geschenkt. Es gibt zahlreiche positive Beispiele, wie Kirchen auf die wirtschaftlichen Krisen reagiert oder Unterstützung für Flüchtlinge organisiert haben. Doch gab es gleichzeitig auch kritische Stimmen. Metropolit Ignatius von Demetrias der Kirche von Griechenland betonte: „Die Nähe zur Macht führte dazu, dass die Kirche die nötige Distanz zu Populismus und Korruption nicht hatte, sodass wir die Menschen hätten warnen können, wohin wir mit dem zutiefst schmarotzerhaften Wesen unserer Wirtschaft und unserer konsumorientierten Absurdität steuern.“ Die Macht des Marktes muss angegangen und eingeschränkt und die Frage der Gerechtigkeit in Bezug auf wirtschaftliche Perspektiven hervorgehoben werden. Insbesondere ist es wichtig, den Bedarf an einer gerechten Verteilung der durch den Markt erzielten Gewinne zu unterstreichen, sowie die Frage der sozialen Kosten der Marktgeschäfte.

In dieser Region ist die Flüchtlings- und Migrationskrise besonders gut sichtbar. Was können wir in einer solchen Situation tun? Welche Rolle spielt

der Staat und welche Rolle haben die Kirchen zu spielen? Inwieweit soll die Kirche bei der Hilfeleistung an die Stelle des Staates treten?

Es wurde betont, dass die Kirche im 21. Jahrhundert in multireligiösen und multikulturellen Kontexten lebt. Neue Technologien führen dazu, dass den Menschen die Identität und das Bestreben anderer bewusster sind. Auf lokaler und globaler Ebene arbeiten Christen mit Menschen anderer Religionen und Kulturen zusammen. Pluralität stellt für die Kirchen eine Herausforderung dar. Ein ernsthaftes Bekenntnis zu interreligiösem Dialog und interkultureller Kommunikation ist daher unerlässlich.

Die Konsultation für Kirchen in Mittel- und Osteuropa fand in Prag statt. Während der Reichtum und die Vielfalt hervorgehoben wurden, wurde auch bemerkt, dass die Region sich durch Bestrebungen auszeichnet, das allgegenwärtige Erbe von totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts zu überwinden und einen respektvollen Dialog mit dem Westen anzustreben, und nicht nur eine Integration in den Westen. Nationale Identitäten haben eine wachsende Anziehungskraft und der Nationalismus nimmt zu. Die Kirchen in der Region fragten sich, wie das Christentum in der Gesellschaft sichtbarer gemacht werden kann. Es tauchten gewisse konkrete Erwartungen an die Handlungen der Kirchen auf: Die Kirche muss ihre Stimme gegen die Errichtung von Mauern zwischen Menschen und gegen Korruption erheben und sich aktiv am Kampf gegen jegliche Formen modernen Götzendienstes beteiligen.

Die Beziehung zum Säkularismus wurde als weitere Herausforderung genannt. Die Kirche muss über die Betrachtung von Säkularismus als Feind hinausgehen und das Phänomen eher als Partner betrachten. Eine verstärkte öffentliche Theologie sollte ein Instrument auf diesem Weg sein. Die gegenwärtige politische Theologie befasst sich zu Recht mit den politischen Auswirkungen des kirchlichen Handelns, doch ist es falsch, Politik nur mit sozialem Wandel zu verbinden; die zentrale Frage lautet: Welche Art von Gemeinschaft muss die Kirche sein?

Mit Blick auf Europa wurde hervorgehoben, dass der Kontinent für die Kirchen ein Rahmen für ein gemeinsames Handeln sein soll, ein Raum, in dem die Kirchen ihr Zeugnis sichtbar machen können; Christinnen und Christen müssen bereit sein, Hoffnung zu bezeugen und dafür zu kämpfen.

Was haben wir daraus gelernt? Was ist die Schlussfolgerung des Prozesses?

Der Konsultationsprozess machte sichtbar, dass die Regionen Quellen von Reichtum und Identität sind. Dabei muss die Vielfalt als Reichtum geschätzt und nicht als Bedrohung betrachtet werden. Vier regionale Konsultationen mit zusätzlichen damit verbundenen Prozessen boten Raum für einen Austausch. Neben ihren Wünschen und Hoffnungen bekundeten die Kirchen

in Europa ihr Streben danach, was sie erwarten: Die ökumenische Zusammenarbeit soll ein Forum für den Austausch und für gegenseitiges Lernen sein. Die Ökumene ist der Beitrag der Kirchen zum Aufbau einer Gemeinschaft in Europa.

> „Dabei muss die Vielfalt als Reichtum geschätzt und nicht als Bedrohung betrachtet werden“

Der Konsultationsprozess betonte die Notwendigkeit des kirchlichen Handelns in der Gesellschaft. In der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sollte dies von einer qualifizierten Theologie untermauert werden. Die Bausteine eines solchen Ansatzes legen den Schwerpunkt auf den Aufbau einer Gemeinschaft, die in der klassischen biblischen Sprache *koinonia* genannt wird, und auf das Leisten eines Dienstes für Menschen und für die Welt um uns herum, wie dies im Begriff *diakonia* enthalten ist. Hinzu kommt, dass für die weitere Gesellschaft ein verständliches Zeugnis angeboten werden sollte, wie dies inhaltlich im biblischen Terminus *martyria* ausgedrückt wird. Öffentliche Theologie, die mit solchen Instrumenten ausgerüstet ist, sollte sich nicht vor einem unausweichlichen Zusammentreffen mit dem Säkularismus fürchten. Für die Kirchen wird eine solche Begegnung keine Bedrohung, sondern vielmehr eine Chance sein.

Mit Blick auf die Zukunft des Kontinents sowie hinsichtlich der Europäischen Union in den Bereichen, die über die wirtschaftliche Dimension hinausgehen, ist dies ein Grund zur Hoffnung. In einem solchen Europa und in einer solchen EU gibt es Raum für eine aktive öffentliche Rolle für die Kirchen, nämlich Anliegen vorzubringen in Bezug auf zunehmende Ungerechtigkeit, den wachsenden politischen und wirtschaftlichen Egoismus, die veränderte Work-Life-Balance, Ungerechtigkeit und Egoismus gegenüber der Natur und der Umwelt sowie in Bezug auf neue Herausforderungen im Zusammenhang mit den neuesten Technologien.

Die Konsultationen machten klar, dass in allen Regionen des Kontinents ein stark verwurzelter und weit verbreiteter Wunsch vorhanden ist nach „einer Kirche, die den Stimmen der Enteigneten, der Menschen am Rande der Gesellschaft, zuhört, einer Kirche, die sich für Gerechtigkeit und Einheit ausspricht, weil dies ist, was Jesus wollte, eine Kirche, die sich nicht in Bezug auf den Binnenmarkt ausdrückt, sondern eine Kirche, die zur Pflicht der Solidarität ermutigt, die uns zu gerechtem Teilen leitet.“ Dies ist jedoch nicht nur eine Vision der Kirche. Ein solches Bestreben führt zu einer Vision von respektvollen und fruchtbaren ökumenischen Beziehungen und unterstreicht die Pflicht der Solidarität, Gerechtigkeit und des Respekts gegenüber

unseren Mitmenschen und der Welt um uns herum. Die Vision einer Gemeinschaft von Menschen in Europa kann von der Kirche gefördert werden, indem sie auf dem Weg zu diesem Ziel Zeugnis ablegt.

Die KEK ist dankbar für die bedeutende Zusammenarbeit mit Partnern bei der Vorbereitung und Organisation dieser Veranstaltungen. Die Konsultationen haben aufgezeigt, dass viele Kirchen ihr öffentliches Engagement sowie ihre Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas ernst nehmen. Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses sind die wichtigsten Bausteine für das Dokument, das der Vollversammlung in Novi Sad vorgelegt wird.

2. Ekklesiologie und theologischer Dialog

„Aber ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde." Apostelgeschichte 1,8

Der Auftrag der Kirchen in Europa steht im Mittelpunkt der Tätigkeit der KEK. Der Dienst der Kirche ist verwurzelt in der Verheißung und den Taten Christi, in seiner Verkündigung des Reiches Gottes und in der Berufung und Aussendung von Männern und Frauen, ermächtigt durch den Heiligen Geist (Johannes 20,19-23). Beim Sprechen des Glaubensbekenntnisses bekennen Christen ihren Glauben an die „eine, heilige, katholische und apostolische Kirche" und bekräftigen die gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem Dienst Christi und dem Dienst der Kirche, verankert in der Ökonomie des dreieinigen Gottes. „Die Einheit der Kirche muss sich in einer Katholizität ausdrücken, gebildet aus einem gemeinsamen Bekenntnis des apostolischen Glaubens, einem gemeinsamen Gottesdienst, einer gemeinsamen Liturgie und einem geteilten Leben sowie einer geteilten Mission", lautet das Schlusskommuniqué der Konsultation der Kommission Kirchen im Dialog zum Thema „Visionen der Einheit in unseren Kirchen – Konvergenzpunkte" vom Juni 2011.

> „Der Auftrag der Kirchen in Europa steht im Mittelpunkt der Tätigkeit der KEK"

Die Arbeit der KEK im Bereich von Einheit und Mission hat sich stark auf die Schließung des KEK-Büros in Genf ausgewirkt. Einerseits gab es keinen Übergabeprozess zwischen den Mitarbeitenden der Kommission Kirchen im Dialog der KEK und dem Führungsstab in Brüssel und andererseits blieb nach der Vollversammlung 2013 in Budapest die Stelle für den theologischen Dialog im Führungsstab vakant, bis im Oktober 2016 Katerina Pekridou als Sekretärin für den Dialog eingestellt wurde. Sie übernahm die Verantwortung für die Thematische Referenzgruppe (TRG) Ekklesiologie und theologischer Dialog sowie für die TRG Frieden und Versöhnung.

Die TRG Ekklesiologie und theologischer Dialog traf sich nur zweimal

(4.-5. Mai 2017 und 17.-18. Oktober 2017) in Brüssel, wobei letztendlich nur die Hälfte der Mitglieder teilnehmen konnten. Aus diesem Grund leitete die Gruppe keine neuen Projekte ein. Sie stellte Beratung für laufende Projekte zur Verfügung und konzentrierte sich auf die Planung der Workshops auf der Vollversammlung 2018 in Novi Sad.

Lokale Auswirkungen der *Charta Oecumenica*

Die KEK analysierte die Reaktionen von Kirchen, kirchennahen Organisationen und akademischen Institutionen in Europa auf die *Charta Oecumenica*. Diese ökumenischen Leitlinien waren 2001 von der KEK und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) gemeinsam veröffentlicht worden. KEK-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen wurden nun zum Nutzen des Dokuments, zur Relevanz von dessen Empfehlungen für den europäischen Kontext sowie zur Arbeit der Kirchen und Organisationen im Bereich des interreligiösen Dialogs befragt. Die offiziellen Antworten und Erkenntnisse der Studie führten im Frühling 2017 zur Veröffentlichung eines detaillierten Berichts, der den Einfluss des Dokuments auf lokaler Ebene widerspiegelt.

Reformation aus einer ökumenischen Perspektive

Das Reformationsjubiläum wurde durch vielfältige Anlässe und Projekte der Kirchen in Europa gefeiert und gewürdigt. Die KEK nahm aktiv an mehreren Veranstaltungen und Konferenzen teil. Am 21. und 22. November 2017 organisierte die KEK in Brüssel ein Seminar zum Thema „Reformation und Entstehung ekklesialer Identitäten“ und bot die Gelegenheit, verschiedene Sichtweisen der Reformation zu untersuchen. Expertinnen und Experten für Ekklesiologie und für die Reformation aus verschiedenen christlichen Strömungen erörterten, inwiefern die Reformation für das Verständnis des Kirche-seins eine Herausforderung war. Weiter diskutierten sie über den Einfluss der Reformation auf die Bildung und Definition kirchlicher Identitäten und hoben die Wichtigkeit hervor, gegenseitige Akte der Buße zu benennen und daran teilzunehmen, und diese auch über das Reformationsjubiläum hinaus weiterhin durchzuführen.

Ekklesiologie und Migration

Was bedeutet es, heute in Europa Kirche zu sein? Diese Frage stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der theologischen Reflexion der KEK. Ein Höhepunkt der laufenden Überlegungen und Studien war eine Konsultation über Migration und die für die Ekklesiologie damit verbundenen Herausforderungen. Die Konsultation mit dem Titel „Migration und Ekklesiologie – heute Kirche sein in Europa“ wurde von der KEK gemeinsam mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) und der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark organisiert. Sie fand vom 8. bis

10. Dezember 2016 in Kopenhagen, Dänemark, statt.

Auf der Konsultation wurde das Dokument „Die Kirche: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“ der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aus dem Jahr 2013 diskutiert.

Ein Ergebnis der Konsultation war das Papier mit dem Titel „Die Kirche – Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision. Eine Antwort gestützt auf die Konsultation Migration und Ekklesiologie – heute Kirche sein in Europa“. Diese Reaktion, die gemeinsam mit der CCME veröffentlicht wurde, stützte sich auf die Ergebnisse der Konsultation. Die im Text angesprochenen Fragen beziehen sich auf Evangelium und Kultur, Einheit und versöhnte Verschiedenheit, konkrete Praxis des Kirche-seins sowie die Förderung der kontinuierlichen theologischen Arbeit der KEK.

Ökumenische theologische Bildung und Ausbildung

Global Ecumenical Theological Institute 2017, Berlin (GETI’17), Veranstaltung zum Thema „Reforming Theology – Migrating Church – Transforming Society“ (Reformieren der Theologie – Migrationskirchen – Wandelnde Gesellschaft)

Das GETI’17 war ein intensives, zweiwöchiges ökumenisches Ausbildungsprogramm vom 19. Mai bis 1. Juni 2017 in Berlin, Deutschland. Das Projekt unter der Schirmherrschaft der KEK war in den letzten drei Jahren entwickelt worden. An der Veranstaltung nahmen mehrere in der Ökumene, der Mission oder der Entwicklung aktiven Organisationen teil sowie über zwanzig akademische und kirchliche Institutionen in Europa.

Etwa 140 Studierende und 25 Dozierende waren am Programm beteiligt und befassten sich mit Vorlesungen zu Schwerpunktthemen. Gestützt auf das Lesebuch, das von bekannten Autorinnen und Autoren des Fachgebiets der ökumenischen Theologie eigens für das Programm geschrieben wurde, arbeiteten die Teilnehmenden gemeinsam an Seminararbeiten. Der Titel des englischsprachigen Lesebuchs lautet „Reforming Theology, Migrating Church, Transforming Society: A Compendium for Ecumenical Education“ und wurde herausgegeben von Uta Andrée, Benjamin Simon und Lars Röser-Israel, Hamburg: Missionshilfe Verlag, 2017.

Die Teilnehmenden beteiligten sich auch an Vorträgen, Veranstaltungen, Gottesdiensten, Bibelarbeiten und spirituellen Meditationen im Rahmen des Kirchentags. Durch die zwei gemeinsam organisierten Podiumsdiskussionen „Visionen für das Christentum in Europa“ und „Gefährliche Theologie“ trugen sie zum internationalen Programm des Kirchentags bei. Vom 28. bis 29. Mai reisten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des GETI’17 nach Wittenberg, um dort am Spezialprogramm teilzunehmen.

Nach der Rückkehr in ihre akademischen Einrichtungen und Kirchen unter-

breiteten die Studierenden ihre wissenschaftlichen Arbeiten den GETI'17-Dozierenden und erhielten darauf ihr von der Humboldt-Universität Berlin anerkanntes Teilnahmezertifikat (8 ECTS-Kreditpunkte). Daraus werden ausgewählte wissenschaftliche Arbeiten in einem Band vom Missionshilfe Verlag Hamburg veröffentlicht werden. Diese Publikation bietet jungen Gelehrten die Möglichkeit, ihre Arbeit an der Seite von anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Bereich der ökumenischen Theologie zu veröffentlichen. Dazu gehört auch die Präsentation von KEK-Generalsekretär Pater Heikki Huttunen sowie eine Grußbotschaft von Katerina Pekridou, Sekretärin für den Dialog der KEK während des GETI'17.

Ohne die bedeutenden Geldspenden der folgenden engagierten Partnerorganisationen hätte das Projekt nicht verwirklicht werden können: Der Ökumenische Rat der Kirchen finanzierte die Lancierung des Projekts; Brot für die Welt unterstützte das Programm finanziell und richtete drei Jahre lang alle Planungssitzungen des Steuerungsausschusses, des akademischen Ausschusses und des Finanzierungsauschusses aus; Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Evangelische Kirche in Deutschland, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers, Missio, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands, Kirche von Schweden, Missionsakademie an der Universität Hamburg, Berliner Missionswerk, Bremische Evangelische Kirche, Evangelische Landeskirche in Baden, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens, Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg, Evangelisch-Reformierte Kirche, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Evangelische Kirche von Westfalen, Evangelische Theologische Fakultät Löwen, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Rat der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark, Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa, Humboldt-Universität Berlin, Kerk in Actie, Martin-Luther-Bund, Mission EineWelt, Brücke für Afrika Norddeutsche Mission, Vereinte Evangelische Mission und KEK.

Globales Forum für Lehrende der Theologie: „Eine internationale Gemeinschaft von Führungspersonen in theologischer Bildung aus allen christlichen Traditionen"

In Übereinstimmung mit ihrer Verpflichtung gegenüber der ökumenischen theologischen Bildung und Ausbildung beteiligt sich die KEK aktiv an der Planung der zweiten Tagung des Globalen Forums für Lehrende der Theologie zum Thema „Vision und Durchführbarkeit im Kontext: theologisches Lernen und Ausbildung", das vom 20. bis 24. Mai 2019 an der Orthodoxen Akademie von Kreta durchgeführt wird.

Christliches Zeugnis heute in Europa

In der Vergangenheit beschäftigte sich die KEK anhand von mehreren Projekten mit Mission, doch braucht es heute eine gemeinsame Reflexion und Zusammenarbeit unter nationalen, regionalen, konfessionellen und missionswissenschaftlichen Organen und Netzwerken in Europa, sowie mit Einzelpersonen, die sich für Missionswissenschaften interessieren oder praktisch in der Mission eingebunden sind.

Um die Missionswissenschaften in Europa neu zu beleben, müssen zudem Verbindungen aufgebaut werden mit kirchlichen Netzwerken und akademischen Gruppen in Europa, die sich mit neu auftauchenden Themen befassen, wie zum Beispiel interkulturelle Theologie, interreligiöse Studien oder öffentliche Theologie.

In dieser Hinsicht arbeitet die KEK eng mit der Internationalen Vereinigung für Missionswissenschaften Europa (IAMS-Europa) und Partnernetzwerken, beispielsweise katholische, evangelische, missiologische und missionswissenschaftliche Institutionen in Europa zusammen, um die europäische IAMS-Konferenz 2019 zu planen. Die Konferenz mit dem Titel „Erkennen von europäischen Missionen in einer verwundeten Welt in tiefgreifendem Wandel“ wird vom 23. bis 27. August an der Hochschule SVD St. Augustin in Bonn, Deutschland, stattfinden.

Interreligiöser Dialog

Das Nachdenken über Mission war ein Schwerpunkt der *Charta Oecumenica*, in der Europa als multireligiöser Kontinent anerkannt wird. Ein tieferes Verständnis von anderen religiösen Ausdrucksformen ist aufgrund der gegenwärtigen Migrationslage noch dringender nötig. Im Mittelpunkt der theologischen Reflexion der KEK steht die Frage, wie Kirchen in Europa auf Migration und zunehmende politische Polarisierung, auf wachsende Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus reagieren.

Eine Konferenz, die gemeinsam mit dem interreligiösen Programm des ÖRK, Churches Together in Britain and Ireland und der KEK organisiert wurde, und an der ebenfalls die CCME, der Lutherische Weltbund und europäische Kirchen teilnahmen, untersuchte den Beitrag derjenigen, die in interreligiöse Arbeit eingebunden sind und befasste sich mit derzeitigen Herausforderungen. Das Treffen fand vom 29. bis 31. März 2017 in Woking, Vereinigtes Königreich, statt. Daraus ging hervor, dass die interreligiösen Aspekte der Migration sowohl aus praktischen als auch aus theologischen Perspektiven betrachtet werden müssen. Weiter wurde die Wichtigkeit betont, ein Netzwerk von interreligiösen Verantwortlichen der Kirchen zu entwickeln. Die KEK hat einen ersten Schritt in diese Richtung getan und trägt innerhalb ihrer Mitglieder Ressourcen in Bezug auf den interreligiösen Dialog zusammen.

Teilnahme am Globalen Christlichen Forum

Durch die Kommission des ÖRK für Weltmission und Evangelisation beteiligte sich die KEK auch an der Konsultation, die vom Globalen Christlichen Forum zum Thema „Berufung zur Mission, Wahrnehmungen von Proselytismus: ein globales Gespräch" organisiert wurde. Die Konsultation, die vom 8. bis 11. Juni 2017 in Accra, Ghana, stattfand, ist ein Teil einer breiteren gemeinsamen Initiative des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, der Weltgemeinschaft der Pfingstkirchen, des ÖRK und der Weltweiten Evangelischen Allianz. Das Ergebnis der Konsultation war eine Erklärung mit dem Titel „Ein Aufruf zur Mission und Erfahrungen von Proselytismus: Schritte hin zu einem ethischen Zeugnis", die einen Beitrag zum gegenwärtigen Studienprozess leisten wird.

Konferenz für Weltmission und Evangelisation

Das Thema der Konferenz, die vom 8. bis 13. März 2018 in Arusha, Tansania, stattfand, war „Vom Geist bewegt – zu verwandelnder Nachfolge berufen". Katerina Pekridou, Sekretärin für den Dialog der KEK, nahm an der Konferenz teil. Sie gehörte zur Gruppe der Zuhörerinnen, die auf der Vorkonferenz der Frauen eine Erklärung über die Anliegen der Frauen entwarfen, und übernahm den Vorsitz des Workshops „Jungend in Ausbildung zur Mission".

Podiumsdiskussion an der Europäischen Akademie der Religionen

Auf der ersten Konferenz der Europäischen Akademie der Religionen vom 5. bis 8. März 2018 in Bologna, Italien, organisierten die KEK und die Akademie für theologische Studien in Volos gemeinsam eine Podiumsdiskussion. Deren Titel lautete „Ökumene im Wandel: ein Paradigmenwechsel von der Vision christlicher Einheit zum Realismus christlicher Zusammenarbeit". Zu den Referentinnen und Referenten gehörten Mitglieder des KEK-Vorstandes sowie weitere Theologinnen und Theologen aus den Netzwerken der KEK.

Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen

Im Oktober 2017 wurde die KEK vom ÖRK eingeladen, sich am Beratungsausschuss für die Digitalisierung der Dokumente der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zu beteiligen. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Projekt zur Digitalisierung der Publikationen in der ersten Phase. Die Sammlung war gescannt und bereits durch einige Suchmöglichkeiten online verfügbar gemacht worden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Sammlung im Rahmen eines umfassenden Forschungsumfeldes mit einer Plattform vernetzt werden, die wiederum mit anderen Ressourcen und Werkzeugen, wie Bibeln und Wörterbüchern, verbunden ist und über ein integriertes Suchsystem verfügt.

Der ÖRK lud die KEK zudem ein, eine gemeinsame europäische Publikation

zum Thema „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ zu veröffentlichen. Die Generalsekretäre der beiden Organisationen sind die Herausgeber des Bandes, in dem Überlegungen zur kontinuierlichen Arbeit der KEK angestellt werden. Er umfasst visionäre Texte zu aktuellen Herausforderungen, beispielsweise Reflexionen zur *Charta Oecumenica*, gestützt auf den Konsultationsprozess im Vorfeld der Vollversammlung von Novi Sad. Dieser Band wird 2019 herausgegeben werden.

3. Frieden und Versöhnung

„Denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung.“ (2 Kor 5,19)

Frieden und Versöhnung sind bedeutsame Anliegen, die in die tiefgreifenden historischen Wurzeln der KEK eingebettet sind und auch heute noch einen wesentlichen Bestandteil ihrer Daseinsberechtigung bilden. Die Thematische Referenzgruppe (TRG) Frieden und Versöhnung diente daher als Plattform, um sich während ihrer acht Arbeitssitzungen zwischen 2015 und 2018 in Brüssel mit der aktuellen Lage und den Herausforderungen rund um Frieden und Versöhnung in Europa auseinanderzusetzen.

Die erste Sitzung der TRG im September 2015 strebte die Entwicklung von Vorschlägen an, die der KEK-Vorstand angestoßen hatte. Es ging um die Themen Nationalismus, Staat, Nation und Ethnizität. Die Kirchen sollten befähigt werden, sich stärker für Anliegen rund um Frieden und Versöhnung einzusetzen. Die TRG bemerkte das aktive Handeln der historischen Friedenskirchen. Diese betonten, wie wichtig ein Engagement in einem Geiste des Aufbegehrens gegen die Verbreitung von Waffen und den Schutz mittels bewaffneter Konflikte sei.

Die TRG wurde damit beauftragt, eine Konferenz über den Ersten Weltkrieg zu organisieren. Angesichts der Vollversammlung 2018 und aufgrund eines Personalmangels zur Unterstützung der Vorbereitungen beschloss sie jedoch, erst für 2019 eine Konferenz zu planen. Diese soll einen doppelten Schwerpunkt erhalten: zum Einen die Pariser Friedenskonferenz von 1919 und zum Anderen die aktuelle Lage in Europa und auf der ganzen Welt.

Erklärung der KEK zur Entschließung des Europäischen Parlaments zum Waffenexport und Waffenembargo

Auf ihrer zweiten Sitzung im Februar 2016 konzentrierte sich die TRG darauf, Reaktionen auf Konflikte zu erarbeiten, insbesondere aus einer Perspektive der christlichen Theologie. Bei der Behandlung von Anliegen rund um Konflikte und Sicherheit diskutierte die TRG auch die Einzelheiten der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2016

zur Anwendung der Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) sowie die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2015 zum Waffenexport: Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (2015/2114(INI)).

Die Gruppe überlegte sich, wie die Mitgliedstaaten der EU deren Instrumente nutzen könnten, um im Bereich Sicherheit effizienter zu werden. Beispiele für solche Instrumente sind Artikel 222 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der Aktionsplan der EU zur Bekämpfung des Terrorismus, die Strategie der EU zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus sowie die damit verbundenen Richtlinien, die spezifisch darauf ausgelegt sind, Terroranschläge in Europa zu verhüten und ihre Folgen anzugehen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der zweiten TRG-Sitzung war eine Erklärung, die vom KEK-Präsidenten genehmigt und am 21. März 2016 veröffentlicht wurde. Darin rief die KEK dringend zu einer deutlichen Unterstützung der Entschließungen des Europäischen Parlamentes zum Waffenexport, zur humanitären Lage im Jemen im Februar 2016 und damit verbunden zur Frage eines Waffenembargos gegen Saudi-Arabien auf.

Erklärung der KEK zum Schutz der Mittel der EU-Friedenskonsolidierung vor einer Militarisierung

Da die TRG sich für eine Friedenskonsolidierung mit nicht-militärischen Mitteln anstelle eines Sicherheitsmanagements stark macht, hat sie auch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Friedensinstrument (IcSP) beobachtet. Im Juli 2016 veröffentlichte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Änderung des Stabilitäts- und Friedensinstrumentes der EU, damit dieses auch die Bereitstellung eines Kapazitätsaufbaus zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung umfassen könnte. Die Kommission legte einen Rechtstext vor, der die bestehende Verordnung (EU) Nr. 230/2014 abändern sollte. Die TRG erarbeitete eine Reaktion auf den Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung des IcSP, da eine solche den Weg ebnen könnte für den Einsatz von EU-Entwicklungsgeldern zu militärischen Zwecken. Die Vermischung militärischer und nicht-militärischer Haushalte bereitete der KEK große Sorgen und wurde als ernsthafte Herausforderung für die Versöhnungsarbeit der Kirchen und für kirchennahe Entwicklungsagenturen und NGOs erachtet. Man war der Meinung, dies liefe den Kernwerten, auf denen die EU gründet, entgegen.

Die TRG betonte, die Kirchen sollten sich dagegen wehren, dass unter dem Vorwand einer verbesserten Sicherheit immer mehr Gelder in die Militarisierung der EU investiert werden. Daher wurde am 13. Oktober 2016 eine offizielle Erklärung zu diesem Thema veröffentlicht, in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern wie Church and Peace. Sie wurde von einer Reihe von

Kirchen und Entwicklungsorganisationen, die ihrerseits ähnliche Erklärungen herausgaben, insbesondere in Deutschland, positiv aufgenommen.

Kirchen und interreligiöses Engagement

Die Arbeit im Zusammenhang mit den interreligiösen Aspekten von Friedenskonsolidierung und Versöhnung war für die TRG ein wichtiger Schwerpunkt. Bei ihrer dritten Sitzung des Jahres 2016 erörterte die TRG dazu das Konsultationspapier „Porvoo Communication of Churches – Keys to Interfaith Engagement“, das als Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen den Anglikanern aus Europa und den nordischen lutherischen Kirchen erarbeitet worden war. Gemeinsam erforschten und ersannen die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wege, wie dieses Dokument von den Kirchen und kirchennahen Gruppen genutzt werden könnte.

Interreligiöses Engagement und interreligiöse Versöhnung waren die Hauptdiskussionsthemen der TRG im Jahr 2016. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie dabei den Leitlinien für den interreligiösen Dialog, die von KEK-Mitgliedskirchen erarbeitet worden waren. Dabei erkannte sie an, dass der ökumenische Dialog infolge der wachsenden afrikanischen und syrischen Gemeinschaften durch das Ankommen der Flüchtlingsströme in Europa zugenommen hatte.

Das Verhältnis zwischen dem säkularen Staat und den Kirchen sowie die Abgrenzung ihrer jeweiligen Rollen und Aufgaben wurde in der TRG ebenfalls im Einzelnen diskutiert.

In Anlehnung an die Friedensstiftungsinitiativen im Zusammenhang mit Religion und Gewalt, die der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) als thematischer Fokus für das Jahr 2017 umsetzte, beschloss die TRG, die Theologie aktiver Gewaltlosigkeit zu erforschen und zu erörtern, wie die europäischen Kirchen Gewaltlosigkeit fördern könnten.

Stärken der praktischen Friedensarbeit der Kirchen

Auf ihrer vierten Sitzung nahm die TRG eine umfassende Analyse vor, um zu bestimmen, welchen Beitrag die KEK zur Friedenskonsolidierung leisten könnte und wie die Kirchen auf Konflikte reagieren sollten.

Die Mitglieder stellten eine Reihe von Dokumenten zu diesem Thema vor. Der Geist der *Charta Oecumenica* als Grundlage für die Friedenskonsolidierungsarbeit der KEK wurde dabei hervorgehoben. Man betonte die Notwendigkeit, die Vielfalt als Gabe Gottes wirksam anzunehmen und Klischees zu vermeiden. Zudem ermutigte die TRG die KEK, Kontaktpunkte mit ähnlichen Vorgehensweisen zu suchen, etwa mit dem oben erwähnten ÖRK-Programm, mit Initiativen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), mit Church and Peace, einem ökumenischen, glaubensgestützten

Netzwerk in Europa, sowie mit der NGO-Plattform „European Peacebuilding Liaison Office“.

Ein weiterer Aspekt, der in den Dokumenten herausgestrichen wurde, betraf die unterschiedlichen Formen von Konflikten und die Reaktion der Kirchen darauf. Die biblischen Darstellungen von Fremden, Nachbarn und Flüchtlingen wurden untersucht. Man fragte sich, wie der Auftrag der Kirchen im Hinblick auf Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten gestärkt und unterstützt werden könnte. Es wurden auch Beispiele aktueller Reaktionen von EU-Mitgliedsstaaten auf die Migrationsproblematik erörtert. Die Frage, wie Konflikte innerhalb der Kirche gehandhabt werden sollten, indem biblische Beispiele herangezogen wurden, wurde aufgeworfen, ebenso wie die Frage nach der Reaktion der Kirche auf ethnische und religiöse Konflikte in ihren jeweiligen lokalen Kontexten.

Die TRG betonte mehrere Punkte, in denen ein Handeln möglich ist: das Konzept einer gerechten Friedenskirche, die Vorstellung und Umsetzung von Gerechtigkeit, Erziehung und Bildung in den Bereichen Gerechtigkeit und Frieden (unter Nutzung von Medien), die Kommunikation mit der Öffentlichkeit durch die Organisation von Theologie-Seminaren und Veranstaltungen über interreligiösen Dialog sowie die Unterstützung der Kirchen, als vertrauenswürdige Mediatorinnen und Friedensstifterinnen (als Drittpartei) zu agieren.

UN-Abstimmung über ein Verbot von Atomwaffen

Die TRG verfolgte das aktuelle Vorgehen in den Vereinten Nationen zur Durchsetzung eines Verbots von Atomwaffen aufmerksam mit. Dazu wurde ihr ein ausführliches Dokument vorgelegt, das sie erörterte. Die schwedischen Kirchen sowie die Mitglieder des europäischen Netzwerkes Church and Peace engagierten sich für dieses Anliegen. Die TRG erachtete es als wichtig, die Kirchen für die jüngste UN-Resolution zum Thema zu sensibilisieren und Verhandlungen für ein Übereinkommen zum Verbot von Atomwaffen aufzunehmen. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Beteiligung der KEK am Dialog über das Verbot von Atomwaffen zu stärken und eine Vernetzung mit dem Ökumenischen Friedens-Advocacy-Netzwerk (EPAN) des ÖRK, mit Pax Christi und mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die vor Kurzem den Friedensnobelpreis für ihre Arbeit zu diesem Thema erhalten hatte, anzustreben. Man verfasste einen Brief an die KEK-Mitgliedskirchen zu diesem Thema, der auch Handlungsvorschläge für die Kirchen und die TRG enthielt. Das Schreiben wurde jedoch nicht versandt, da das Präsidium der Ansicht war, die KEK verfüge nicht über ausreichend personelle Kapazitäten, um an diesem Anliegen zu arbeiten.

Dokument über die Rolle von Religion in Konflikten, Friedensstiftung und Versöhnung

Während ihres fünften Treffens am 27. und 28. Februar 2017 in Brüssel konzentrierte sich die TRG auf zwei Themenbereiche: Das Reich Gottes als theologischer Rahmen und die Rolle von Religion im Zusammenhang mit Frieden und Konflikten.

Sie einigte sich darauf, ein Dokument zum Thema „Die Rolle von Religion in Konflikten, Friedensstiftung und Versöhnung" zu verfassen, in dem die Metapher von Gottes Reich aus biblischer und patristischer Sicht erforscht werden würde. Außerdem sollte es die Auswirkungen für das heutige und zukünftige Europa hinsichtlich Zeugnis, Gerechtigkeit und Gastfreundschaft – die bereichsübergreifenden Themen der KEK-Vollversammlung 2018 in Novi Sad – untersuchen. Das Dokument wurde mit dem Ziel erarbeitet, die Gespräche während der von der TRG auf der KEK-Vollversammlung in Novi Sad organisierten Workshops zu erleichtern.

Die Peace Task Force der Konferenz Europäischer Kirchen

Die KEK und ihre Mitgliedskirchen beteiligen sich aktiv an Gottes Auftrag in und für die Welt. Als konkreter Ausdruck dieser Beteiligung soll eine Peace Task Force eingerichtet werden, um aktiv Zeugnis abzulegen von Gottes Auftrag der Versöhnung. Diese Peace Task Force soll im Wesentlichen als Friedensvermittlerin in Europa tätig sein. Die Vermittlungsarbeit erfolgt über die KEK und ihre Mitgliedskirchen.

> „eine Peace Task Force eingerichtet werden, um aktiv Zeugnis abzulegen von Gottes Auftrag der Versöhnung"

Die Peace Task Force wird sich auf Reaktionen in Konfliktsituationen konzentrieren. Sie wird Initiativen für die Friedenskonsolidierung lancieren und dem Ruf der Mitgliedskirchen und anderer Parteien nach einem Eingreifen als Brückenbauerin für Vermittlung und Verhandlung nachkommen. Während ihrer sechsten und siebten Sitzung am 26. und 27. Juni 2017 bzw. am 27. und 28. November 2017 entwickelte die TRG einen ausführlichen Vorschlag für die Aufgaben, die Praxis und die Mittel der Peace Task Force. Dieser wurde im November 2017 vom KEK-Vorstand gebilligt.

Konsultation mit Sachverständigen aus dem Bereich der Konfliktmediation

Als einer der ersten Schritte für die Entwicklung der Peace Task Force organisierte die TRG am 28. November 2017 in Brüssel eine Konsultation

mit Sachverständigen aus dem Bereich der Konfliktmediation, die in unterschiedlichen Teilen Europas tätig sind. Unter den Teilnehmenden waren Jenny Svanberg vom Life and Peace Institute in Schweden, Geoffrey Corry vom Glencree Centre for Reconciliation in Irland und Dr. Ana Raffai von RAND (Regional Address for Nonviolent Action) in Kroatien. Sie berichteten von ihren operativen Modellen und ihrer praktischen Erfahrung. Gemeinsam mit den Mitgliedern der TRG erörterten sie, wie die Peace Task Force hinsichtlich Format, Aufgaben und Mitgliedschaft aussehen sollte, aber auch, was für Schulungsprogramme und Mediationskompetenzen sie anbieten könnte und mit welchen Herausforderungen dieses Vorhaben verbunden ist.

Friedenskonferenz 2019

Die Aufstellung einer Peace Task Force ist eng mit der Organisation der für 2019 geplanten Friedenskonferenz verbunden. Die TRG war sich einig, dass ein riesiges Potenzial für eine bedeutende Friedenskonferenz im Jahr 2019 bestehe, mit einem Rückblick auf die Pariser Friedenskonferenz von 1919 und einem Blick auf die aktuelle Lage in Europa und weltweit. Die Konferenz wird über die Vergangenheit nachdenken und ein besseres Verständnis der heutigen Kontexte und der Friedensarbeit vermitteln.

Historisch gesehen war die KEK stets dazu berufen, ein ökumenisches Gremium zu sein, das sich für Versöhnung und Friedenskonsolidierung einsetzt. In den Zeiten des Eisernen Vorhangs gelang es der KEK, dies gekonnt unter Beweis zu stellen. In jüngster Zeit macht sich in verschiedenen Regionen Europas ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit und ein Identitätsverlust breit. Vor diesem Hintergrund ist die KEK erneut aufgerufen, angemessen auf die Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in Europa zu reagieren und sich mit ihrer einen christlichen Stimme zu Wort zu melden.

Der KEK-Vorstand verabschiedete im November 2017 einen umfassenden Vorschlag für die Pariser Friedenskonferenz. Die Ziele dieser Konferenz sind:

- die gegenwärtigen Bedrohungen für den Frieden in Europa und auf der Welt zu ermitteln und die Herausforderungen aufzuzeichnen, die sich durch die weltweiten Erfahrungen im 21. Jahrhundert ergeben;
- auf die Pariser Friedenskonferenz von 1919, 100 Jahre danach, zurückzublicken, um ihr Erbe zu ermitteln und aus unserer europäischen und globalen Vergangenheit einige bittere Lehren zu ziehen;
- eine solide theologische und ethische Reflexion über die vergangene und die aktuelle Welt anzustellen und eine theologische Praxis zu ermitteln, die der KEK und ihren Mitgliedskirchen ermöglicht, vertrauensvoll für Verwandlung, Heilung und Versöhnung einzutreten;
- geeignete Ressourcen für die Mitgliedskirchen und Partner zu ent-

wickeln, damit unser gemeinsames christliches Leben im Europa des 21. Jahrhunderts mehr Anerkennung erhält.

Friedenskonsolidierung und Versöhnung anstelle einer Militarisierung der EU

Im Juni 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung über die Einrichtung eines neuen Europäischen Verteidigungsfonds, einen Vorschlag für die Regulierung der finanziellen Unterstützung der europäischen Rüstungsindustrie und ein Reflexionspapier mit möglichen Szenarien für die Zukunft der europäischen Verteidigung.

Die KEK ihrerseits veröffentlichte am 4. Juni 2017 eine Pressemitteilung, in der sie sich insbesondere gegen Maßnahmen aussprach, die zum dritten der im Reflexionspapier der Kommission beschriebenen Szenarien führen würde, nach dem die EU in ein militärisches Bündnis umgewandelt werden würde.

Die KEK kritisierte die Finanzierung der militärischen Forschung und der Verteidigungsindustrie mit Mitteln aus dem zivilen EU-Haushalt und betonte, dass sich die erhöhten Militärausgaben negativ auf die Sicherheit auswirken würden. Sie rief die Europäische Union auf, stattdessen ihre Aufmerksamkeit der Jugendarbeitslosigkeit, der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Fragen, insbesondere in den südeuropäischen Ländern, zuzuwenden. Außerdem forderte sie die Mitgliedskirchen auf, mit ihren nationalen Regierungen eine kritische Diskussion über die zukünftige Entwicklung der EU-Verteidigungspolitik zu führen.

Beiträge zur Vollversammlung 2018 in Novi Sad

Die TRG Frieden und Versöhnung organisiert zwei Workshops während der Vollversammlung, unter folgenden Titeln: „Die Rolle von Religion in Konflikten und Frieden“ und „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit! Keine Gerechtigkeit ohne Frieden!“. Die Workshops haben zum Ziel, die Fähigkeiten der Teilnehmenden aus Mitgliedskirchen und KEK-Partnerorganisationen, die sich mit Friedensarbeit und verwandten Themen beschäftigen, zu stärken.

DIALOG MIT DEN EU-INSTITUTIONEN

Treffen zum Thema Resilienz

Infolge der gemeinsamen Mitteilung der Hohen Vertreterin der EU und der Europäischen Kommission mit dem Titel „Ein strategisches Konzept für Resilienz im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU“, war die KEK Mitorganisatorin einer Reihe von Treffen, bei denen erforscht wurde, wie die EU ihre Friedenskonsolidierungsinitiativen an der Basis stärken kann und was sie aus den umfassenden Erfahrungen und Einsichten von glaubensgestützten Organisationen bei der Ermittlung der Kräfte auf lokaler Ebene und deren

Stärkung lernen kann. Diese Treffen wurden von der KEK gemeinsam mit der COMECE, der Internationalen Baha'i-Gemeinschaft (BIC) und dem Quäkerrat für Europäische Angelegenheiten (QCEA) organisiert.

Treffen mit glaubensgestützten Organisationen zum Thema Resilienz

Das erste Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von glaubensgestützten Gemeinschaften fand am 18. Juni 2017 in den Büros der COMECE statt. Die Sitzungsteilnehmenden machten sich Gedanken über das Konzept der Resilienz und dessen Verbindung zu Religion, insbesondere im Friedensdiskurs. Die Frage, wie die europäischen Institutionen die gesellschaftlichen und spirituellen Ressourcen in den religiösen Gemeinschaften wirksam nutzen könnten, blieb jedoch unbeantwortet.

Resilienz in der Praxis: ein Dialog zwischen glaubensgestützten Akteuren und politischen Entscheidungsträgern

Das zweite Treffen fand am 12. Juli 2017 in Brüssel statt und versammelte Vertreterinnen und Vertreter aus glaubensgestützten Gemeinschaften und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger. Dabei wurde die Rolle untersucht, die religiöse Akteure beim Stärken von Resilienz spielen können.

Treffen mit religiösen Akteuren und politischen Entscheidungsträgern

Nach dem zweiten Treffen zum Thema Resilienz versammelten sich die vier Organisatoren zu einer Brainstorming-Sitzung, um Ideen darüber zusammenzutragen, welche religiösen Akteure einen Dialog mit den europäischen Institutionen anstoßen könnten. Diese Sitzung fand am 27. September 2017 in Brüssel statt.

Übergang von Hilfe zu Partnerschaft: Migration, Entwicklung und Frieden

Gemeinsam mit COMECE, BIC und QCEA organisierte die KEK im Februar 2018 eine weitere Brainstorming-Sitzung. Ihr Ziel war, sich gemeinsam Gedanken darüber zu machen, welche Elemente eines fairen Partnerschaftsansatzes die EU hinsichtlich Migration, Entwicklung und Frieden umsetzen sollte, und welche Rolle glaubensgestützte Akteure bei der Förderung fairer und gerechter Partnerschaften im Kontext dieser drei miteinander verflochtenen Bereiche spielen können.

Den Hintergrund für diese Diskussion bildeten unter anderem die anstehenden Verhandlungen zwischen der EU und der AKP-Gruppe (Afrika, Karibik und Pazifik), die jüngste Lancierung der europäischen Investitionsoffensive für Drittländer, die Debatte über den Rahmen für „Kapazitätsaufbau zur Förderung von Sicherheit und Entwicklung" nach 2020, der Prozess des Global Compact der Vereinten Nationen für Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge sowie das nachhaltige Entwicklungsziel Nr. 17, „Umsetzungs-

mittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben“. Während des Treffens wurden Ideen gesammelt und entscheidende Fragen formuliert, als Vorbereitung auf eine große Tagung mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und glaubensgestützten Akteuren zum selben Thema, die im Frühling 2018 von den vier gastgebenden Organisationen einberufen werden sollte.

Sichtbarkeit der Arbeit der TRG: Mitwirkung an Konsultationen und Foren

Die Mitglieder der TRG waren bei verschiedenen Veranstaltungen aktiv, um Initiativen im Zusammenhang mit Friedenskonsolidierung und Versöhnung zu fördern. Sie nahmen an der internationalen Friedenskonsultation über „Kirchen des gerechten Friedens“ teil, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 28. September bis 1. Oktober 2016 in Berlin organisiert wurde, sowie am runden Tisch über „Kampf oder Dialog der Zivilisationen? Globalisierte Religionen und der Bedarf an Dialog“, der am 28. Juni 2017 von der Dialogplattform in Brüssel organisiert wurde.

4. Europäische Kirchen und Menschenrechte

Seit der letzten KEK-Vollversammlung in Budapest 2013 gehören folgende Themen immer noch zu den zentralen Anliegen für Menschenrechte der KEK: Universalität der Menschenrechte, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Antidiskriminierungsgesetzgebung, religiöse Minderheiten, Zugang zu Gotteshäusern und heiligen Stätten, Frauen- und Kinderrechte und Migration.

In einigen europäischen Ländern haben Mitgliedskirchen in Fällen von Menschenrechtsverletzungen die KEK um Hilfe gebeten. Durch ihre offiziellen Antworten arbeitete die KEK an der Seite der Europäischen Union und nutzte internationale Menschenrechtsinstrumente und -mechanismen, um Kirchen zu helfen, ihre Situation zu verbessern und europäische Staaten an ihre grundsätzlichen rechtlichen Verpflichtungen zu erinnern, insbesondere, wenn Beschwerden betreffend Menschenrechtsverletzungen vorgebracht wurden.

Die Arbeit der Kirchen zum Schutz der menschlichen Würde liegt im Zentrum ihrer theologischen Lehre. Die Überwachung und die Förderung der Umsetzung von zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten waren schon immer zentrale Anliegen der KEK-Mitgliedskirchen. Diese Arbeit hat bedeutende Auswirkungen auf den interreligiösen Dialog. Aus diesem Grund versucht die KEK, spezifische Menschenrechtsanliegen, die für ihre Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen von Bedeutung sind, gezielt zu fördern.

Das ausgezeichnete Arbeitsverhältnis, das die KEK mit den internationalen Organisationen entwickelt hat, half ihr, die europäischen Kirchen durch Advocacy-Arbeit für Menschenrechts- und Gerechtigkeitsfragen zu unterstützen. Die Thematische Referenzgruppe (TRG) Menschenrechte ging effizient und wirksam auf die Bedürfnisse der Kirchen in Europa und darüber hinaus ein. Sie traf sich von Anfang an regelmäßig in Brüssel und Straßburg, unter dem professionellen und reibungslosen Vorsitz von Pastor Dr. Göran Gunner der Kirche von Schweden.

Seit der Budapest-Vollversammlung der KEK ist die Universalität der Menschenrechte ein besonders bedeutungsvolles Thema, insbesondere angesichts des aufstrebenden Populismus in einigen Teilen Europas. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und sogar – was

noch nie dagewesen war – die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) werden auf nationaler Ebene häufiger denn je angefochten. Die typische Frage, die von Populisten aufgeworfen wird, ist, warum in Fällen von Menschenrechtsverletzungen auf nationaler Ebene fremde Richter entscheiden sollten. Die Weigerungen, Urteile des EGMR und des EuGH umzusetzen, sind eine direkte Bedrohung für die europäischen Werte, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie für die Grundsätze, auf denen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebaut wurde.

Gleichzeitig ist die Frage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit durch die Zunahme des Migrationsflusses noch komplizierter geworden. Ein Aspekt ist nämlich, dass Personen, die vom Islam zum Christentum übertreten, oft Schwierigkeiten haben, aus diesem Grund Schutz zu erhalten, weil Asylbehörden die Glaubwürdigkeit ihrer Konvertierung in Frage stellen. Weitere Probleme in dieser Beziehung gibt es für Christen, die zum Islam übertreten, insbesondere wenn Frauen angegriffen werden, weil sie den Hijab tragen. In ähnlicher Weise spüren auch Christen aus mehrheitlich muslimischen Ländern, dass ihre Verfolgung durch Islamisten in den Asylzentren in Europa irgendwie andauert.

Diese Tendenzen zeigen auf, dass Menschenrechtsfragen in Zeiten von starker Migration immer wichtiger werden. Doch beeinflussen auch andere internationale Probleme die Situation in Europa. Eine einschlägige Frage ist, inwieweit der Konflikt in Israel und Palästina die Zunahme von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit beeinflusst.

Die Europäischen Kirchen haben ihre Besorgnis über den Krieg in Syrien und im Irak zum Ausdruck gebracht. Viele Kirchen, Klöster und Kulturerbe-Stätten wurden in diesen Kriegen zerstört. Zahllose Menschen wurden getötet, als sie sich dem sogenannten Islamischen Staat (IS) widersetzten. Dazu gehörten nicht nur Christen, sondern auch verschiedene ethnische und religiöse Gruppen, dabei Muslime, die sich der Lebensauffassung des IS nicht unterwerfen wollten.

Der KEK-Vorstand hat mehrere Erklärungen zum Thema verfasst, in denen er die europäischen Institutionen aufforderte, zu reagieren und den Kirchen und den Menschen in Not zu helfen. Weiter befasste sich die KEK mit der sorgfältigen Überwachung der nicht-verbindenden Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. Februar 2016 zu dem vom sogenannten IS verübten systematischen Massenmord von religiösen Minderheiten.

In diesem Zusammenhang entwickelten die europäischen Kirchen Schulungsmaterialien für Menschenrechte. Darauf gestützt baute die KEK ein Schulungsprogramm für Menschenrechte auf. Dafür war die Sommerakademie über Menschenrechte der KEK hilfreich, da sie alle Themen aufgriff, die im Handbuch zur Menschenrechtsschulung „European Churches' Engagement in Human Rights", das 2013 herausgegeben wurde, hervorgehoben wurden.

Diesbezüglich sind folgende Initiativen von Bedeutung:

- Sommerakademie über Menschenrechte zu „Religions- und Weltanschauungsfreiheit“, Palermo, Italien, 15.-18. September 2014, mit akademischer Unterstützung der Katholischen Universität von Löwen und Prof. Dr. Marco Ventura
- Schulung für Menschenrechte zum Thema „Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu Minderheitenrechten und –beziehungen“, angestoßen von der Europäischen-Baptistischen Föderation, 12.-15. November 2014, Elstal, Deutschland
- Sommerakademie über „Theologie und Menschenrechte mit Schwerpunkt Antidiskriminierungsgesetzgebung“, 25.-29. Mai 2015 im Hagabergs College in Södertälje, Schweden, in Zusammenarbeit mit Dr. Göran Gunner, damaliger Vorsitzender der TRG Menschenrechte
- Sommerakademie über Menschenrechte zum Thema „Eintreten für die Rechte von Frauen und Kindern“, 31. Mai - 4. Juni 2016 in Thessaloniki, Griechenland, mit der akademischen Unterstützung von Dr. Nikos Maghioros der Theologischen Fakultät der Aristoteles-Universität Thessaloniki
- Sommerakademie über Menschenrechte zum Thema „Bedrohte Rechte – Eintreten für die Rechte von Flüchtlingen, Migranten und Migrantinnen“, in Palermo, Italien, 2.-6. Juli 2017, organisiert in Partnerschaft mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME).

Wir glauben, dass diese Initiativen das Bewusstsein für Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der Öffentlichkeit und bei den KEK-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen verbessert haben. Dank dieser Initiativen sind wir im Bereich der Menschenrechte auch auf dem neuesten Stand der institutionellen Entwicklungen in Bezug auf Menschenrechtsaktivisten, gestärkte Partnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Kirchen.

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker ernannte am 6. Mai 2016 Ján Figel zum ersten Sonderbeauftragten für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU. Mit diesem konkreten Schritt zeigte die EU ihren politischen Willen, Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, wie Zwangskonvertierung, Blasphemiegesetzgebung und andere Anliegen in diesem Zusammenhang anzugehen.

Die Schaffung dieser Stelle durch die Europäische Kommission war eine Reaktion auf die brutale Tötung von koptischen Christen in Libyen. Deshalb baute die KEK mit Ján Figel wieder eine wirksame Beziehung auf, aus der regelmäßige Treffen und ein konstanter Austausch hervorgingen. Die KEK hatte sich zusammen mit der Europäischen Plattform gegen religiöse Intoleranz und Diskriminierung (EPRID) mehrere Jahre lang für die Schaffung dieser Stelle eingesetzt. Einige EU-Mitgliedsstaaten folgten dem Beispiel und ernannten ihren eigenen „Sonderbeauftragten“.

Leitlinien zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Im Jahr 2013 veröffentlichte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) Leitlinien zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Nach drei Jahren hätte der EAD die Auswirkungen der Leitlinien evaluieren müssen. Fünf Jahre später ist dies noch nicht geschehen, doch im März 2017 wurde ein Reflexionsprozess der EAD eingeleitet, der auf die Schwierigkeiten bei der Erkennung von Menschenrechtsverletzungen hinwies.

In diesem Zusammenhang stellte die TRG Menschenrechte den KEK-Mitgliedskirchen im Jahr 2017 einen Fragebogen in Bezug auf die Umsetzung dieser Leitlinien zu. Folgende Kirchen und Organisationen antworteten darauf: Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark, Kirche von Zypern, Schwedischer Missionsrat, Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn, Presbyterianische Kirche in Irland, Evangelische Kirche von Luxemburg, Vereinigte Christ-Apostolische Weltweite Shiloh-Kirche, und andere.

Die KEK übermittelte die Ergebnisse dieses Prozesses sowie Informationen zum Engagement der Kirchen mit den EU-Leitlinien mit Ján Figel. Gestützt auf diese Leitlinien formulierten die Kirchen wirksame und weitreichende Antworten. Der Rat für internationale Beziehungen der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark stieß im Außenministerium Dänemarks eine

Debatte an und betonte dabei, dass eine Schulung für Staatsbedienstete in Bezug auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit nötig sei. Dem Beispiel Ungarns folgend wurde in Dänemark von der Regierung die Stelle eines neuen Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit eingerichtet.

Der Finnische Ökumenische Rat veröffentlichte ein Buch zum Thema Religionsfreiheit und Außenpolitik.

Die Kirche von Zypern war der Meinung, dass Religionsfreiheit nicht nur für Länder außerhalb der EU wichtig sei, sondern auch für die Mitglieder der EU sowie für Beitrittskandidaten.

Gestützt auf diese Leitlinien schlug die Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei ihrer Regierung vor, sich mit der Diskriminierung zu befassen, mit der Studierende, die einer Minderheit angehören, in den Schulen umgehen müssen.

Die Evangelische Kirche von Luxemburg schlug vor, dass diese Leitlinien als Basis für den Gesetzestext dienen sollen, der die Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf nationaler Ebene regelt.

Das Personal des EAD hat in den vergangenen Jahren Schulungen zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit durchgeführt, an denen sich die KEK durch die EPRID beteiligte. Gestützt auf die Leitlinien entwickelte die KEK in den vergangenen Jahren außerdem Schulungsmaterialien für Menschenrechte in Bezug auf die Religionsfreiheit und verteilte diese an das EAD-Personal. Die KEK sorgte in diesem Zusammenhang auch für einen Informationsaustausch unter den Mitgliedskirchen.

Die KEK steht in regelmäßigem Kontakt mit dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, dem Büro des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Genf sowie mit weiteren UN-Organisationen in New York und mit europäischen Institutionen. Besondere Beziehungen pflegt die KEK unter anderem mit der EU-Agentur für Grundrechte, dem Büro für den EU-Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit bei der Europäischen Kommission, dem Europarat und seinen Überwachungsmechanismen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension.

Die KEK arbeitete auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen. In Brüssel beteiligte sie sich an der Arbeit des Netzwerks für Menschenrechte und Demokratie und in Straßburg wirkte die KEK bei der Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGO) mit, einer Plattform des Europarats, der die KEK angehört. Die KEK erhält auch ihre Mitgliedschaft bei der Plattform für Grundrechte in Wien aufrecht.

Engagement der Kirchen bei der EU für Menschenrechtsfragen

Als Antwort auf einen vom Europäischen Parlament herausgegebenen Fragebogen zum Inhalt des EU-Berichts über die Grundrechte brachte die KEK 2013 und 2014 Änderungsvorschläge in Bezug auf das kulturelle und religiöse Erbe Zyperns vor. Dank der gemeinsamen Bemühungen der KEK und der Vertretung der Kirche von Zypern bei der EU wurde im Schlussbericht des Europäischen Parlaments über die Lage der Grundrechte eine Änderung hinsichtlich Zypern angefügt. Der Bericht wurde 2015 verabschiedet.

Zusätzlich dazu organisierte die KEK mit der Vertretung der Kirche von Zypern im Europäischen Parlament am 10. November 2015 eine Konferenz zum Thema „Zypern: Religionsfreiheit und Kulturerbe". Die Teilnehmenden befassten sich mit der Situation der zypriotischen Kirchen und den Monumenten im Norden Zyperns. Die Konferenz half der Kirche von Zypern, sich bei der EU dafür einzusetzen, dass die finanzielle Unterstützung der Art, wie sie für den Wiederaufbau der heiligen Stätten in Zypern eingesetzt worden war, weiterhin bestehen blieb.

2017 organisierte die KEK auch eine Konferenz zur „Situation von Gotteshäusern und heiligen Stätten in Nikosia", ausgerichtet von der Kirche von Zypern. An der hochrangigen Konferenz nahmen unter anderem Erzbischof Chrysostomos II. der Kirche von Zypern, der Außenminister Zyperns sowie der Griechisch-Orthodoxe Patriarch Theophilos III. von Jerusalem teil. Die auf dieser Konferenz angestoßene Debatte hatte zum Ziel, zum Dialog im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018 beizutragen.

Kirchen, Minderheiten und Religionsfreiheit

Das Ökumenische Patriarchat und die KEK organisierten vom 6. bis 9. September 2015 in Chalki/Istanbul, Türkei, die Konferenz „Fördern der Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle". Mehrere KEK-Mitgliedskirchen überwachen den EU-Beitrittsprozess der Türkei täglich. Sie haben ihre eigenen Gemeinschaften in diesem Land und sind besorgt in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der vielfältigen, wenn auch überwiegend muslimischen, türkischen Gesellschaft. Die erste Frage auf der Tagesordnung der Konferenz betraf die Wiedereröffnung der Theologischen Hochschule von Chalki, die 1971 von den türkischen Behörden willkürlich geschlossen worden war. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Situation von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, die in türkischen Lagern leben. Weitere Informationen zu diesem Anlass können auf der Webseite der KEK gefunden werden.

Die KEK ist tief besorgt über die Menschenrechtsverletzungen in Syrien und im Irak. Um das Bewusstsein zu stärken, lud die KEK am 22. Mai 2015 Mor Dionysius Jean Kawak der Syrisch-Orthodoxen Kirche nach Brüssel ein, ein

Referat zum Thema „Situation der Binnenvertriebenen und der verletzlichen Familien in Syrien und im Irak“ zu halten.

Mit ihren Partnern organisierte die KEK im Europäischen Parlament eine Anhörung zum Thema „Die Hürden für die Umsetzung und den Erhalt der Religionsfreiheit in der Welt – Was muss die EU tun?“. Die Anhörung befasste sich mit Themen im Zusammenhang mit der Unterstützung der EU bei der humanitären Hilfe, der Situation der Jesiden in Syrien und mit der Frage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Syrien und im Irak.

Die KEK-Mitgliedskirchen nahmen mit den Institutionen der EU Kontakt auf mit Blick auf einen Gesetzesentwurf zur Religionsfreiheit, den die Regierung von Montenegro am 30. Juli 2015 erlassen hatte. Eine Delegation der Metropolie von Montenegro und dem Küstenland sowie der Diözese von Budimlje und Nikšić machten durch ihren Besuch bei den EU-Institutionen in Brüssel auf die Besorgnis der religiösen Gemeinschaften im Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf aufmerksam. Dieses Thema wurde im zweiten Band des von der KEK verfassten Schulungshandbuchs für Menschenrechte aufgegriffen. Das Ergebnis dieser Bemühungen der Kirchen war, dass der Gesetzesentwurf aufgeschoben wurde und von der Regierung Montenegros noch einmal überarbeitet wird.

In ähnlicher Weise ist auch die Frage der Diskriminierung von Minderheiten ein wichtiges Anliegen der Kirchen. Die serbisch-orthodoxe Minderheit in Kroatien ist mit diesem Problem konfrontiert. Unter dem Vorsitz von Metropolit Porfirije der Diözese von Zagreb und Ljubljana besuchten deshalb Vertretende der Metropolie von Zagreb und Ljubljana, Kroatien, im Jahr 2015 die Europäische Union. Als Fortsetzung organisierte die KEK am 21. und 22. Oktober 2016 in Zagreb eine Konferenz zum Thema „Religiöse Minderheiten als Teil von kulturell vielfältigen Gesellschaften“. An der Organisation waren ebenfalls die Serbische Orthodoxe Kirche – Diözese von Zagreb und Ljubljana, die Arbeitsgruppe Anti-Rassismus und Vielfalt des Europäischen Parlaments und die CCME beteiligt.

Aus der Konferenz gingen mehrere Initiativen hervor, dabei der Besuch von jungen Menschen aus Serbien und Kroatien bei den Institutionen der EU. Der Austausch unter diesen jungen Erwachsenen wurde in einem dokumentarischen Video mit dem Titel „Standing up for Minority Rights“ (Eintreten für Minderheitenrechte) festgehalten. Das Video wurde im Oktober 2017 im Europäischen Parlament in Brüssel in Gegenwart vieler junger Menschen aus Serbien und Kroatien sowie anderer internationaler Gäste vorgestellt. Organisiert wurde der Anlass von kroatischen Parlamentsabgeordneten Ivan Jakovcic.

Die KEK unterstützte die Mitgliedskirchen auch im Bereich der Menschenrechte, beispielsweise den Bund der Evangelischen Kirchen in Spanien.

Dort werden Pastoren Leistungen der staatlichen Rentenversicherung vorenthalten, während Priester bei den Leistungen berücksichtigt werden. Um dieses Anliegen anzugehen, lancierte die KEK mehrere Vorstöße beim Europarat und den EU-Institutionen, besonders bei der EU-Agentur für Grundrechte, und unterstützte so den Bund der Evangelischen Kirchen von Spanien, um für die verbleibenden evangelischen Pastoren, die in der gleichen oder in einer ähnlichen Situation sind, Gerechtigkeit zu erlangen.

5. Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit:

EIN PILGERWEG DER GERECHTIGKEIT UND DES FRIEDENS

Klimawandel und nachhaltige Entwicklung spielen in der weltpolitischen Agenda eine immer bestimmendere Rolle. Die Bemühungen für Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Auch wenn Wirtschaft, Ökologie, Energie, Klimawandel und die Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung bereits eine zentrale Bedeutung haben, werden die Verflechtungen und die gegenseitige Abhängigkeit dieser Anliegen immer sichtbarer.

Schon vor dem globalen Klimagipfel 2015 in Paris war der Klimawandel ein immer wichtigeres Anliegen geworden. Das Klimaschutzabkommen von Paris, das von 196 Ländern aus der ganzen Welt unterzeichnet wurde, ist ein einzigartiges Dokument geworden, das das politische Engagement der führenden Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dieser Welt widerspiegelt.

An der Seite der politischen Führungspersonen wurde die Konferenz auch von zahlreichen religiösen Persönlichkeiten und Kirchenleitenden besucht sowie von Vertretenden von kirchennahen und ökumenischen Organisationen und einem Publikum aus einem breiten Spektrum der Zivilgesellschaft.

Auf der Konferenz in Paris wurde anerkannt, dass Klimawandel eine ethische Herausforderung ist. Die Rolle der glaubensgestützten Gemeinschaften sowie ihr Beitrag und ihre Zusammenarbeit in Bezug auf den Klimawandel ist bedeutsam geworden. Das Engagement der Kirchen für dieses Problem wird mehr und mehr erwartet und begrüßt. Es wird anerkannt, dass durch eine Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft und durch gemeinsame Handlungen verschiedener Akteure, dabei auch religiöse und glaubensgestützte, die Bestrebungen im Zuge von Paris den Weg für einen Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung ebnen könnte.

Die EU bekräftigte nochmals ihr Versprechen, durch eine baldige Ratifizierung des Übereinkommens von Paris den Klimawandel anzugehen. Wirksame Initiativen gegen den Klimawandel gehören zu den sichtbarsten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger der EU. Wie weit geht

diese Ambition, deren Ausdruck in einem politischen Programm der EU und dessen Umsetzung? Dies ist die Frage, die uns ernsthaft beschäftigt und einen intensiven Dialog zwischen der EU und der Zivilgesellschaft nährt. Viele Kirchen aus ganz Europa haben ihre Programme in diesem Bereich in der letzten Zeit intensiviert. Der Klimawandel, die Bewahrung der Schöpfung und das Streben nach einer nachhaltigen Entwicklung sind Themen von öffentlichem Interesse geworden. Auch für Kirchen sind sie ein Anliegen; sie haben ihr Engagement, ihr Handeln und den Dialog mit der Politik verstärkt.

Die KEK arbeitet in diesem Bereich Hand in Hand mit dem Europäischen Christlichen Umweltnetzwerk (ECEN), einer weitgefassten Plattform für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken, die auch Impulse gibt für die Arbeit der Kirchen. Im Zusammenhang mit Umweltschutz, Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung hat die KEK zum Ziel,

- die Kirchen in ihrer Arbeit zur Bewahrung der Schöpfung zu ermutigen und zu unterstützen;
- den Austausch von Erfahrungen zu erleichtern;
- theologische Reflexionen über die Bewahrung der Schöpfung anzuregen;
- Beiträge von Kirchen und glaubensbasierten Organisationen zur allgemeinen Umweltagenda zu ermitteln und zu unterstützen; und
- den Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu fördern und sich daran zu beteiligen.

Diese Zielsetzungen umfassen auch die Arbeit mit der EU und das Mitwirken bei den Konferenzen der Vertragsparteien, organisiert vom Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Die Arbeit der KEK im Bereich Klimawandel, besonders in Bezug auf die Initiativen der Vereinten Nationen, wurde in enger Zusammenarbeit mit dem ÖRK, dem ACT-Bündnis und anderen Partnerorganisationen durchgeführt.

Ein wichtiger, wenn auch immer noch nicht vollständig anerkannter, Schritt in den vergangenen Jahren war die Annahme der Ziele für nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen. Klimawandel kann nicht isoliert betrachtet werden. Der nötige Ruf nach einem Wandel der Lebensweise, des Konsumverhaltens und der Produktionsmuster erhält zunehmend Dynamik. Aus diesem Grund ist die Thematisierung von Ungerechtigkeiten eine unbestreitbare Aufgabe der Kirchen. Das Thema wurde auf der KEK-Konsultation betont, die 2013 als europäisches Vorbereitungstreffen für die 10. Vollversammlung des ÖRK in Busan, Republik Korea, organisiert wurde. Für die Arbeit der KEK war dieses Verständnis wegweisend während der ganzen Zeit nach der KEK-Vollversammlung in Budapest.

Beitrag Europas zum Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

Eines der wichtigsten Ergebnisse der ÖRK-Vollversammlung von 2013 war eine Einladung an die Kirchen, sich dem „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ anzuschließen. Dieser Aufruf bekam dank der Initiativen, die 2015 im Zusammenhang mit dem politischen Gipfel der Vereinten Nationen in Paris stattfanden, besondere Aufmerksamkeit.

Die KEK konnte einen bedeutenden Beitrag zu diesem Prozess leisten. Um die Dringlichkeit des Anliegens hervorzuheben, organisierten zahlreiche Kirchen sowohl individuell als auch auf verschiedene Arten in Verbindung mit anderen, lokale, regionale und den Kontinent übergreifende Pilgerreisen. Diese Projekte halfen dabei, den Erwartungen an den Gipfel und an die anwesenden politischen Führungspersonen Ausdruck zu verleihen.

Der „Pilgerweg der Klimagerechtigkeit“ wurde zur Schlagzeile für zahlreiche Aktivitäten der KEK und vieler ihrer Mitgliedskirchen.

Die KEK begrüßte diese Initiativen und richtete ihre Bemühungen vor allem darauf,

- den Kirchen in Mittel- und Osteuropa zu helfen und sie zu ermutigen, zum Prozess beizutragen; und
- die Stimmen der Kirchen in Europa hinsichtlich ihrer Rolle bei der Antwort auf den Klimawandel zu unterstützen und ihre Erwartungen an den Klimagipfel in Paris auszudrücken.

Die KEK unterstützte Beiträge zum Pilgerweg in Mitteleuropa. Die erfolgreichsten davon waren Initiativen von Kirchen in Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei.

Ein Höhepunkt unserer Arbeit im Vorfeld von Paris war die Konferenz zum Thema „Für ein gerechteres und nachhaltigeres Morgen“. Kirchenleitende aus europäischen Kirchen, dabei die KEK- und die ÖRK-Leitung kamen 2015 in Villigst, Deutschland, zusammen.

Die Teilnehmenden gingen ein Stück des Weges und trafen sich mit Pilgerinnen und Pilgern, die auf dem nördlichen Teil des Pilgerwegs von Nordeuropa nach Paris unterwegs waren.

Die Konferenzteilnehmenden verabschiedeten eine Botschaft mit Blick auf den Gipfel von Paris. Darin hielten sie fest: „Wir sind alle auf einer Pilgerschaft, die ein Exodus aus der Kohlenstoffwirtschaft ist. Wir reisen zusammen mit Klimaflüchtlingen und Migranten und für das Recht kommender Generationen auf ein lebenswertes Leben in einer nachhaltigen Welt. Die Pilgerschaft ist nicht nur Ausdruck unserer Zukunftssorgen, sondern vor allem unserer Hoffnung für eine Zukunft, in der wir alle in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit als Teil der gesamten Schöpfung zusammenleben werden.“

Als Antwort auf den Bedarf an Dialog mit den politischen Akteuren der EU organisierte die KEK mehrere Veranstaltungen, griff dabei die Anliegen der Kirchen auf und machte auf zahlreiche Aktivitäten aufmerksam, bei denen sich Christen aus dem ganzen Kontinent beteiligten, um auf die Herausforderungen zu reagieren. Besondere Aufmerksamkeit wurde den folgenden Anlässen geschenkt:

- „Klimawandel – eine Sache der Solidarität und der globalen Gerechtigkeit", ein Dialog zwischen Kirchen und der EU, gemeinsam organisiert von der KEK, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) und dem Beratergremium für europäische Politik der EU, Oktober 2013
- „Klimawandel: junge Christen rufen die EU auf, sich für ökologische Gerechtigkeit einzusetzen", organisiert mit der COMECE und in Partnerschaft mit Jugendorganisationen, September 2014
- Konferenz über Klimawandel im Europäischen Parlament, gemeinsam organisiert mit der COMECE, dem ACT-Bündnis und anderen Partnern, September 2015
- Treffen des Europäischen Christlichen Umweltnetzwerks (ECEN) mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die sich für den Abzug von Investitionen in fossile Energieträger einsetzen, Januar 2016.

Die KEK verstärkte ihre Bemühungen, um die Zielsetzungen und Erwartungen bezüglich die Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris und die Rolle der Kirchen hervorzuheben. Diese Bestrebungen wurden im November 2014 in der Erklärung „Klimawandel geht alle etwas an" des KEK-Vorstandes zusammengefasst. Sie betonte: „Klimawandel ist eine moralische und ethische Herausforderung, die über konfessionelle und religiöse Unterschiede hinaus geht. [...] Die Konferenz Europäischer Kirchen ruft Kirchen in Europa und Christen überall auf, sich unserem gemeinsamen Kampf für Klimagerechtigkeit anzuschließen. Wir erkennen an und sind ermutigt, dass viele Kirchen bereits Umweltschutzstrategien eingeführt haben, die darauf abzielen, Energie zu sparen und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie den Investitionsabzug von fossilen Energieträgern zu unterstützen. Wir ermutigen unsere Mitglieder, auf diesen guten Beispielen aufzubauen."

Das Konzept der Klimagerechtigkeit wird in der Arbeit der KEK systematisch gefördert. Genau dieses Konzept ist es auch, das die Handlungen der Kirchen zum Klimawandel und zur nachhaltigen Entwicklung prägt. Es ist nicht uninteressant festzustellen, dass sich die Terminologie der Klimagerechtigkeit langsam einen Weg in die Welt der Politik bahnt. In der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Beratungsorgan der EU) mit dem Titel „Klimagerechtigkeit" wurden zahlreiche Anliegen, die von den Kirchen vorgebracht worden waren, erarbeitet, insbesondere, dass das Konzept der Klimagerechtigkeit auf der Überlegung beruhe, dass der

weltweite Klimawandel kein reiner Umweltbelang, sondern auch eine politische und ethische Frage sei. Es berücksichtigt die Tatsache, dass häufig die schwächsten und ärmsten Mitglieder der Gesellschaft die Klimawandelfolgen am stärksten zu spüren bekommen.

ECEN-Initiativen für Klimagerechtigkeit

Die Höhepunkte in der Arbeit des ECEN sind dessen Vollversammlungen, die alle zwei Jahre stattfinden. Die Vollversammlung 2014 mit dem Titel „Energie und Klimawandel – die Rolle und die Stimme der Kirchen“ fand in Balatónszárszó, Ungarn, statt. Die Vollversammlung betonte: „Wir beten als eine Gemeinschaft des Glaubens. Wir hören einander zu, wir sprechen über unsere Ängste, geben aber auch unsere Hoffnungen weiter; Ängste vor den unvorhersehbaren Auswirkungen des Klimawandels und Hoffnungen für die Möglichkeiten der Veränderung und einer erneuerten Welt.“ In einem Brief an die Kirchen in Europa hob die Vollversammlung hervor: „Wir sind aufgerufen, lokal zu handeln mit einer globalen Perspektive. Als Kirchen und Glaubensgemeinschaften sind wir aufgerufen, uns um unseren Nächsten zu kümmern – und unser Nächster ist jedes lebende Wesen in Gottes Schöpfung. Wir rufen die Kirchen und die Kirchenleitenden in ganz Europa auf, auf die spirituelle und konkrete Krise des Klimawandels zu reagieren.“

In einem Brief forderte die Vollversammlung die EU dringend auf, ihre Zielsetzungen bei der Verminderung der CO2-Emissionen zu erhöhen und die Bemühungen zur Energieeinsparung und für erneuerbare Energien zu steigern.

Die ECEN-Vollversammlung von 2016 fand in Helsinki statt und befasste sich mit dem Thema „Wasser in einer nachhaltigen Zukunft“. Die Konferenz war ein Ort des Austauschs. Weiter wurde die Zusammenarbeit gestärkt und die Kirchen wurden für ihre Folgearbeit nach dem Klimagipfel von Paris ermutigt. Die Vollversammlung verabschiedete eine Erklärung über das theologische und biblische Gebot, auf Wassergerechtigkeit hin zu arbeiten und rief Einzelpersonen und Kirchen zum Handeln auf.

Einige der bedeutendsten Initiativen des ECEN:

- Die Konsultation „Ist die Nutzung der Kernenergie ethisch vertretbar?“ in Heidelberg, 2015, bot Raum für Austausch von Meinungen und für die Suche nach einem ethischen Rahmen in der komplexen Problematik der Nutzung der Kernenergie. Der Anlass half dabei, Meinungsverschiedenheiten zu klären und die Diskussion in diesem schwierigen Bereich voranzubringen.

- Am Symposium „Glaubensgemeinschaften und Umweltaktivismus“, organisiert in Zusammenarbeit mit der Universität Edinburgh im Jahr 2017, versammelten sich glaubensgestützte Umweltaktivisten und -aktivistinnen und Gelehrte zu einem interdisziplinären Dialog über Überzeugungen, Kulturen und Traditionen, die Umweltaktivismus zu Grunde liegen. Der Anlass befasste sich mit den entsprechenden und sich überschneidenden Rollen der Glaubensgemeinschaften und der Akademikerinnen und Akademiker bei der Abschwächung des Klimawandels und der Bildung von Allianzen.

- Das Seminar „Hoffnung im Zeitalter des Klimawandels“, Budapest, 2017, befasste sich mit der Frage: „Ist die Theologie der Schöpfung ein Mittel für eine säkulare grüne Bewegung oder ist sie heute eine authentische kontextuelle Theologie?“

- 2015 und 2016 fanden zwei Workshops statt zur Frage, wie Partnerschaftsprogramme den Erfahrungsaustausch erleichtern können und wie die Arbeit zum Umweltmanagement koordiniert werden kann.

Tag der Schöpfung und Zeit der Schöpfung

Respekt, Wertschätzung und Betrachtung der Schöpfung sind gemeinsame Anliegen der christlichen Kirchen. Anlässlich der Zeit der Schöpfung vom 1. September bis zum 4. Oktober und des Tages der Schöpfung am 1. September veröffentlichen die KEK, der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und das ECEN seit 2016 jeweils gemeinsame Erklärungen. Dazu gehörte die Einladung an „alle europäischen Christen, Mitgliedskirchen der KEK und der Bischofskonferenzen der CCEE, Gemeinden und alle Menschen guten Willens [...], sich der Zeit der Schöpfung anzuschließen“ und eine Zeit der Schöpfung zu feiern, „alle Teilnehmenden innerhalb ihrer eigenen liturgischen Traditionen, um den gemeinsamen christlichen Glauben an den Gott den Schöpfer hochzuhalten. Wir fordern Sie dringend auf, in ihrem jeweiligen Umfeld für die Gabe der Schöpfung zu beten und sich dem gemeinsamen Gebet anzuschließen.“

Wirtschaftliche Gerechtigkeit

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 ihren Anfang nahm, hatte für zahlreiche Länder in Europa verheerende Auswirkungen, besonders für Griechenland. Die Folgen der Krise – Schwächung der Sozialnormen und Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen – haben erhebliche strukturelle Defizite in der Eurozone aufgedeckt. Die KEK richtete ihre Aufmerksamkeit auf den Ausdruck von Solidarität mit den am stärksten betroffenen und mit den schwächsten Menschen und befasste sich damit, die strukturellen Aspekten der Krise anzugehen.

> „Die Würde des Menschen, der im christlichen Glauben nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, muss unter allen Umständen geschützt werden“

In einer besonderen Reaktion auf die Entwicklungen in Griechenland richtete das KEK-Präsidium im Juli 2015 einen Hirtenbrief an die Kirchen in Griechenland. Im Namen der KEK drückte das Präsidium seine Solidarität mit den Kirchen und mit allen Menschen in Griechenland aus. Der Brief betonte: „Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, besonders für arme Menschen oder Personen, die von einer unter dem Existenzminimum liegenden Rente leben, sowie für diejenigen, die am Rande der Gesellschaft leben, ist in einer Union, die auf einer Kultur des Teilens und der Solidarität basiert, unannehmbar. [...] Die Würde des Menschen, der im christlichen Glauben nach dem Bilde Gottes geschaffen ist, muss unter allen Umständen geschützt werden. [...] Wir fordern die politischen Führungspersönlichkeiten der EU

auf, mit der Regierung Griechenlands eine gemeinsame Grundlage zu finden für die Zukunft des Landes innerhalb der Eurozone und innerhalb der EU."

Die Ursprünge der Wirtschafts- und Finanzkrise und die Schwächen des politischen und wirtschaftlichen Konstrukts Europas als Reaktion auf die Krise waren die Anliegen einer spezifischen Task Force. Das vom Vorstand im November 2016 angenommene Schlussdokument „Beyond Prosperity? European Economic Governance as a Dialogue between Theology, Economics and Politics" (Jenseits des Wohlstands? Europäische wirtschaftspolitische Steuerung als Dialog zwischen Theologie, Wirtschaft und Politik) erörtert Perspektiven zu strukturellen Aspekten der Krise. Das Dokument liefert Politikempfehlungen, Gedanken zur gegenwärtigen Situation und eine Vision für die Zukunft Europas, ausgehend von der Perspektive der Kirchen.

Das Papier beleuchtet die offensichtlichsten Aspekte der Krise, die Rolle der Transparenz bei der Demokratisierung, den Aufbau von Vertrauen in die europäischen Institutionen, die Verknüpfung der Probleme Europas mit der Welt und den Bedarf an Reformen der Finanzinstitute, die von der Basis ausgehen.

Das Dokument hebt den Bedarf hervor, das auf einem immer weiter wachsenden BIP basierenden dominanten wirtschaftlichen Paradigma systemischer zu betrachten und die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Ansätze, einschliesslich die Bemühungen für ein nachhaltigeres Muster von Produktion und Konsum, zu berücksichtigen.

Das Dokument betont, dass die Wirtschaft in sozialen Strukturen eingebettet sei und die Grenzen und Normen der Ökologie achten müsse. Der Ruf nach einer Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft ist ein Ausdruck wachsender Anerkennung und zunehmenden Respekts für eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Wirtschaft, der Umwelt und sozialen sowie ethischen Aspekten, die auch die glaubensgestützte Perspektive umfassen.

6. Beschäftigung und Soziales

Europa ist seit 2013 von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen, was für viele Länder und Gesellschaften gewaltige soziale Konsequenzen hat. Die Auswirkungen der Situation lösten eine Zunahme der Armut, besonders Kinderarmut, und insbesondere bei jungen Menschen einen Anstieg von Arbeitslosigkeit aus. Aufgrund von politischen Entscheidungen, die eigentlich getroffen wurden, um die Krise zu überwinden, nahm gleichzeitig der Sozialschutz in vielen Ländern ab.

Dies führte zur Zunahme von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen europäischen Ländern sowie auch zwischen Regionen innerhalb der Länder. Und die Krise ist noch nicht vorbei. Dieser wirtschaftliche und soziale Abstieg hat das Vertrauen der Gesellschaften in das politische System, die Demokratie und die Europapolitik untergraben. Das Auftauchen von nationalistischen Stimmen und politischen Parteien in ganz Europa, der Ausstieg aus dem europäischen Projekt, wie dies durch den Brexit ausgedrückt, aber auch in Programmen von politischen Parteien formuliert wurde, werden in vielen Kommentaren als starke und offensichtliche Indikatoren für die schädlichen Auswirkungen der Krise interpretiert.

Mit Blick auf diese Situation bemerkte der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, berechtigterweise: „Die soziale Frage und die demokratische Frage sind in Wirklichkeit eng miteinander verbunden. Ungeachtet der Inhalte der umgesetzten Wirtschaftspolitik muss sich Europa bei seinem Aufbau immer mit der Verwirklichung von Grundrechten auseinandersetzen, die den Alltagsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen."

„Eine Missachtung der Grundrechte bedeutet, antisozialen, antipolitischen, antieuropäischen und rassistischen Bewegungen, oder Strömungen, die ganz einfach den sozialen Egoismus politisch nutzen wollen, Nährboden zu liefern. Solche Haltungen können die Säulen der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte gefährden, die der Europarat unaufhörlich unterstützt und fördert, und die die Basis der europäischen Integration bilden", fügte Jagland 2016 im Dokument „Opinion" über die europäischen Säule sozialer Rechte hinzu.

Entsprechend des in der Verfassung definierten Ziels der KEK, „ihren Beitrag

zum Aufbau eines menschlichen, sozialen und nachhaltigen Europas [zu] leisten, das im Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn lebt und in dem Menschenrechte und Solidarität vorherrschen“ (Artikel 2,1), müssen diese Krise und deren Auswirkungen im Mittelpunkt der Arbeit der KEK stehen.

Thematische Referenzgruppe Beschäftigung und Soziales

Das Europäische Semester und die Strategie Europa 2020

Im Jahr 2010 legte die Europäische Kommission die Strategie Europa 2020 fest, zur Erreichung eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums“. Darin wurden fünf Zielsetzungen definiert. Zwei davon stehen in enger Verbindung mit der Beschäftigung und der Sozialpolitik: 75 % der Bevölkerung der zwischen 20- und 64-Jährigen in der EU sollen bis 2020 erwerbstätig sein, und die Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden. Diese Zielsetzung wurde auf drei verschiedene Arten definiert: Menschen, die in Haushalten mit sehr geringer Erwerbstätigkeit leben; von Armut bedrohte Menschen nach Sozialtransfers, wobei das Risiko der Armutsschwelle bei 60 % des durchschnittlichen nationalen verfügbaren Einkommens festgelegt wurde und Menschen, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden.

Um diese Zielvorgaben zu erreichen, mussten die EU-Mitgliedsstaaten über die getroffenen politischen Maßnahmen Bericht erstatten. Diese nationalen politischen Maßnahmen wurden im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters von den europäischen Institutionen geprüft und überwacht und führten zu Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten, wie sie sich im folgenden Jahr weiter verbessern können.

Gemeinsam mit Eurodiaconia, einer Partnerorganisation der KEK, hatten wir die Gelegenheit, die Mitgliedskirchen der KEK in den Diskussionsprozess zwischen der nationalen und der europäischen Ebene mit einzubeziehen und dabei die Herausforderungen im Zusammenhang mit Beschäftigung und Sozialpolitik sowie die Frage, wie die Zielsetzungen erreicht werden können, anzugehen. So wurden 2011, 2012 und 2013 gemeinsame Konferenzen organisiert, um über die Möglichkeiten im Rahmen des Europäischen Semesters und der Zielsetzungen von Europa 2020 zu informieren. Die Teilnahme an den Konferenzen war zwar gering, aber intensiv.

Die nuancierten Erfahrungen mit der Strategie erlaubten es der KEK, offiziell an der Halbzeitbewertung der Strategie Europa 2020 teilzunehmen, die von der Kommission 2014 eingeleitet worden war. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren sozialen Auswirkungen (ansteigende Zahl der von Armut und Arbeitslosigkeit bedrohten Personen) befand die Europäische Kommission die Strategie jedoch als dringlich.

Ein solches Beispiel wird im Jahresbericht des Ausschusses für Sozialschutz der EU genannt: „Im Vergleich zu 2008 sind in den 28 EU-Mitgliedsstaaten etwa 1,7 Millionen Menschen mehr von Armut oder gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht, also insgesamt 118,8 Millionen Menschen, oder fast jeder vierte Europäer oder jede vierte Europäerin“. Dies müsse in Betracht gezogen werden, steht in einem offiziellen Dokument des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ in seiner Zusammensetzung von 2017.

Die Europäische Säule sozialer Rechte

2014 wurde die neue Europäische Kommission und deren Präsident Jean-Claude Juncker gewählt. Eine seiner aussagekräftigen Erklärungen zu Beginn seiner Amtszeit war, dass die Europäische Union im sozialen Bereich ein „AAA-Rating“ anstreben müsse. Im März 2016 lancierte die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf der Europäischen Säule sozialer Rechte. Darin wurden 20 Grundsätze für die bestehenden EU-Rechte für Beschäftigung und Soziales skizziert. Das Dokument sollte als Leitlinie für die europäische und nationale Politik dienen und die Umsetzung der sozialen Rechte in EU-Mitgliedsstaaten gewährleisten.

Die Thematische Referenzgruppe Beschäftigung und Soziales der KEK verfasste eine Antwort auf diese Konsultation, in der sie nicht nur frühere Stellungnahmen der KEK berücksichtigte, sondern auch den Austausch mit vielen Akteuren in Brüssel, wie Eurodiaconia oder die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE).

Im Oktober 2016 legte die KEK ihre Antwort vor. Ihr Generalsekretär wurde hierfür von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zu Konferenzen eingeladen. Die KEK und die COMECE machten gemeinsam Änderungsvorschläge zum Berichtsentwurf des Parlaments, die auch berücksichtigt wurden. Ein Beispiel war der Vorschlag der KEK und der COMECE, die Säule mit der Sozialcharta des Europarats in Beziehung zu setzen hinsichtlich der Forderung nach einer „wöchentlichen Ruhezeit (...), die, soweit möglich, mit dem Tag zusammenfällt, der in dem betreffenden Land oder Bezirk durch Herkommen oder Brauch als Ruhetag anerkannt ist“.

In den Diskussionen der Thematischen Referenzgruppe Beschäftigung und Soziales und anderen Akteuren wurde offensichtlich, dass die hauptsächliche Herausforderung der Europäischen Säule sozialer Rechte deren Umsetzung sein wird, insbesondere auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die KEK brachte dieses Anliegen dem Dreiervorsitz der EU, Estland, Bulgarien und Österreich, in einem gemeinsamen Brief mit der COMECE, Eurodiaconia und Caritas Europa vor. Das Anliegen wurde in einem öffentlichen Brief an den Sozialgipfel in Göteborg am 11. November 2017 erneut angesprochen.

Auf diesem Gipfel wurde die Europäische Säule sozialer Rechte als interinstitutionelle Proklamation von den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, sowie des Europäischen Rates, Donald Tusk, unterzeichnet.

Die Europäische Säule sozialer Rechte wird für die KEK und ihre zukünftige Arbeit ein bedeutendes Werkzeug darstellen, um die soziale Gerechtigkeit in Europa zu analysieren, zu überwachen und zu fördern.

Zu weiteren und spezifischeren Themen, die die Thematische Referenzgruppe beschäftigten, gehörte die Diskussion über eine neue Richtlinie über Elternurlaub und über die Work-Life-Balance.

Europarat, Lenkungsausschuss für Menschenrechte, Redaktionsgruppe für soziale Rechte

Da die KEK beim Europarat einen Beobachterstatus hat, wurde der Generalsekretär eingeladen, zu einem Bericht über soziale Rechte beizutragen. Im Bericht wurde der rechtliche Rahmen des Europarats für den Schutz der sozialen Rechte in Europa analysiert. Insbesondere wurde die Rolle des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte untersucht, aber auch die europäischen Rechtsinstrumente, wie der gemeinschaftliche Besitzstand in Bezug auf die sozialen Rechte. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen ausgearbeitet, um die Umsetzung der Sozialcharta zu verbessern und die Beziehungen zwischen den verschiedenen europäischen Instrumenten zum Schutz der sozialen Rechte erleichtert.

Neben der Gelegenheit, zu dieser Auswertung und Debatte einen Beitrag zu leisten, war es für die KEK eine besondere Chance, über den Ausschuss einen Dialog mit Delegationen von nationalen Regierungen aus ganz Europa zu führen. Daraus wurde das Engagement der Kirchen in Europa für die sozialen Rechte und die Entwicklung eines sozialen Europas ersichtlich.

CALL-Netzwerk (Church Action on Labour and Life)

Das CALL-Netzwerk wurde 2010 gegründet und befasst sich mit Fragen rund um Beschäftigung und Arbeit. Es funktionierte durch Arbeitsgruppen, aber auch durch dessen Vollversammlungen, die jährlich oder alle zwei Jahre durchgeführt wurden.

CALL-Arbeitsgruppen befassten sich mit dem Phänomen der prekären Arbeit mit einem Schwerpunkt auf dem theologischen, sozialen und ethischen Verständnis von *guter Arbeit*. Das CALL-Netzwerk ging Formen der nachhaltigen Wirtschaft an und entwickelte Antworten von Kirchen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa, auf Jugendarbeitslosigkeit und die Herausforderungen und Chancen für die Politik.

Geleitet wurde das Netzwerk vom CALL-Koordinierungsteam, das sich aus neun Personen zusammensetzte, die die konfessionelle und regionale Zusammensetzung der KEK widerspiegelten. Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands sowie die Kirche von Schweden unterstützten das CALL-Netzwerk und dessen Projekte finanziell.

Nachdem das Koordinierungsteam die Arbeit des CALL-Netzwerks beurteilt hatte, betonte es den Bedarf an Reformen. Es kam zum Ergebnis, dass die Funktionsweise in Arbeitsgruppen und Vollversammlungen sowie die Teilnahme am Netzwerk nach sechs Jahren nicht befriedigend war. Aufgrund dieser Entwicklungen verlangte der Vorstand im November 2016 die Überarbeitung der Struktur des CALL-Netzwerkes und forderte, insbesondere diejenigen KEK-Mitgliedskirchen einzubinden, die in diesem Gebiet regelmäßig und auf professionelle Weise tätig sind.

Gemeinsam mit den Delegierten der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands, der Kirche von Schweden, dem Bund der Evangelischen Kirchen in Italien, der Kirche von Griechenland, der Kirche von England und der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde eine Kerngruppe gebildet, die ein überarbeitetes Konzept verfasste. Es besagte, dass sich das CALL-Netzwerk mit Anliegen in Bezug auf Wirtschaft, Beschäftigung, Arbeit und Nachhaltigkeit befassen wird. Das Netzwerk wird sich auf kontextabhängige Herausforderungen konzentrieren, wie die Komplexität der Strukturveränderungen oder Bedingungen und Inhalt von Arbeit und Beschäftigung. Weiter wird sich das Netzwerk mit theologischen und ethischen Überlegungen befassen, beispielsweise zu sozialer Ethik, Menschenrechten, Theologie der Beschäftigung, Arbeitsmarkt in einem sich wandelnden wirtschaftlichen Kontext sowie mit sozialer und diakonischer Arbeit, wie bewährte Praktiken für die Kirchen und die Gesellschaft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Das Ziel ist, Entwicklungen zu analysieren, Leitlinien für die Politik (Advocacy) und die Praxis zu entwickeln und Informationen sowie bewährte Praktiken im Engagement für den Wandel auszutauschen.

Als Zeichen des Neustarts ihrer Arbeit hält das CALL-Netzwerk vom 23. bis 25. April 2018 eine Konferenz ab zum Thema „Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit und der sozialen Beziehungen“.

KONFERENZEN DES CALL-NETZWERKS

„Jugendbeschäftigung in Europa – eine Herausforderung für die Kirchen?“,
Brüssel, Belgien,
24.-26. März 2014

„Brücken zwischen Hoffnung und Realität – überwinden der Ungleichgewichte in Europa“,
Rom, Italien,
22.-24. September 2014

„Mobilität der Arbeitskräfte in der EU – Geschenk oder Last?“,
Brüssel, Belgien,
26.-28. Oktober 2015

Europäische Sonntagsallianz

Die KEK gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Sonntagsallianz (ESA) und der KEK-Generalsekretär ist Mitglied des Steuerungsausschusses. Von 2016 bis Ende 2017 war er dessen Koordinator.

Die ESA ist ein Netzwerk von nationalen Sonntagsallianzen, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie religiösen Gemeinschaften, die sich dafür einsetzen, auf den einmaligen Wert einer abgestimmten Freizeit in europäischen Gesellschaften aufmerksam zu machen.

Eine der erheblichen Bemühungen im Berichtszeitraum war ein Projekt im Zusammenhang mit den europäischen Parlamentswahlen im Mai 2014. Der Steuerungsausschuss erarbeitete eine Verpflichtungserklärung und legte diese, unterstützt von den nationalen Partnern der ESA, den Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl ins Europäische Parlament zur Unterzeichnung vor. Mit ihrer Unterschrift erklärten sie sich einverstanden, in ihrer parlamentarischen Arbeit sicherzustellen, „dass die einschlägige EU-Gesetzgebung einen gemeinsamen wöchentlichen Ruhetag für alle EU-Bürgerinnen und Bürger, im Prinzip den Sonntag, respektiert und fördert, um die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen und eine bessere Balance zwischen Familie, Privatleben und Arbeit zu gewährleisten“ sowie für eine „EU-Gesetzgebung, die nachhaltige Arbeitszeitmodelle nach dem Prinzip der menschenwürdigen Arbeit gewährleistet, wovon sowohl die Gesellschaft als auch die Wirtschaft als Ganzes profitieren“ einzutreten.

Die Verpflichtungserklärung stieß in Form einer Konferenz, die im Januar 2014 im EP abgehalten wurde, auf großes Interesse. Eines der Ergebnisse war die Gründung der Interessensgruppe Work-Life-Balance im EP, mit Evelyn Regner (S&D-Gruppe) und Thomas Mann (EVP), beide Mitglieder des Europäischen Parlaments. Drei bis vier Mal jährlich laden sie Parlamentsabgeordnete, Assistierende oder weitere interessierte Personen nach Brüssel zu einem Frühstück im EP ein, an dem verschiedene Aspekte der ESA-Themen vorgestellt und diskutiert werden, beispielsweise „Beschleunigungsgesellschaft – Qualität vs. Quantität: für eine bessere Ausgewogenheit zwischen Arbeit und Leben“ oder „Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit – bewährte Praktiken und legislative Herausforderungen für Europa“.

Digitalisierung war auch das Thema einer ESA-Konferenz mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema „Work-Life-Balance 4.0: Herausforderungen in einer Zeit der Digitalisierung“ am 15. November 2015. Diese Konferenz war mit etwa hundert Teilnehmenden gut besucht. Für die ESA stellte dies eine Errungenschaft und eine Anerkennung in Brüssel dar. EU-Kommissar Günther H. Oettinger, damals Verantwortlicher für die Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war zudem bereit, auf der Konferenz der Europäischen Sonntagsallianz ein Hauptreferat zu halten. Trotzdem gibt es in vielen Ländern Europas starke wirtschaftliche Tendenzen, die zu einem Abbau des rechtlichen Schutzes gegen Wochenend- und Sonntagsarbeit führen.

Die ESA lädt ihre Mitglieder ein, am 3. März, dem Europäischen Tag des arbeitsfreien Sonntags, sowie am 7. Oktober, dem Internationalen Tag für menschenwürdige Arbeit, entsprechende Aktivitäten durchzuführen, und diese bekannten Tage zu nutzen, um das Anliegen eines geschützten Sonntags voranzubringen.

Konferenz „Arbeitsfreier Sonntag und menschenwürdige Arbeit in der EU“,
21. Januar 2014,
Europäisches Parlament, Brüssel, Belgien

Konferenz „Work-Life-Balance 4.0: Herausforderungen in einer Zeit der Digitalisierung“,
15. November 2016,
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Brüssel, Belgien

Treffen der Interessensgruppe im Euopäischen Parlament

„Die Schlüsselrolle der Work-Life-Balance für eine nachhaltige Zukunft Europas“, anlässlich der Lancierung der Interessensgruppe Work-Life-Balance,
3. März 2015

„Beschleunigungsgesellschaft – Qualität vs. Quantität: für eine bessere Ausgewogenheit zwischen Arbeit und Leben?“,
1. Juni 2015

„Gesunde Arbeitsplätze in Europa: ein Schlüssel, um psychosozialen Risiken vorzubeugen und das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu gewährleisten?“,
10. Dezember 2015

„Wettbewerbsfähigkeit braucht Innovation, Innovation braucht Kreativität und Kreativität braucht Erholung!“,
29. Juni 2016

„Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit – bewährte Praktiken und legislative Herausforderungen für Europa“,
18. April 2017

„Eine Frage der Zeit – die Rolle und die Bedingungen von ehrenamtlichem, sozialem und bürgerschaftlichem Engagement in einer vernetzten Gesellschaft“,
22. Februar 2018

7. Bioethik und der christliche Glaube

Die Thematische Referenzgruppe (TRG) Bioethik führte ihre Arbeit gestützt auf das im Dokument „Roadmap 2015-2018: Forging Our Future“ festgelegte Mandat und die entsprechenden Aufgaben durch. Ihre Hauptaufgaben bestanden demnach darin, die Entwicklungen in den europäischen Institutionen, der Generaldirektion Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (in der Europäischen Union und im Europarat) zu beobachten und entsprechende Reaktionen seitens der KEK vorzuschlagen. Sie bezweckte, die Entwicklungen in den Bereichen Bioethik, Biotechnologie und Genetik, aber auch die Probleme rund um Euthanasie und „Human Enhancement“ zu überwachen, zu kommentieren und darüber nachzudenken. Außerdem untersuchte sie die Beziehung zur geleisteten Arbeit in der Generaldirektion Wissenschaft und Technologie der Europäischen Kommission.

Da die KEK einen speziellen Beobachterstatus im Lenkungsausschuss über Bioethik des Europarates (DH-BIO) genießt, verfolgte die TRG die aktuelle Arbeit dieses Ausschusses mit besonderem Interesse. Er behandelte Themen im Zusammenhang mit Genom-Editierung, Prädiktivität, Gentests und Versicherungen, Forschung an biologischem Material menschlichen Ursprungs, Schutz der Menschenrechte und der Würde von Menschen mit geistigen Störungen hinsichtlich unfreiwilliger Einweisung oder unfreiwilliger Behandlung, neu entstehende Technologien, Leihmutterschaft, trans- und intersexuelle Kinder und geschlechtsspezifische Schönheitsoperationen.

Bioethik und Biotechnologie

Unter Berücksichtigung des breiten Spektrums an behandelten Themen rund um Bioethik und Biotechnologie, insgesamt und insbesondere in diesem Ausschuss, schlug die TRG Bioethik zu Beginn ihrer Arbeit vor, sich auf zwei wichtige Themen für die KEK-Mitgliedskirchen zu konzentrieren, die von wesentlicher theologischer Bedeutung sind. Dabei handelt es sich einerseits um die neuen Entwicklungen in der medizinisch unterstützten Zeugung und andererseits um die prädiktive Medizin, was am Ende unter einem einzigen Thema, nämlich der Gen-Editierung, zusammengefasst wurde. Als Ergebnis dieser Arbeit reichte die Gruppe dem KEK-Vorstand und über diesen den Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen ein Diskussionspapier mit dem

Titel „Moral and ethical issues in human gene editing“ (Moralische und ethische Fragen hinsichtlich der menschlichen Gen-Editierung). ein.

Darin wird festgehalten, dass in jüngster Zeit ein bedeutender Wandel ausgelöst wurde, und zwar durch CRISPR/Cas9 und ähnliche Technologien, die eine äußerst präzise Veränderung von Gensequenzen ermöglichen. Dies führte unweigerlich zur Frage, ob – und wie – diese Techniken am Menschen eingesetzt werden sollten. Zunächst folgt eine Präsentation der möglichen therapeutischen Bedeutung der Genom-Editierung, ihrer Folgen für die Medizin mit Schwerpunkt auf der Modifizierung der menschlichen Keimbahn. Anschließend konzentriert sich das Dokument spezifischer auf die damit verbundenen Herausforderungen und die Gesetzgebung, die im Hinblick auf Anwendung menschlicher Gen-Editierung entwickelt werden muss.

Die Gruppe erkannte daher zwar an, dass zahlreiche Anliegen rund um Genom-Editierung bei Pflanzen und Tieren von Bedeutung sind. Die Kommentare und Diskussionen in diesem Dokument konzentrierten sich aber spezifisch auf die Editierung des menschlichen Genoms und man kam zum Schluss, „das Konzept, dass Wissen und die dadurch entstehenden Möglichkeiten unser Untergang bedeuten könnte, ist so alt wie die biblische Erzählung vom Paradies, aber gleichermaßen zeigt uns die Geschichte den riesigen Nutzen für Gesundheit und Zufriedenheit, den der verantwortungsvolle Einsatz unseres Intellekts und unseres Erfindergeistes mit sich bringt.“ Berücksichtigt man dies, so verlangen „die neuesten Entwicklungen in der Genom-Editierung von uns, neu zu überdenken, welches Gleichgewicht zwischen Hoffnung und Angst wir anstreben wollen“. Es gibt zwar Herausforderungen, die sich einzig und allein auf die Editierung des menschlichen Genoms beziehen; dennoch wurde das Thema gestützt auf ein analytisches Raster behandelt, das auch auf andere mögliche bioethische Innovationen anwendbar wäre. Darin werden Fragen der Sicherheit, der Wirksamkeit, der Ethik und der Vorsicht untersucht.

Wissenschaft, Ethik und neue Perspektiven

Das Diskussionsdokument stellte eine ergiebige Grundlage für die Organisation einer Internationalen Konferenz zum Thema Gen-Editierung, „Gott spielen? – Wissenschaft, Ethik und Theologie der Gen-Editierung“ dar, als Beitrag der europäischen Kirchen zu dieser aktuellen und brennenden öffentlichen Diskussion. Die Konferenz fand am 27. und 28. Februar 2018 in Paris statt, mit der finanziellen Unterstützung des Rates für zwischenkirchliche Beziehungen der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark. Gastgeber war das Institut für Protestantische Theologie und das Institut für Orthodoxe Theologie „Saint-Serge“, Medienpartner der Veranstaltung das Online-Portal orthodoxie.com.

Ziel der Konferenz war der Anstoß einer ökumenischen und europaweiten Diskussion über Gen-Editierung. In ihrem Zentrum stand die Reaktion der europäischen Kirchen auf die jüngsten Entwicklungen in der Forschung, die Berücksichtigung einer Reihe von Herausforderungen und das Anhören der Erfahrungen und Reaktionen der Kirchen auf diese Herausforderungen. Die Ergebnisse der Diskussionen sollten in eine Veröffentlichung der KEK einfließen.

Da Gen-Editierung (insbesondere Genom-Editierung der menschlichen Keimbahn) eines der wichtigsten und umstrittensten Themen in der modernen Bioethik ist, war es spannend, sich zu fragen, was für Folgen dies auf unser Verständnis vom Menschsein hat. Was für Auswirkungen könnte dies auf die Gesellschaft, aber auch auf Individuen und Familien haben? Welche Grenzen sollten gesetzt werden für ein wissenschaftliches Eingreifen in den Prozess der menschlichen Entwicklung?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Francis Crick Institute in Londn, die an führender Stelle neue Techniken der Gen-Editierung entwickeln und möglicherweise auch einsetzen, trafen auf Philosophinnen und Philosophen, römisch-katholische, evangelische und orthodoxe Ethik-Fachleute und Theologinnen und Theologen sowie Vertretende des Lenkungsausschuss über Bioethik des Europarates. Der direkte Austausch mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichte ein entscheidendes Verständnis der einschlägigen Techniken, aber auch der Motivation, die der Forschung zugrunde liegt, sowie mögliche therapeutische Anwendungsgebiete. Die Konferenz erforschte, welchen nützlichen Beitrag die christlichen Kirchen zu dieser Schlüsseldiskussion leisten und was für Empfehlungen wir realistischerweise an die Gesetzgeber abgeben könnten.

Die Teilnehmenden unterstützten die von der DH-BIO des Europarates im Dezember 2015 angenommene Erklärung über Technologien zur Genom-Editierung und erklärten „die Anerkennung der positiven Perspektiven der genetischen Veränderung mit der Weiterentwicklung des Wissens über das menschliche Genom, aber auch die größere Besorgnis über einen möglichen Fehleinsatz und Missbrauch, insbesondere was die absichtliche Modifizierung des menschlichen Genoms zum Zweck der Entwicklung von Individuen oder Gruppen mit besonderen Eigenschaften oder erforderlichen Vorzügen betrifft“.

Artikel 13 (Interventionen in das menschliche Genom) der Bioethik-Konvention – das einzige internationale bindende Rechtsinstrument über Menschenrechte in der Biomedizin – geht auf diese Anliegen hinsichtlich genetische Enhancement (Verbesserung) oder gentechnische Modifizierung der menschlichen Keimbahn durch folgende Einschränkung ein: Eine Intervention, die auf die Veränderung des menschlichen Genoms

gerichtet ist, [einschließlich in der Forschung] darf nur zu präventiven, diagnostischen oder therapeutischen Zwecken und nur dann vorgenommen werden, wenn sie nicht darauf abzielt, eine Veränderung des Genoms von Nachkommen herbeizuführen."

> „Der Mensch [ist] nicht eine rein biologische, sondern auch eine spirituelle Existenz"

Die Teilnehmenden bekräftigten weiter: „Um Forschung und Innovation dieser hochmodernen Biotechnologie zu steuern, ist ein umfassender ethischer Ansatz absolut zwingend". Einer diese Ansätze, so ihre Erklärung, könnte auf der „konkreten Ethik der Verantwortung" aufbauen, oder auf der Aussage, dass der „Mensch nicht eine rein biologische, sondern auch eine spirituelle Existenz ist, was in den Diskussionen über Bioethik nicht unterschätzt werden sollte". Vor dem Hintergrund dieser Sichtweise kann ein „menschlicher Wunsch, ‚Gott zu spielen'" in theologisch annehmbarer Art und Weise verstanden werden, da der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen wurde, was drei Grundeigenschaften voraussetzt: menschliche Freiheit, Herrschaft über sich selbst und Kreativität; und der Mensch ist berufen, seinem Schöpfer ähnlich zu werden. Betrachtet man diese Eigenschaften im Kontext der Diskussion über die Genom-Editierung, könnte dies äußerst hilfreiche Inputs auf der Suche nach einer ethischen Ausrichtung liefern.

Wirkung, Veranstaltungen und Ergebnisse

Die Mitglieder der TRG Bioethik trafen sich nach der Konferenz erneut, um ihre Ergebnisse zu bewerten, und sie verpflichteten sich dazu, vor der KEK-Vollversammlung in Novi Sad ein Buch über Gen-Editierung vorzubereiten. Dieses umfasst ein Großteil der Beiträge auf der Konferenz sowie eine Aktualisierung des früheren TRG-Diskussionspapiers. Zudem wird es weitere Arbeiten zum Beitrag der christlichen Sichtweise auf die Bioethik-Debatte über die moderne Elternschaft anstoßen, Überlegungen zu den Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen anstellen, die zu neuen Auffassungen und Formen der Elternschaft führen, einschließlich der Folgen von grenzüberschreitender Praktiken und reproduktiver Gerechtigkeit.

Die Gruppenmitglieder hatten auch die Möglichkeit, an unterschiedlichen Veranstaltungen der KEK-Partnerorganisationen mitzuarbeiten und teilzunehmen. Im März 2016 nahmen so vier Mitglieder der TRG Bioethik an der Konsultation des Fachkreises Ethik des Rates der Gemeinschaft Evangeli-

scher Kirchen in Europa (GEKE) zur Orientierungshilfe zu ethischen Fragen der Reproduktionsmedizin teil. Die TRG steuerte einen der Sachverständigen als Redner bei. Das Dokument wurde im Mai 2017 unter dem Titel „Bevor ich Dich im Mutterleib gebildet habe …“ veröffentlicht. Es zielt darauf ab, eine grundlegende und vielschichtige Orientierung für einen gemeinsamen protestantischen Weg auf europäischer Ebene zu bieten und die Mitgliedskirchen einzuladen und anzuregen, in ihrem jeweiligen Kontext an dem Thema weiter zu arbeiten. Der Vorsitzende der TRG Bioethik der KEK beteiligte sich auch an der Vorstellung und Diskussion dieses Bericht durch die GEKE im November 2017.

Als Beobachter bei der DH-BIO nahm die KEK außerdem an einem Seminar des europäischen Programms zur Ausbildung der Angehörigen der Rechtsberufe im Bereich Menschenrecht in den 28 EU-Mitgliedstaaten (HELP in the 28) am 6. und 7. Oktober 2016 in Brüssel teil. Das Programm vermittelt Angehörigen der Rechtsberufe aus der EU Kenntnisse und Kompetenzen in Bezug darauf, wie auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (die Charta), die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und die Europäische Sozialcharta (ESC) Bezug genommen werden kann. Im Vorfeld einer ordnungsgemäßen Tagung der DH-BIO nahm die KEK zudem im Dezember 2016 an einem hochrangigen Seminar teil, das vom Lenkungsausschuss über Bioethik unter Federführung des zypriotischen Vorsitzes des Ministerkomitees organisiert wurde, unter dem Titel „Internationale Rechtsprechung in der Bioethik: Einblicke und Aussichten“. Im Oktober 2017 war sie auf der „Internationalen Konferenz anlässlich des 20. Jahrestages der Verabschiedung der Bioethik-Konvention: Relevanz und Herausforderungen“ anwesend, die unter der Schirmherrschaft des tschechischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates organisiert wurde.

Ziel dieser Veranstaltung war in erster Linie, die Relevanz dieses internationalen Referenzinstruments im Hinblick auf die Entwicklungen im biomedizinischen Bereich und die Perspektiven zu analysieren, um die Elemente eines „strategischen Aktionsplans“ für die Arbeit des Ausschusses für Bioethik (DH-BIO) für den Zweijahreszeitraum 2018-2019 und möglicherweise darüber hinaus zu definieren. Zu diesem Zweck wurden die Entwicklung von Praktiken und die wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen im biomedizinischen Bereich sowie die Konventionsprinzipien und mögliche Herausforderungen im Hinblick auf die Identifizierung möglicher Handlungsfelder untersucht.

Es wurden Prioritäten definiert, etwa neue Genomik-Technologien bei Keimzellen, Big Data und Telemedizin als neue Akteure und die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Zustimmung nach vorheriger Aufklärung, Gesundheit von Migrantinnen und Migranten: ein aktuelles Thema oder ein zukünftiges

Problem? Zugang zu innovativen Arzneimitteln sowie die Frage, ob die großen Pharma-Unternehmen ein Geschäft wie jede andere Firma betreibt.

Als Aktionsplan für diese prioritären Anliegen wurde Folgendes vorgeschlagen: 1) Keimzellen und CRISPR-Cas9: a) eine *grüne Linie* für die Forschung festlegen und b) eine *rote Linie* für klinische Studien definieren; 2) Big Data und künstliche Intelligenz: a) Europa als wichtiger Akteur zur Verbesserung ethischer Anliegen im Hinblick auf die GAFA-Firmen würdigen und b) eine neue Sichtweise der Zustimmung nach vorheriger Aufklärung erarbeiten; 3) Gesundheit von Migrantinnen und Migranten: ein gemeinsames Paket für den Zugang zu Gesundheitsleistungen schaffen; 4) innovative Arzneimittel: die Diskussion über Preise vermeiden, sie ist zu kompliziert, und die Idee bekräftigen, dass ein neues, wirksames Arzneimittel als universelles Gesundheitsgut betrachtet werden sollte.

8. Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft

Die Thematische Referenzgruppe (TRG) Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft hat den Auftrag, zur Debatte über die Konzepte und Strategien der europäischen Bildungs- und Kircheninstitutionen beizutragen. Dies beinhaltet, dass sie die religiöse Dimension des interkulturellen Dialogs aus dem Blickwinkel theologischer Überlegungen heraus betrachtet, sowie die Entwicklungen rund um den Strategischen Rahmen – allgemeine und berufliche Bildung 2020 der EU mitverfolgt. Zudem bedeutet es, dass sie sich an den Bildungsstrategien der europäischen Kirchen beteiligt.

Die TRG hatte Schwierigkeiten, ihren Auftrag zu erfüllen, da nur einige wenige europäische Kirchen aktiv in der Gruppe vertreten waren. Gefehlt hat insbesondere der gegenseitige Austausch über Aktivitäten mit ähnlichem Hintergrund mittels Protokollen und Berichten aus den anderen Thematischen Referenzgruppen.

Die Zeit von 2015 bis 2017 war nicht lange genug, um die Anstrengungen und die Wirkung der Arbeit der Gruppe zu beurteilen und einzuschätzen. Daher ist es schwierig, die vollständige Wirkung dessen zu erfahren, was gesät worden ist.

Das leere Büro in Straßburg

Eine Teilerklärung für die Schwierigkeiten liegt in der Tatsache, dass das Büro in Straßburg in den letzten zwei Jahren nicht voll funktionstüchtig war: Das dortige Stabsmitglied Richard Fischer ging 2016 wohl verdient in den Ruhestand und unser Stabsmitglied Maria Pomazkowa verließ uns 2017 zugunsten neuer Horizonte.

Daher erhielt die Gruppe in letzter Zeit keine Unterstützung durch das Sekretariat. Die Anwesenheit der Mitglieder war relativ bescheiden. Der Vorsitz führte jedoch eine äußerst lebendige Kommunikation mit einigen Teilnehmenden und leitete die entsprechenden Informationen an die Gruppenmitglieder weiter. 2017 berief er zudem die Sitzungen ein und organisierte sie.

Aktive Präsenz und Beteiligung

Zu unseren wichtigsten Errungenschaften gehörte die aktive Teilnahme an mehreren Konferenzen. Unter anderem war die TRG als Beobachter auf den Tagungen des Lenkungsausschusses für Bildungspolitik und Praxis des Europarates mit dabei.

Sie nahm außerdem an Veranstaltungen der Ständigen Konferenz der Europäischen Minister für Bildungswesen, der Ministerkonferenz über Bildung des Europarates unter dem Vorsitz Zyperns, der Koordinationsgruppe für Religion in der Bildung in Europa (Coordinating Group for Religion in Education in Europe) und der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) im Rahmen des Kolloquiums in Klingenthal im Oktober 2016 teil.

Die Gruppe beteiligte sich an den Vorbereitungen der nordischen Mitglieder auf die Vollversammlung 2018 in Novi Sad, die in Island stattfanden, sowie an der „Turn it up!"-Konferenz über christliche Kommunikation. Zusätzlich kam sie jeweils zweimal jährlich zusammen. Sie präsentierte ihre Arbeit auf verschiedenen Konferenzen.

Daneben nahm sie an mehreren Webinaren teil, einem elektronischen Werkzeug, das oft eingesetzt wird, um einen direkten Dialog mit Menschen in ganz Europa herzustellen. Solche Webinare sind eine direkte, lebhafte, machbare und vor allem kostengünstige Option.

Wachsendes demokratisches Verständnis

Die Arbeit der TRG konzentrierte sich auf das wachsende demokratische Verständnis in Europa unter jungen Menschen, und sie bot eine Plattform für einen Austausch zwischen Kirchen und Schulen zu diesen Themen. Dabei wurde stets betont, dass man Demokratie nicht im Klassenzimmer lernen kann, sondern in der Gesellschaft unter realen Menschen, mit realen Verpflichtungen, echtem Wissen und richtigen Anliegen erleben muss. Die Gruppe ermutigte die Teilnehmenden durch ihre Arbeit, das heutige Europa hinsichtlich seiner neuen Facetten multi-ethnischer, multi-religiöser und multi-kultureller Realitäten genau zu betrachten, eingehend zu untersuchen und darüber zu informieren.

Sie erörterte den Bedarf an Bildung, Religion und Kultur infolge der großen Zahl an Flüchtlingen, die insbesondere 2015 und 2016 in Europa ankamen, und leitete die Programme weiter, die zahlreiche Kirchen und Länder teilweise erfolgreich entwickelt hatten.

Die TRG diskutierte unterschiedliche Modelle und Vorstellungen, die in gewissen Ländern, hauptsächlich in Nordeuropa, für Schulen, Kirchen und Gesellschaft entwickelt worden waren, im Versuch, eine Radikalisierung zu

verhindern. Dazu gehört auch ein gegenseitiges religiöses Verständnis und entsprechender Respekt.

Migration

Ein Treffen mit Doris Peschke, der Generalsekretärin der CCME, im März 2016 betonte das Ausmaß des Anliegens Migration. Es wurde darauf hingewiesen, dass aus Angst nicht förderliche Haltungen hervorgehen können, die wiederum zu politischem Populismus gegen Migration führen. Dies zeigte sich besonders deutlich in den Volksabstimmungen und Wahlergebnissen des Jahres 2016.

Wir erhielten zudem eine verspätete Reaktion auf unsere zugunsten des Einsatzes für die Europawahlen 2014 gedruckten Postkarten, und zwar von einer Kirche, in der man sich die Zeit genommen hatte, sich mit den Fragen auf den Karten auseinanderzusetzen, die jeweils von einem Bibelzitat begleitet wurden. Diese Kirche nutzte die Karten, um die Bibelverse mit Zitaten aus dem Koran zu vergleichen und dadurch aufzuzeigen, dass die beiden Religionen zahlreiche Vorstellungen und parallele Überzeugungen teilen, die die Idee einer fairen oder faireren Welt für alle unterstützen.

Präsentation und Workshop in Novi Sad

Die letzten zwei Treffen befassten sich in erster Linie mit Überlegungen und Diskussionen zum möglichen Inhalt des Workshops in Novi Sad. Wir erörterten, in welchen Bereichen wir einen kreativen Workshop anbieten könnten, der Kirchen und Gemeinschaften, Familien und Schulen dazu inspirieren würde, bei ihnen auf lokaler Ebene oder in ihrem Land etwas zu unternehmen. Das Ergebnis war ein Plan für einen interaktiven Workshop: „Demokratie und Populismus: Die Rolle der Bildung und der KEK“. Das letzte Treffen der TRG fand im September 2017 in Brüssel statt.

Empfehlungen der TRG Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft heute und für die kommenden Jahre noch genauso relevant ist wie früher – wenn nicht noch relevanter. Europa befindet sich an einem Scheideweg und fragt sich, welche Richtung es einschlagen soll und weshalb. Die zahlreichen Facetten der Bildung und kulturellen Entwicklung, auch in der Politik, der Werte, des Selbst und des anderen, der Rolle der Religion, der Denkfähigkeit und der Reflexion, des lokalen und globalen Bewusstseins und Wissens – all diese Konzepte werden im Dialog und im Kontakt miteinander gestaltet, mit Respekt und in gegenseitiger Neugier – sei es zu Hause, in der Schule, in der Kirche oder in der Gesellschaft.

Die Gruppe ist sich bewusst, dass das wesentliche Thema „Macht der so-

zialen Medien und das fehlende kritische Denken bzw. Analysevermögen“ ein Bereich ist, der für sich selbst dringenden Handlungsbedarf aufweist.

Die Arbeit ist daher noch nicht abgeschlossen. Die Fragen wurden noch nicht beantwortet. Und die Zukunft beginnt jetzt.

ccme
yond borders

9. Kommission der Kirchen für Migranten in Europa

Die Arbeit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) für die KEK und mit der KEK wird nach wie vor vom Kooperationsabkommen geregelt, das im Jahr 2017 vom Exekutivausschuss der CCME und vom Vorstand der KEK angenommen und unterzeichnet wurde. Die Arbeit zwischen den Vollversammlungen von Budapest und Novi Sad stand also im Zeichen einer engeren Zusammenarbeit.

Gestützt auf das Abkommen haben sich die KEK und die CCME für vier thematische Prioritäten im Zusammenhang mit Migration entschieden. Nachstehend werden die wichtigsten Aktivitäten in diesen Bereichen seit der Vollversammlung von Budapest beschrieben.

Die Rolle Europas beim Schutz der Flüchtlinge im 21. Jahrhundert

Zwischen 2011 und 2014 wurde intensiv an der europäischen Asylgesetzgebung gearbeitet und die zweite Phase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) konnte abgeschlossen werden. Im Jahr 2016 öffnete die Europäische Kommission das beschlossene Paket, indem sie die Richtlinien überarbeitete und neue Bestimmungen zu Dublin und Eurodac erließ. Dazu kam der „Arabische Frühling“ und die „Asylkrise“, die die Arbeit der CCME besonders ab 2014 beeinflussten. Seit 2015 hat die sogenannte „Flüchtlingskrise“ in vielerlei Hinsicht Auswirkungen auf die Arbeit der CCME und der Kirchen in Europa und stellt für alle eine Herausforderung dar, auf die sie sowohl durch Netzwerkarbeit als auch mit Advocacy antworten. Als es darum ging, das bestehende System durch die Schaffung von legalen und sicheren Wegen zu verbessern, war die CCME auf verschiedene Arten an vorderster Front dabei.

Im Jahr 2013 lancierte sie in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft einen Aufruf an die Direktion für Justiz und Inneres der Europäischen Kommission für eine verbesserte humanitäre Antwort auf die Situation in Syrien und in dessen Nachbarländern.

Die ständigen Bewegungen von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika über das Mittelmeer forderten tausende von Opfern. Angesichts dessen riefen CCME und KEK jedes Jahr erneut dazu auf, der Menschen, die ihr Leben auf See verloren haben, zu gedenken.

Während des ganzen Entwicklungsprozesses des GEAS rief die CCME die EU immer wieder dazu auf, die Mindeststandards zu respektieren. Die CCME leistete wesentliche und zeitgerechte Lobbyarbeit in Bezug auf die Bestimmungen zur Festnahme von Asylsuchenden und den Zugang zu fairen und fristgerechten Anhörungen in Fällen der Dublin-Verordnung.

Die CCME und die Internationale Katholische Migrationskommission setzten sich gemeinsam für die Bekanntmachung der deutschen Save-Me-Kampagne ein, die zum Neuansiedlungsprogramm Deutschlands beitrug. Gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft rief die CCME 2014 die Justiz- und Innenminister der EU auf, Neuansiedlungen zu fördern. Gestützt auf eine im Jahr 2012 angenommene Stellungnahme der CCME, die 20 000 Neuansiedlungs-Plätze in der EU bis 2020 forderte, wurde in Zusammenarbeit mit dem European Resettlement Network die gemeinsame Kampagne „20 000 bis 2020“ entwickelt. Im Dezember 2014 schloss sich die CCME einem Aufruf an die Geberkonferenz des UNHCR für stark erweiterte Neuansiedlungsmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge an.

Gemeinsam mit säkularen Partnern setzte sich die CCME für einen großzügigen Neuansiedlungsrahmen der EU ein und gab mit anderen Akteuren des Bereichs einen Kommentar zum vorgeschlagenen EU-Neuansiedlungsrahmen von 2016 ab. Mit ihren römisch-katholischen Partnern richtete die CCME im September 2017 eine Konferenz aus, auf der die Rolle der Kirchen bei der finanziellen Unterstützung der Neuansiedlung von Flüchtlingen diskutiert wurde.

Bei vielen Veranstaltungen, die von Mitgliedern und Partnern organisiert wurden, sorgte die CCME für eine kompetente Beratung. Das Informieren der Mitglieder über die Bestimmungen von neuen EU-Gesetzgebungsentwürfen und deren Wirkungen war ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der CCME. Sie vertrat die KEK auch weiterhin im Europäischen Rat für Flüchtlinge und im Exil lebende Personen, in dem sie den Vorsitz der Gruppe für Neuansiedlungen übernahm.

Im Jahr 2015 erlebte Europa gewaltige Migrationsbewegungen, was für die CCME ein unerwartet hohes Arbeitsvolumen zur Folge hatte. Gemeinsam mit der KEK und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) rief die CCME die Kirchen auf, ihre Unterstützung und ihre Netzwerkarbeit auszubauen. Viele Kirchen verstärkten ihre Hilfe für bedürftige Personen oder unternahmen ökumenische Besuche in Griechenland, Ungarn, Italien oder Serbien. Es wurden auch mehrere Konferenzen auf weltweiter und regionaler Ebene organisiert.

CCME arbeitet mit Kirchen und Flüchtlingen entlang der Balkanroute

Seit Frühling 2015 wählten große Migrantengruppen, die meisten von ihnen Flüchtlinge aus Syrien, den Weg über Griechenland nach Europa. Durch ihre weitere Reise über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Ungarn nach Österreich und Deutschland, und oft noch weiter bis nach Skandinavien, entstand die sogenannte Balkanroute. Die humanitären Bedingungen entlang dieser Route waren katastrophal und gefährlich, besonders für hilfsbedürftige Personen. Viele Kirchen und kirchennahe Organisationen in den betroffenen Ländern begannen sogleich, den Menschen, die durch ihr Land zogen, zu helfen, und stellten ihnen Nahrung, Unterkunft, Informationen und andere Unterstützung zur Verfügung.

Die CCME förderte Besuche von Kirchen aus den wohlhabenderen Teilen Europas bei den Kirchen, die die Flüchtlinge entlang der Balkanroute unterstützten. Solche Besuche halfen, die Situation zu verstehen und die Stimmung derjenigen zu verbessern, die Hilfe leisteten. Sie brachten auch höhere direkte finanzielle Hilfe.

Gemeinsam mit ihren Partnern konnte die CCME kirchliche Akteure, wie kirchliche Entwicklungsinstitutionen, unterstützen, ihre Ressourcen sammeln und koordinieren und die Arbeit der Kirchen in der Region fördern. Auf diese Weise leistete sie einen Beitrag zu einer besseren Flüchtlingshilfe.

Die CCME förderte Erklärungen von Kirchen und Kirchenverbänden, dabei die KEK, der ÖRK, das ACT-Bündnis, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), der Lutherische Weltbund und die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen bei der Forderung nach umfassenden und ergänzenden Lösungen für die Flüchtlinge. Auf diese Weise erreichte die CCME, dass die Positionen der verschiedenen ökumenischen Akteure einander entsprachen und einen ähnlichen Grundton aufwiesen.

Die CCME beobachtete die Tendenz der EU, die Verantwortung für den Schutz der Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge auszulagern, beispielsweise im Juni 2016 anlässlich einer Mitteilung der Europäischen Kommission zum neuen Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern. Gemeinsam mit 138 Organisation unterzeichnete die CCME eine Erklärung im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates von Juni 2016 und kritisierte darin die neuen EU-Maßnahmen, die darauf abzielten, die Migration an der Schwelle Europas aufzuhalten und dabei die internationalen Pflichten der EU missachteten.

In Bezug auf die „Alternativen zu Dublin“ beteiligte sich die CCME ausserdem am Diskurs und organisierte Anlässe, insbesondere hinsichtlich der Schutzbedürfnisse unbegleiteter Minderjähriger. Wie gewohnt kommentierte die CCME gemeinsam mit anderen christlichen Organisationen die Revisionsvorschläge für das GEAS der Europäischen Kommission. Die ökumenische Zusammenarbeit in diesem Bereich war intensiv und positiv. Im November

2016 beteiligte sich die CCME an der Seite von 77 weiteren Organisationen an einer gemeinsamen Erklärung, in der sieben vorrangige Maßnahmen zum Schutz aller Flüchtlings- und Migrantenkinder gefordert wurden.

Die CCME organisierte Veranstaltungen, um die öffentliche Wahrnehmung der Situation an der südlichen Außengrenze der EU zu fördern, dabei betonte sie die Notwendigkeit, sich mit den EU-Mitgliedsstaaten im Mittelmeerraum solidarisch zu zeigen.

Weitere Aktivitäten umfassten:

- Eine Serie von Podiumsdebatten und Veranstaltungen zum Thema Migration und Flüchtlingsschutz anlässlich des Kirchentags in Deutschland, 2015 und 2017.
- Im Jahr 2017 wurde auf dem Kirchentag eine Gedenkminute abgehalten für diejenigen, die auf dem Weg ihr Leben verloren hatten. Gemeinsam mit einer Allianz von verschiedenen Kirchen in Deutschland nahm die CCME in diesem Zusammenhang am besonderen Anlass „Fluchtgedenken“ teil.
- Im Juni 2016 organisierten die CCME, die KEK, der ÖRK und die Evangelische Kirche in den Niederlanden die Konferenz „Fürchte dich nicht“, die sich mit den Auswirkungen der globalen Flüchtlingskrise in Europa und der Antwort der europäischen Kirchen darauf befasste. Nach der Konferenz wurde eine gemeinsame Erklärung der teilnehmenden Organisationen veröffentlicht. Darin wurden die Kirchen ermutigt, ihre Arbeit weiterzuführen und ihr Engagement zu verstärken.
- Im Oktober 2016 veröffentlichte die CCME eine Erklärung zum Änderungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Dublin-IV-Verordnung, und nach dem Besuch des Flüchtlingslagers Eleonas in Griechenland drückte sie ihre Besorgnis über die Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes in Europa aus.
- Im Dezember 2016 lancierte die CCME gemeinsam mit der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation das 12-monatige Projekt „Flüchtlingsberichterstattung“. Es untersuchte, wie die Medien in Europa die Flüchtlinge darstellen und hatte das Ziel, ihre Rechte zu fördern.
- Gemeinsam mit einer Gruppe von 30 weiteren Nichtregierungsorganisationen rief die CCME die Leitungsgremien der EU im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2016 auf, ihre Migrationspolitik zu ändern.

Dem Menschenhandel als Form der Sklaverei entgegentreten

Die CCME führte ihre Arbeit in spezifischen Projekten weiter, um die Kirchen in Europa zu beraten.

Als wichtigste Partnerin des Internationalen Gewerkschaftsbundes im *Fine-Tune*-Projekt organisierte die CCME vom 17. bis 19. Oktober 2013 in Vilnius, Litauen, ein EU-Forum zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung. Das Projekt befasste sich bis 2015 mit Geschlechterfragen und Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung.

Die CCME beteiligte sich nach wie vor an der Steuerungsgruppe COATNET, einer christlichen Plattform gegen Menschenhandel. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde 2015 die Vertretung der CCME in der Steuerungsgruppe wiedergewählt. Anlässlich einer Konferenz über Menschenhandel von CARE Europe, auf der mehrere Kirchen um Rat bezüglich Bekämpfung des Menschenhandels gefragt wurden, wurde auch die CCME um Empfehlungen gebeten.

Die CCME leistete einen Beitrag zu einer Präsentation im Europäischen Parlament im Zusammenhang mit einem Bericht über Menschenhandel mit besonderem Augenmerk auf Personen aus Afrika in der Sinai-Wüste.

Im Namen der KEK gab die CCME im November 2014 den Anstoß für ein Dialogseminar in der Europäischen Kommission zum Thema „Gemeinsam handeln im Kampf gegen Menschenhandel".

Gestützt auf eine pro-bono-Rechtsstudie zu nationalen Gesetzgebungen gegen Menschenhandel, die für die CCME von der Anwaltskanzlei Dechert durchgeführt wurde, betrieb die CCME aktive Lobbyarbeit bei Mitgliedsstaaten für eine wirksame und umfassende Umsetzung der Menschenhandelsrichtlinie in den nationalen Gesetzgebungen. Die CCME fügte dieser Richtlinie weitere Punkte hinzu.

Im Rahmen der Präsentation einer Studie zu extremer Ausbeutung von Arbeitskräften organisierte die CCME eine Nebenveranstaltung, um die Studie bekannt zu machen und zu diskutieren, indem sie die gute Zusammenarbeit unter allen kirchlichen Akteuren in ihrem Kampf gegen Menschenhandel betonte.

Im Mai 2016 beteiligte sich die CCME mit einer Stellungnahme an der neuen Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels nach 2016.

Im Februar 2017 nahm die CCME an einem gemeinsamen Forum des Ökumenischen Patriarchats und der Kirche von England zum Thema moderne Sklaverei teil. An diesem Forum „Sünde vor unseren Augen" in Istanbul verpflichteten sich die beiden Kirchen mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung erneut zum Kampf gegen Menschenhandel.

Die Todesfälle an Europas Grenzen beenden: Safe Passage – Sichere Wege

Seit 2011 hat die Anzahl Tote an den Grenzen zu Europa ständig zugenommen. Um sich mit diesem Problem zu befassen, lancierte die CCME das Projekt „Safe Passage – Sichere Wege“, um konkret auf die Todesfälle an Europas Grenzen reagieren zu können. Das Projekt blickt auf die Situation an den südlichen Grenzen zu Europa und macht Vorschläge für politische Veränderungen, um sichere Passagen nach und durch Europa zu gewährleisten.

Das Projekt setzt sich für Visa aus humanitären Gründen, Aufstockung der Plätze für Neuansiedlungen, großzügigere Maßnahmen zur Familienzusammenführung und die Aufhebung von Visapflicht in Konfliktsituationen ein. Solche Schritte helfen, Todesfälle zu verhindern und die Geschäfte der Menschenhändler zu untergraben. Längerfristig können sie ebenfalls dazu beitragen, die Migration nach Europa besser in den Griff zu bekommen. Die CCME fordert Kirchen aus ganz Europa auf, sich mit diesen Themen zu befassen. Die Pilotprojekte für sichere und legale Zugänge nach Europa von Kirchen in Italien und Frankreich zeigen auf, dass diese Vorschläge effizient funktionieren können. Auf Ebene der EU hat die CCME es geschafft, das Europäische Parlament zu überzeugen, viele dieser Vorschläge zu unterstützen.

Einheit in der Vielfalt: Migration, eine Herausforderung für die Einheit der Kirche

Unter dieser Schlagzeile befasste sich die CCME mit den Herausforderungen und Chancen der Migration von Christen nach Europa. Die Aktivitäten, die sowohl Migrationsfragen wie auch kirchliche Fragen berühren, umfassten Folgendes:

Die CCME nahm an einem Workshop des Ecumenical Network for Multicultural Ministry (ökumenisches Netzwerk für multikulturelle Arbeit) teil, an dem die Verbindung zwischen der Einheit der Christen und der Frage der Migration hervorgehoben wurde.

Weiter nahm die CCME 2013 aktiv an der ÖRK-Vollversammlung in Busan, Republik Korea, und deren Anlässen im Vorfeld der Vollversammlung zum Thema Menschenhandel, teil.

Von 2013 bis 2015 beteiligte sich die CCME am Projekt „Definieren und identifizieren von nahöstlichen christlichen Gemeinschaften in Europa“. Das Projekt ermittelte Christen aus dem Nahen Osten im Vereinigten Königreich, Dänemark und Schweden und analysierte ihre Beziehungen mit den Kirchen und der Gesellschaft in ihrem jeweiligen Gastland.

Die CCME trug auch zu internationalen Konferenzen im Zusammenhang mit der Rolle von Religionen bei der Integration als wechselseitigem Prozess bei, dabei Anlässe des Euroäischen Integrationsforums sowie Treffen von Fachpersonen organisiert vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Als Mitglied einer Expertengruppe trug die CCME im Oktober 2015 außerdem zu einem Vorschlag des GEKE-Rates bei, mit Migrationskirchen einen explorativen Dialog zu führen. Das Projekt läuft noch.

Die Studie „Mapping Migration“ (Aufzeichnen von Migration) wurde 2016 von der CCME überarbeitet und veröffentlicht. Sie bietet Erkenntnisse zum Thema Migration in verschiedenen Ländern Europas und zur Rolle der Kirchen im Umgang mit Migration innerhalb ihrer Arbeit. Die CCME wirkte sowohl beim Jahrbuch Mission 2016 „Zuflucht Europa“ mit, als auch bei der Publikation des Global Ecumenical Theological Institute von 2017 „Reforming Theology – Migrating Church – Transforming Society“.

Im Dezember 2016 organisierten die CCME und die KEK in Kopenhagen eine Konsultation mit dem Titel „Heute Kirche sein in Europa“, ausgerichtet von der Evangelisch-Lutherischen Volkskirche in Dänemark. Die Konsultation untersuchte den Einfluss der Migration auf das Verständnis von Ekklesiologie.

Kirchen geben Zeugnis von integrativen Gemeinschaften in Europa

Die Ausgrenzung der Roma in Europa stand im Mittelpunkt der Arbeit der CCME gegen Diskriminierung, die sowohl politische Initiativen als auch Projektarbeit umfasste.

Dazu gehörten beispielsweise folgende Aktivitäten:

Zwischen 2012 und 2014 nahm die CCME an den Treffen der Europäischen Kommission zur Integration der Roma teil. Die Kommission entsandte auch Roma aus den Niederlanden als Delegierte an den EU-Roma-Gipfel in Brüssel.

Die KEK, der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen und die CCME waren an den Vorbereitungen der Konferenz „Wie verbessern wir die Lage der Roma-Bevölkerung in Europa: Herausforderungen

und offene Fragen“ im Mai 2014 in Athen beteiligt, die während der EU-Ratspräsidentschaft Griechenlands stattfand.

Die CCME führte ihre Arbeit für die Integration der Roma weiter und befasste sich in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Netzwerk gegen Rassismus (ENAR), dem Europäischen Informationsbüro für Roma und mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die bei der Europäischen Plattform für die Einbeziehung der Roma beteiligt sind, mit migrantenfeindlicher Propaganda.

Seit 2015 wird der 2. August von den europäischen Institutionen als Internationaler Tag der Roma gefeiert, zum Gedenken an den Völkermord an den Roma. Die CCME beging den Tag und veröffentlicht seither jährlich Erklärungen zum Thema „Gedenken an den Völkermord an den Roma im Zweiten Weltkrieg“.

Im Juli 2016 schloss sich die CCME der Allianz gegen Antiziganismus an, da Antiziganismus als große Hürde bei der Integration der Roma in europäischen Gesellschaften erkannt wurde.

Die CCME nahm an der Konsultation zur neuen Struktur des ENAR teil und führte ihre Rolle als aktives Mitglied der Organisation seit deren Gründung weiter.

Ein CCME-Mitarbeiter sprach 2016 bei der Veröffentlichung des „ENAR-Schattenberichts über Rassendiskriminierung gegen Migranten“.

Migration und Flüchtlingsschutz bleiben in Europa wichtige Anliegen, besonders seit 2013. Die Kirchen in Europa spielten bei der Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und bei den politischen Diskussionen über gerechte und menschliche Antworten auf ihre Ankunft eine wichtige Rolle. Dank der Bestrebungen der CCME befinden sich die Kirchen in Europa in einer besseren Position in ihrer Netzwerkarbeit und können ihre Ressourcen solidarisch für und mit den Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten einsetzen. Es sind Initiativen der CCME, die es den Kirchen in der Region möglich gemacht haben, ihre Position gegenüber den politischen Verantwortlichen Europas besser zu vertreten.

In den nächsten Jahren wird es wichtig sein, die Diskussion über die Verantwortung der Christen gegenüber den Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten mit Blick auf die Gebote der Bibel auf diejenigen Kirchen zu erweitern, die sich bisher noch nicht so stark an der Arbeit beteiligt haben.

10. Politik und Gesetzgebung in der EU

Die Thematische Referenzgruppe (TRG) Politik und Gesetzgebung in der EU befasst sich mit diesem Thema in Bezug auf die Rechtsprechung, die für die Kirchen relevant ist.

Das Ziel und die besondere Aufgabe der TRG ist, während des europäischen Gesetzgebungsprozesses zu einem frühen Zeitpunkt Informationen über Recht im Zusammenhang mit Kirche und Staat auszutauschen. Die Gruppe befasst sich mit der Förderung eines gemeinsamen kirchlichen Ansatzes für die europäischen Gesetzesentwürfe und mit der Stärkung des Bewusstseins von Kirchen, die in Brüssel keine Vertretung haben, um ihnen hinsichtlich der Themen der EU, die für die Kirchen von Bedutung sind, einen Überblick zu verschaffen.

Die Erwägungen umfassen außerdem Fragen zu den grundlegenden Menschenrechten, zur Gleichbehandlung, zum Dialog zwischen der EU und den Kirchen nach Artikel 17(3) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), zum Arbeits- und Datenschutzrecht, zu den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte oder zu weiteren relevanten rechtlichen Angelegenheiten. Die TRG setzt sich aus juristischen Sachverständigen aus neun verschiedenen KEK-Mitgliedskirchen zusammen. Sie treffen sich zweimal jährlich zum Austausch von Informationen, zum Weitergeben von Erfahrungen und zur Diskussion, grundsätzlich für eine ganztägige Sitzung in Brüssel oder für ein zweitägiges Treffen in einer der in der TRG vertretenen Mitgliedskirchen.

Der Brexit und die Kirchen

Seit Inkrafttreten ihres neuen Mandats im Jahr 2015 war eines der bestimmenden Themen für die TRG die britische Entscheidung, aus der Europäischen Union auszutreten. Begonnen hat die Arbeit vor der Volksabstimmung von 2016 mit Verhandlungen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, und dem ehemaligen britischen Premierminister David Cameron über Zugeständnisse seitens der EU, um Großbritannien dabei zu behalten. Danach folgten die heiklen Austrittsverhandlungen. Die TRG beobachtete die politischen Entwicklungen und rechtlichen Auswirkungen sehr genau.

Dass sich unter den Mitgliedern der TRG drei Kirchenvertretende aus Großbritannien und Irland befanden, die mit unterschiedlichen Sichtweisen mitwirkten, schlug sich positiv auf die Arbeit nieder. Erwähnenswert ist der Austausch von November 2017 mit David Bruck, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Brexit der ständigen Vertretung Irlands bei der EU, der die TRG über den gegenwärtigen Stand der Brexit-Verhandlungen informierte und mit der Gruppe die schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen für Irland diskutierte.

Debatte zur Zukunft Europas

Ein weiteres wichtiges Thema war die Debatte zur Zukunft Europas. Die Diskussion wurde von der Europäischen Kommission durch das Weißbuch zur Zukunft Europas gefördert und bekam durch die Reden von Präsident Jean-Claude Juncker und Präsident Emmanuel Macron im September 2017 weitere Impulse. Viele der von den beiden Präsidenten vorgebrachten Ideen sind für die Kirchen in Europa von Bedeutung. Diese Themen umfassen die Stärkung eines sozialen Europas, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, einen besseren rechtlichen Zugang zu Asyl- und Migrationsfragen und der Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in die Debatte. Diese Anliegen wurden im offenen Brief der KEK zur Zukunft Europas aufgenommen, der als Diskussionsgrundlage im Vorfeld der Vollversammlung in Novi Sad diente. Die Idee, 2018 in ganz Europa Versammlungen von Bürgerinnen und Bürgern abzuhalten, wurde von einigen Mitgliedskirchen aufgenommen, die in den verschiedenen Kirchen auf nationaler Ebene Debatten zur Zukunft Europas planten.

Datenschutz

Die Reform der Datenschutzvorschriften wurde bereits von der letzten TRG (2011-2015) diskutiert. Die gegenwärtige TRG folgte den Schlussfolgerungen der interinstitutionellen Verhandlungen zur Datenschutzverordnung. Als Fortsetzung auf nationaler Ebene arbeiten gewisse Mitgliedskirchen gegenwärtig an der Aktualisierung ihrer Datenschutzvorschriften.

Dialog zur Rechtsstaatlichkeit in Polen

Auch das Aufkommen von populistischen und rechtsextremen Parteien und Regierungen in ganz Europa führte in der TRG zu intensiven Diskussionen. Sie befasste sich mit der Verschlechterung der Situation in Polen und den Schritten der EU im Verfahren zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips im Jahr 2016. Im gleichen Jahr wurden in der Debatte mit Paul Nemitz, Hauptberater der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, die beschränkten Möglichkeiten der EU angesprochen, die Übereinstimmung mit den Rechtsnormen und die Wahrung der Werte der EU in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen. Die Debatte war sehr intensiv und verschaffte ein realistisches Bild der Situation.

Die Aushöhlung des Konsenses für die Demokratie und für die europäischen Werte war ein Thema, das die TRG während der letzten zwei Jahre mitverfolgte, da die Symptome dieser Entwicklung in fast allen EU-Mitgliedsstaaten beobachtet werden konnten. Mit der Auslösung des Verfahrens nach Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) trat in der speziellen Situation Polens eine Wende ein. Das Thema wird sicher noch länger auf der politischen Agenda bleiben.

Die Zukunft des Dialogs nach Artikel 17(3) AEUV

Mit der neu antretenden Kommission änderten sich ab 2014 gewisse Aspekte von Artikel 17(3) AEUV über den Dialog zwischen den Kirchen und den Institutionen der EU. Zu diesen Aspekten gehören die Stelle des Koordinators für den Dialog innerhalb der Europäischen Kommission sowie die Ansetzung von hochrangigen Treffen mit religiösen Führungspersonen.

Die TRG nahm die Veränderung bei der Stelle des Koordinators für den Dialog als Ansatzpunkt für Diskussionen über die Geschichte, die Herausforderungen und die wichtigen Aspekte des Dialogs zwischen religiösen Gemeinschaften, Kirchen und den EU-Institutionen. Aus diesen Diskussionen entstand der Entwurf eines Reflexionspapiers, das mit Blick auf die bevorstehenden europäischen Wahlen und einer neuen Kommission weiter entwickelt werden und von der KEK und deren Mitgliedskirchen für Diskussionen mit den europäischen Institutionen über verschiedene Formate des Dialogs benutzt werden kann.

Rechtsprechung

Die TRG verfolge die Urteile des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg sehr aufmerksam. Die Inhalte der Urteile umfassten unter anderem Asylpolitik, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Religionsfreiheit und kirchliches Arbeitsrecht. Gewisse Urteile und ausstehende Fälle betreffen bestimmte Kirchen direkt, wie der gengenwärtig zu behandelnde Fall zum kirchlichen Arbeitsrecht in Deutschland oder die Steuerfreiheit der katholischen Kirche in Spanien. Andere Urteile betreffen sensible Themen, wie die Religionsfreiheit. Ein Beispiel, das genannt werden könnte, ist das Verbot, in privaten Unternehmen ein Kopftuch zu tragen.

In mehreren Mitgliedsstaaten entstand eine Debatte über den Sozialhilfetourismus innerhalb der EU und die in der Freizügigkeitsrichtlinie (2004/38/EC) verankerte Möglichkeit, arbeitssuchende Unionsbürger von Sozialleistungen in anderen Mitgliedsstaaten auszuschließen. Darüber gab es mehrere Urteile des Gerichtshofs. In der Debatte, die zum Brexit führte, war dies ein wichtiges Thema und aus diesem Grund auch für die TRG eine bedeutende Angelegenheit.

Besuche bei Mitgliedskirchen

Die TRG trifft sich regelmäßig außerhalb von Brüssel und besucht jeweils eine KEK-Mitgliedskirche, um Einsichten in die rechtlichen Aspekte von Kirchen zu gewinnen, die in der TRG vertreten sind, sowie um sich über die spezifischen Beziehungen zwischen Kirche und Staat, die die Vielfalt des Systems Staat-Kirche in der EU ausmachen, zu informieren. Bei diesen Sitzungen trifft sich die TRG mit Vertretenden der Kirchen und erfährt mehr über die Beziehung zwischen dem Staat und der Kirche im betreffenden Land sowie über die Arbeit der Kirche vor Ort.

Der erste Besuch bei einer Mitgliedskirche unter dem neuen Mandat fand 2016 in Athen statt. Diese Tagung befasste sich mit der Situation der Griechischen Evangelischen Kirche und deren rechtlichem Status nach der offiziellen Anerkennung als juristische Person durch den Staat Griechenland im Jahr 2014. Die Gruppe wurde außerdem über das Engagement der Kirche bei der Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen informiert.

An der Sitzung von 2017 in London wurde die TRG über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in England informiert und bekam Einsichten in die Besonderheiten des Kirchenrechts der Kirche von England. Weiter diskutierte die Gruppe die Geschichte, die Struktur und die bevorstehenden Herausforderungen der Methodistischen Kirche. Für 2018 ist ein Treffen in Riga geplant. Die TRG wird sich dort für die Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands und für deren Stellung in einem postkommunistischen Land interessieren.

Empfehlungen der TRG

Nachdem das Mandat 2015 überarbeitet worden war, schlossen sich der TRG zusätzlich zu den bereits bestehenden erfahrenen Mitgliedern neue juristische Sachverständige aus den Mitgliedskirchen an. Diese Strategie hat sich als gute Grundlage für eine aktive Teilnahme und anregende Diskussionen erwiesen. Von den TRG-Mitgliedern kommen bisher nur zwei aus der Region Mittel- und Osteuropa. Es wäre hilfreich, wenn in Zukunft der Beteiligungsgrad der KEK-Mitgliedskirchen aus dieser Region vergrößert werden könnte. Dass der Schwerpunkt auf Gesetzgebung und Politik gelegt wurde, hat die Arbeit der Gruppe erweitert, doch um Überschneidungen mit anderen TRG zu vermeiden, bleibt der zentrale Schwerpunkt der rechtliche. Die Treffen mit Expertinnen und Experten der EU-Institutionen in Brüssel zu Themen von besonderem Interesse für Kirchen wurden als sehr aufschlussreich und hilfreich erachtet, um die Entwicklungen bei der EU zu verstehen und die Gelegenheit zu bekommen, gewisse Themen, wie die Auswirkungen des Brexit oder das Verfahren nach Artikel 7 EUV besser zu verstehen und den Kirchen zu ermöglichen, sich dazu zu äußern.

Die Besuche in anderen Ländern waren erfolgreich, denn sie lieferten wichtiges Hintergrundwissen über die rechtliche Stellung der Kirchen in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat und erweiterten die Grundlagen für ein gegenseitiges Verständnis und einen gemeinsamen Ansatz gegenüber der EU.

> „Die Diskussion über die Werte Europas und die Zukunft der EU der 27 berührt beispielsweise Fragen nach dem sozialen Zusammenhalt, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Bürgerbeteiligung und der europäischen Integration, die im Mittelpunkt der kirchlichen Anliegen in Europa stehen“

Die Diskussion über die Werte Europas und die Zukunft der EU der 27 berührt beispielsweise Fragen nach dem sozialen Zusammenhalt, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Bürgerbeteiligung und der europäischen Integration, die im Mittelpunkt der kirchlichen Anliegen in Europa stehen. Deshalb werden diese Themen auch in Zukunft auf der Tagesordnung stehen. Außerdem werden Gesetzgebungsakte und die Urteile von europäischen Gerichtshöfen für die Kirchen in Europa noch weiter an Wichtigkeit zunehmen, sodass fachkundige Debatten über diese Entwicklungen in den Kirchen mehr den je benötigt werden.

11. Kommunikation: der Stimme der KEK Ausdruck verleihen

In den Jahren bis zur Vollversammlung 2018 in Novi Sad entwickelte sich die Kommunikation der Konferenz Europäischer Kirchen sehr positiv. Insbesondere erneuerte die KEK ihr Engagement für diesen Aspekt ihrer Arbeit, indem sie je eine Vollzeit-Stelle für die Kommunikations-Koordination sowie für die Kommunikations-Assistenz für ihr Team in Brüssel schuf. Dies führte zu einem bedeutenden Wachstum und Verbesserungen, gerade nach dem Zusammenschluss der Kommission Kirche und Gesellschaft mit der KEK.

Die Kommunikationsabteilung der KEK hat mehrere Zielsetzungen. Dazu gehört allen voran, eine unverwechselbare und beständige Stimme für die Organisation zu pflegen, die ihre Geschichte, ihre Vielfalt und ihre aus anderen Programmbereichen hervorgehenden Standpunkte widerspiegelt. Die Ziele umfassen auch, die Wurzeln der KEK als eine friedensstiftende Organisation zu würdigen und stets verpflichtet zu sein, als eine Brücke zwischen konfessionellen, kulturellen, politischen und sozialen Unterschieden zu dienen. Es bedeutet auch, ein Verbindungsglied zu sein unter der Vielfalt unserer Mitgliedskirchen und ihrer Kontexte und dabei Ansichten zu vertreten und Beiträge zu leisten, die unverwechselbar und spezifisch für die KEK sind.

Dank der Kommunikation werden die vielfältigen Aspekte der Identität der KEK auf leicht zugängliche und nützliche Weise dargestellt. Diese Aspekte umfassen unsere Beiträge zum Dialog auf europäischer Ebene mit den Institutionen der EU und anderen Partnerorganisationen in Brüssel und Straßburg, das Bereitstellen einer Plattform für die Begegnung unter unseren Mitgliedskirchen und anderen Partnern und die Stärkung des gemeinsamen Zeugnisses der Kirchen, um die Einheit der Kirche und den Frieden auf der Welt zu fördern.

Bei all unseren Kommunikationen steht die Unterstützung der Programmarbeit der KEK im Mittelpunkt. Dies reicht von Mitwirken vor Ort bei Anlässen, über das Ausarbeiten von Publikationen und anderem Wer-

bematerial bis zum Aufrechterhalten einer steten Online-Präsenz durch Newsletter, die Webseite, Pressemitteilungen und Auftritten in den sozialen Medien. Wesentlich sind dabei unsere engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunikationsabteilung. Sie setzen sich für Einheitlichkeit und Kohärenz in unseren Erklärungen ein und unterstützen durch ihre Arbeit das ganze Team.

Die Kommunikationsabteilung strebt danach, unserer Mitgliedschaft zuzuhören, mehr über ihre spezifischen Bedürfnisse und Kontexte zu erfahren und diese in ihrer Kommunikation zu wiederspiegeln. Außerdem entwickelt die KEK ein Netzwerk von Kommunikations-Fachleuten aus Kirchen und ökumenischen Organisationen, um die Mitglieder besser verstehen zu können und zu ermitteln, wie am besten mit ihnen und für sie kommuniziert werden soll.

Ein ausgereiftes Kommunikationsprogramm ist für die Tätigkeit der KEK unentbehrlich. Es erweitert das Interesse für unsere Arbeit vom Mitarbeiterstab und den Thematischen Referenzgruppen über die Leitungsgremien und Mitgliedskirchen bis hin zu den Partnerorganisationen in ganz Europa und darüber hinaus.

Säkulare Kultur, digitales Leben

Zwei große Tendenzen prägen die Kommunikation nicht nur für die KEK, sondern ebenfalls für unsere Mitgliedskirchen, Partnerorganisationen und nationalen Kirchenräte. Europaweit berichten Kommunikationsverantwortliche von Kirchen immer wieder über die Herausforderungen für die Kommunikation der christlichen Botschaften in einem vermehrt säkularen Umfeld. Sie sind auf der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen einem authentischen Zeugnis für das Evangelium und dem Bedarf, diese Botschaft so zu formulieren, dass sie für Menschen außerhalb der Kirche zugänglich ist. Dieses Bestreben drückt sich auf verschiedene Art und Weise aus, beispielsweise im Dialog mit Politikerinnen und Politikern und Institutionen, in der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen oder in Beziehungen zu den Medien rund um aktuelle Ereignisse (wie zum Beispiel Terroranschläge, Naturkatastrophen, nationale Wahlen oder Gedenkfeiern).

Parallel zu diesen sozialen Veränderungen birgt unsere vermehrt digitalisierte Welt neue Herausforderungen für die kirchliche und ökumenische Kommunikation. Einige Monate können ausreichen, um die Online-Kommunikation durch neue Technologien oder Trends grundlegend zu verändern. Die Kirchen und die KEK stellen sich der Herausforderung, parallel zu diesen neuen Möglichkeiten auch traditionelle Kommunikationskanäle aufrecht zu erhalten.

Als wichtige Kommunikationsmittel für die KEK gewinnen die sozialen Me-

dien an Boden. Twitter ist eine gute Plattform für den Austausch mit einigen von unseren Mitgliedern und Partnern, Journalistinnen und Journalisten sowie mit Mitarbeitenden und Abteilungen der europäischen Institutionen. Die Mikroblogging-Plattform ist auch eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Interaktionen auf KEK-Konferenzen und Anlässen zu fördern. Auch Facebook ist für unsere Kommunikation nützlich, weil sehr viele unserer wichtigsten Unterstützer und Partner dort aktiv sind. Dank des sozialen Netzwerks können Multimedia-Inhalte, wie Fotos und Videos publiziert werden. Sowohl Twitter als auch Facebook sind für die KEK nützlich, weil sie zum Austausch von Inhalten ermutigen. Die sozialen Medien fördern einen gemeinschaftlicheren Ansatz von Kommunikation, der mit Blick auf die Vielfalt unserer Mitgliedschaft und die dem Sekretariat zur Verfügung stehenden Ressourcen besonders wertvolle Vorteile birgt.

Zur alltäglichen Kommunikation der KEK gehören vermehrt auch Videos. Dank verschiedener Werkzeuge konnte unsere Arbeit auf kostengünstige und leicht zugängliche Weise einem breiteren Publikum vermittelt werden. Dazu gehörte eine Serie von Webinaren (Online-Videokonferenzen), die verschiedene Aspekte unserer Arbeit, Interviews und Botschaften hervorhoben, die direkt im Zusammenhang mit Konferenzen oder anderen internationalen Veranstaltungen standen, zum Beispiel Grüße für Ostern und Weihnachten oder Botschaften zur Gebetswoche für die Einheit der Christen. Die Reaktionen auf diese Initiativen waren bisher positiv. Videos können eine Ergänzung zu anderen Kommunikationsformen, wie Pressemitteilungen oder Briefen sein, denn sie ermöglichen, persönliche und ansprechende Botschaften für jährliche Anlässe. Dieser Kommunikationskanal kann ebenfalls hilfreich sein, um die KEK-Konferenzen und ähnliche Veranstaltungen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, insbesondere Personen, die während längerer Zeit verhindert sind, zu reisen.

Turn it up!

Auf die Herausforderung, eine christliche Stimme in säkularen Kontexten zu kommunizieren, hat die KEK direkt reagiert und ein Netzwerk von kirchlichen und ökumenischen Kommunikationsfachleuten und Journalistinnen und Journalisten aufgebaut. Dieses Netzwerk ist noch in seiner informellen Anfangsphase, doch nimmt es auf vielversprechende Art Gestalt an. Die Arbeit dazu begann mit zahlreichen Besuchen bei Kommunikationsverantwortlichen der KEK-Mitgliedskirchen und Partnern. Diese Besuche beleuchteten die Unterschiede in der Kommunikation und die verschiedenen Herausforderungen, mit denen sie in ihrer täglichen Arbeit umgehen müssen. Die Besuche waren auch hilfreich, um die der KEK zur Verfügung stehenden Ressourcen zu identifizieren, wie berufliche Erfahrungen, Arbeitszeit des Mitarbeiterstabs und Hilfe bei der Organisation von Anlässen. Ein Ergebnis dieser Vorarbeit war ein Treffen im Dezember 2016, an dem eine Kon-

ferenz für Kommunikationsverantwortliche von Kirchen und ökumenischen Organisationen in Paris geplant wurde; die erste dieser Art seit der Vollversammlung in Budapest. Die versammelten Personen waren sich einig, dass die Kommunikation in einem vermehrt säkularisierten Europa ein dringliches Anliegen für ihre Arbeit sei.

Das erste Ergebnis dieses Treffens war dementsprechend die Konferenz zum Thema „Turn it up!“ in Paris im September 2017, an der etwa 50 in der Kommunikation tätige Personen aus ganz Europa teilnahmen. Diskutiert wurde sowohl die Theorie als auch die Praxis zur Frage, wie die Berufsleute den Anforderungen einer sich verändernden Religions- und Glaubenslandschaft in Europa entsprechen können.

Die Kommunikation der KEK wird vermehrt durch die Beziehungen mit unserer Mitgliedschaft und anderen Partnern gestärkt. Diese Zusammenarbeit ermöglicht, ein breiteres Publikum zu erreichen, mehr Sprachen zu benutzen, weitere Netzwerke mit einzubeziehen und regionale und nationale Ebenen zu erreichen. Sie nimmt viele Gestalten an und leistet einen Beitrag zum gemeinsamen Zeugnis, das für die Identität der KEK wesentlich ist. Mit Mitgliedern und Partnern erlässt die KEK oft gemeinsame Pressemitteilungen, die unsere Botschaften stärken und einen einheitlichen Beitrag seitens der Kirchen bieten. Besonders hilfreich ist dies für den Dialog mit den europäischen Institutionen, für gemeinsam ausgerichtete Anlässe, Konferenzen mit lokalen Partnern und andere wichtige ökumenische Veranstaltungen, wie die Gebetswoche für die Einheit der Christen. Dieser Austausch von Ressourcen und Mitarbeitenden verbessert die Kommunikation außerdem dadurch, dass auf Erfahrungen von anderen, die direkt mit und für unsere Mitgliedschaft arbeiten, zurückgegriffen werden kann.

Auf globaler Ebene koordiniert die KEK ihre Kommunikation unter anderem oft mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und der Weltvereinigung für Christliche Kommunikation. Die regionale und nationale Zusammenarbeit umfasst typischerweise Mitgliedskirchen und nationale Kirchenräte, während lokale Partnerschaften meist Journalistinnen und Journalisten für Kirchenbelange, Medien allgemein oder Universitäten und Nichtregierungsorganisationen betreffen.

Natürlich sind auch die technischen Aspekte der KEK-Kommunikation sehr wichtig. In der Zeit zwischen den Vollversammlungen entwickelte und lancierte die Kommunikations-Koordinatorin, respektive der Kommunikations-Koordinator, eine neue Webseite, straffte die Präsenz der KEK in den sozialen Medien und entwickelte eine allgemeine Kommunikationsstrategie. Im Zentrum der Strategie stehen die Behebung der vielfältigen, jedoch oft geringfügigen technischen Kommunikationsprobleme und das

Umsetzen von Lösungen. Dies ermöglichte, unsere Materialien besser zu nutzen, vergrößerte das Zielpublikum und steigerte die Interaktivität. Vor allem geben uns diese Bemühungen auch einen Einblick, wie Personen, Kirchen und andere Organisationen die Materialien der KEK nutzen. Diese Erkenntnisse sind wichtig, denn sie verbessern die Beziehungen mit unserer Mitgliedschaft.

Einer der wichtigsten Erfolge des Kommunikationsprogramms in den Jahren vor Novi Sad ist die Entwicklung und die Umsetzung eines Verlagsprogramms in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Globethics.net. Es ermöglichte mehrere Veröffentlichungen, die die Netzwerke von weltweit über 155 000 Empfängerinnen und Empfängern erreichten. Zu den bedeutendsten Veröffentlichungen aus dieser Partnerschaft gehören: „Beyond Prosperity? European Economic Governance as a Dialogue between Theology, Economics and Politics“, 2017, „Advancing Freedom of Religion or Belief for All; Europe's Heart and Soul, Jacques Delors' Appeal to the Churches“, 2015 und „The European Vision and the Churches: The Legacy of Marc Lenders“, 2015. Diese Initiative ist besonders interessant, weil sie die Ergebnisse von KEK-Konsultationen und -Konferenzen an ein breiteres Publikum verteilen kann, und ein bleibendes und qualitativ gutes Gedächtnis von wichtigen Initiativen der KEK verkörpert.

Der Weg nach vorne

Kommunikation wird auch weiterhin ein interessanter und ausschlaggebender Teil der Zukunft der KEK bleiben. Die geleistete Arbeit in den Jahren zwischen Budapest und Novi Sad hat die KEK gut auf eine noch effizientere und noch weiterreichende Kommunikation vorbereitet. Diese wird hilfreich sein, um eine Gemeinschaft von Kommunikationsverantwortlichen und eine Kultur der Kommunikation zu bilden, zur Unterstützung der Arbeiten in allen Programmbereichen der Organisation. Zu diesem Zweck wird für die KEK Folgendes im Mittelpunkt stehen:

- Zurückgreifen auf Erfahrungen der Mitgliedskirchen und der weiteren KEK-Mitgliedschaft, um mehr über die Anliegen und die Arbeit von Mitgliedern und Partnern zu lernen. Dies wird dazu beitragen, dass die Kommunikation relevant und nützlich ist für diejenigen, die die KEK ausmachen.
- Stärken der bestehenden Partnerschaften, um Überschneidungen in unserer Arbeit und unseren Mitteilungen zu vermindern. Damit kann ein breiteres Publikum erreicht werden und die Wichtigkeit wird betont, in all unserer Arbeit Brücken zu bauen und Versöhnung anzustreben.

- Entwickeln einer Kommunikationskultur unter dem Mitarbeiterstab der KEK, Unterstützenden und denjenigen, die auf andere Weise zu unserer Arbeit beitragen, beispielsweise in einer Thematischen Referenzgruppe. Dazu gehört Ermutigung, KEK-Materialien weiterzugeben, mehr Gelegenheiten für die Teilnahme an der Entwicklung der KEK-Kommunikation sowie gewisse Kommunikations-Schulungen (zum Beispiel beste Praktiken im Umgang mit den sozialen Medien).
- Ständige berufliche Weiterentwicklung und Weiterbildung für die Mitarbeitenden der Kommunikationsabteilung, um dazu beizutragen, die Fähigkeiten auf dem neuesten Stand zu halten. Dies erlaubt es der KEK, den Bedürfnissen ihrer Mitgliedschaft zu entsprechen und für kirchliche und ökumenische Kommunikation in Europa und darüber hinaus eine Vorreiterin zu sein.

Gedanken zur Vollversammlung in Novi Sad

„IHR WERDET MEINE ZEUGEN SEIN“ – GASTFREUNDSCHAFT, GERECHTIGKEIT UND ZEUGNIS

Gedanken zum Thema der Vollversammlung 2018 in Novi Sad, von Pastor Kanoniker Dr. Leslie Nathaniel, Vorsitzender des Planungsausschusses für die Vollversammlung

Die Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen 2018 tritt unter dem Thema „Ihr werdet meine Zeugen sein“ in einem Europa zusammen, in dem derzeit tiefgreifende Veränderungen stattfinden. Das Thema lehnt an einen Vers aus Apostelgeschichte 1,8 an und ist als Aufruf zu verstehen, im heutigen Kontext der Ungewissheiten und Ängste christliches Vertrauen aufzubauen. Sowohl die einzelnen Menschen wie auch die Nationen sind mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, die mit einigen der Kerngebote des Christentums in Verbindung stehen: Gastfreundschaft, Gerechtigkeit und Zeugnis.

„ Sowohl die einzelnen Menschen wie auch die Nationen sind mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, die mit einigen der Kerngebote des Christentums in Verbindung stehen: Gastfreundschaft, Gerechtigkeit und Zeugnis “

Werfen wir einen Blick auf den Hintergrund dieses Bibelverses: In den Versen unmittelbar davor erfahren wir, dass die Apostel versammelt sind. Lukas benutzt den Begriff *Apostel* für die zwölf Jünger. Matthias war durch das Los

bestimmt worden, um ihre Zahl nach dem Tod von Judas, der Jesus verraten hatte, zu vervollständigen. So wurde das Symbol für die zwölf Stämme des Volkes Israel wiederhergestellt.

Die Apostel hatten verstanden, dass Jesus für sein Amt zwölf enge Freunde ausgewählt hatte. Sie wurden sozusagen einberufen in den Ratschluss Gottes, Israel durch Jesus zu erneuern und wieder aufzurichten. Die Vorfälle der jüngsten Vergangenheit waren jedoch für die Apostel überwältigend, ziemlich verwirrend und rätselhaft. In den Jahren, die sie mit Jesus verbracht hatten, hatten sie viele Höhen und Tiefen erlebt. Es gab Zeiten, in denen sie von großartiger Hoffnung, Gewissheit, ja sogar Herrlichkeit erfüllt waren, aber es gab auch Zeiten, in denen sie sich leer fühlten, voller Zweifel und Qual. Sie sahen Jesus als König, in einem äußerst irdischen Sinne. An einer Stelle streiten sie darüber, wer im Königreich Jesu die besten Aufgaben erhalten wird. Hier haben sie sich soeben von einer Situation äußerster Verzweiflung durch die Kreuzigung Jesu erholt. Nun sind sie davon überzeugt, dass Jesus auferstanden ist, und diese Tatsache hat ihnen das Vertrauen zurückgegeben, dass Gott Israel wieder aufrichten wird. Dann wird die ganze Welt von Gott gerichtet werden. Die Völker werden für ihre Boshaftigkeit bestraft und Gottes Segen legt sich auf seine gesamte Schöpfung. Gerechtigkeit und Frieden werden gedeihen.

Es erstaunt also nicht, dass wir in den Versen 6 und 7 lesen, dass die Apostel Jesus unbedingt eine spezifische Frage stellen wollten, nämlich wann das Reich für das Volk Israel, das sie sich ausmalten, endlich wieder aufgerichtet werden würde. Doch die Antwort Jesu fällt anders aus als erwartet. Er sagt: „Es gebührt euch nicht, Zeit oder Stunde zu wissen, die der Vater in seiner Macht bestimmt hat; aber ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde."

Jesus gibt ihnen also keinen Zeitplan an die Hand, sie erhalten keinen Hinweis darauf, wann und wie Gottes Plan und seine Ratschlüsse verwirklicht werden. Aber es gibt etwas anderes, dessen sie versichert werden: Gottes Macht und Seine Anwesenheit in ihrer Mitte. Ihre dreijährige, strenge Vorbereitung mit Jesus sollte nicht vergebens gewesen sein. Sie, die in vollem Einklang mit seiner Art zu leben waren, die Seine Wunder erlebt und Seine Lehren aufgesogen hatten, sie, die Ihn für Seine Sache hatten leiden sehen und die Seine auferstandene Anwesenheit erfahren hatten. Sie, die ihn bald in den Himmel auffahren sehen würden, sie, die als Seine Apostel daher in der besten Lage waren, um Zeugnis von Jesus – und von Seinem Leben und Amt – abzulegen, überall auf der Erde, nicht nur in Jerusalem, sondern auch im umgebenden Judäa, sogar in Samarien (der Region, in der fast Fremde lebten) und bis ans Ende der Welt. Sie sollten diejenigen

sein, die alles, was sie von Ihm wussten, bezeugen würden. Darin bestand ihr Auftrag, und es war ein weltweiter Auftrag. Es ist wahr, in den Augen der Welt waren sie keine mächtigen Menschen, und sie besaßen auch keine offensichtlichen Mittel, um ihrer Sendung nachzukommen. Doch wenn wir die Apostelgeschichte weiter lesen, beginnen wir zu verstehen, dass ihre Sendung eine Erfolgsgeschichte war, und am Ende merken wir, dass diese Apostel tatsächlich Wunder gewirkt haben, trotz der Entbehrungen, denen sie ausgesetzt waren. In rund drei bis vier Jahrzehnten nach der Kreuzigung Jesu hatte sich das Christentum verbreitet, von einer unbedeutenden kleinen Gruppe von Jüdinnen und Juden in Jerusalem bis in weite Gebiete des östlichen Mittelmeerraumes und nach Westen sogar bis nach Rom. Es erreichte zahlreiche Ethnien und Menschen mit unterschiedlichen religiösen Erfahrungen, und das alles war erst der Anfang.

Heute, über 2000 Jahre später, in einer Zeit, in der die Konferenz Europäischer Kirchen für ihre Vollversammlung 2018 einen Vers aus Apostelgeschichte 1,8, „Ihr werdet meine Zeugen sein", zum Thema gewählt hat, dient dies als klare Botschaft, dass die KEK sich jetzt auf eine Reise begibt, die denselben Zweck verfolgt wie in der Zeit von Jesu Zuspruch an die Apostel. Es handelt sich um einen zukunftsgerichteten Plan, Botschafterinnen und Botschafter zu sein und auf die „gemeinsame Berufung zur Ehre des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes" (Präambel der KEK-Verfassung) hinzuarbeiten. Dies bedeutet, die gute Nachricht in Wort und Tat zu übermitteln und das Ziel der KEK, „ein authentisches, glaubwürdiges und sozial verantwortliches christliches Zeugnis [abzulegen], ihren Beitrag zum Aufbau eines menschlichen, sozialen und nachhaltigen Europas [zu] leisten, das im Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn lebt und in dem Menschenrechte und Solidarität vorherrschen" (Artikel 2.1 der KEK-Verfassung), voranzubringen.

Dies ist bei Weitem kein triumphalistischer Anspruch, sondern einer, der in demütigem Gehorsam gegenüber unseres einen Herrn erfolgt. Die KEK muss sich auch nicht angstvoll fragen, wann Gott alles wieder sich untertan machen wird. Gott verfolgt seinen eigenen Zeitplan, aber dennoch ist es dringend, im Hier und Jetzt als Werkzeuge Gottes zu handeln. Dies entspricht dem Zeitplan, der von unserer Welt in Unrast festgesetzt wird. Wir werden von Neuem dazu herausgefordert, auf die Umsetzung von Artikel 2.1 der Verfassung hinzuarbeiten. Wir sind dazu berufen, die Beziehungen untereinander und zwischen uns und Gott zu heilen und eine zuversichtliche Kirche engagierter, treuer Christen in einem zunehmend säkularen und pluralistischen Europa aufzubauen. Als Konferenz von rund 115 Kirchen ist es dieses Gefühl des Zusammenseins auf dem Weg hin zu größerer Einheit und engerer Gemeinschaft, das uns helfen wird, die KEK voranzubringen. Aus diesem Grund müssen wir uns mit allen drei Schlüsselbereichen des Themas

unserer Vollversammlung befassen: Gastfreundschaft, Gerechtigkeit und Zeugnis, damit die Welt glaube.

Die Arbeit der Vollversammlung gestalten

Was die eigentliche Arbeit der Vollversammlung angeht, so wurde das Programm zukunftsgerichtet gestaltet, mit Bibelstudien, Hauptreden, Reflexionen und Reaktionen auf die Hauptreden. Einige bedeutende Persönlichkeiten werden anwesend sein und Einsichten und Weisheit für unseren Weg in die Zukunft vermitteln.

Die Diskussionen während der Plenarsitzungen und der Workshops werden sich mit grundlegenden Themen im Leben der KEK befassen und sind auf die Arbeit an zukünftigen Zielen ausgelegt. Die Tagesordnung der Vollversammlung wurde unter Berücksichtigung dieser Punkte, der beschränkten Zeit, die uns zur Verfügung steht, sowie der Kosten einer solchen Veranstaltung gestaltet.

Außerdem beabsichtigt die Vollversammlung:

- die Berichte über das Leben und die Arbeit der KEK seit der letzten Vollversammlung entgegenzunehmen und darauf zu reagieren;
- die Zukunft der KEK zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen, einschließlich der Billigung einer abgeänderten Verfassung.

Überdies wird sie:

- ein authentisches christliches Zeugnis im europäischen Kontext und in Novi Sad gegenüber den Kirchen ablegen, und sie wird am Gottesdienstleben der Gemeinden während eines Sonntagsgottesdienstes in den örtlichen Kirchen teilnehmen;
- ein Ort der Begegnung und des Austausches unter Delegierten und Delegationen sein;
- die Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, ermitteln und durch das tägliche Engagement und verschiedene Berichte voneinander lernen;
- junge Delegierte und Stewards befähigen, durch eine Veranstaltung für die Jugend im Vorfeld der Vollversammlung.

Methodologie

Der Vorschlag des Planungsausschusses für die Vollversammlung, ein Konzept von „Hauptzuhörerinnen und -zuhörern“ in die Vorgehensweise zu integrieren, wurde vom Vorstand gebilligt. Diese Hauptzuhörerinnen und -zuhörer werden in der Gruppenarbeit zuhören und sich Notizen machen. Daneben werden die einzelnen Gruppen von einer weiteren Person angeleitet. Die Informationen aus den unterschiedlichen Sitzungen werden, falls es als nützlich erachtet wird, von den Hauptzuhörerinnen und -zuhörern

an den Vorsitzenden der Vollversammlung übermittelt. Dann kommen sie zusammen, vergleichen ihre Notizen oder Berichte aus den einzelnen Gruppen und legen falls nötig der Vollversammlung ein zusammengeführtes Dokument zur Beschlussfassung vor. Der Vorsitz der Vollversammlung kann nach eigenem Ermessen die Hauptzuhörerinnen und -zuhörer auffordern, zu geeigneten Zeiten in den Geschäftsplenarsitzungen Gedanken zur Gruppenarbeit vorzutragen.

Seelsorge

Während der Vollversammlung wird es eine Seelsorge geben. Elena Timofticiuc von der Ökumenischen Vereinigung der Kirchen in Rumänien wird ein fähiges Team leiten, das über die notwendige Erfahrung und das entsprechende Engagement verfügt.

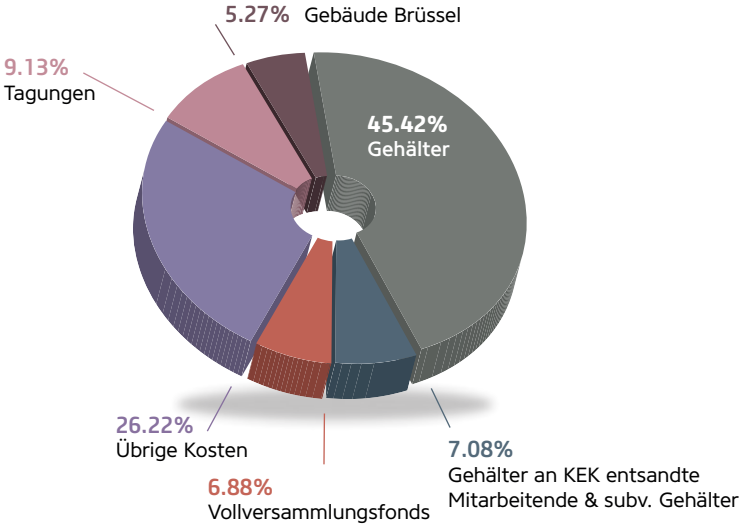
Dank

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um allen Mitgliedern des Planungsausschusses für die Vollversammlung für ihre unermüdliche und engagierte Arbeit zu danken. Im Namen des Ausschusses bedanke ich mich zudem bei allen für die Unterstützung, die wir bei der Ausführung unserer Aufgaben erhalten haben.

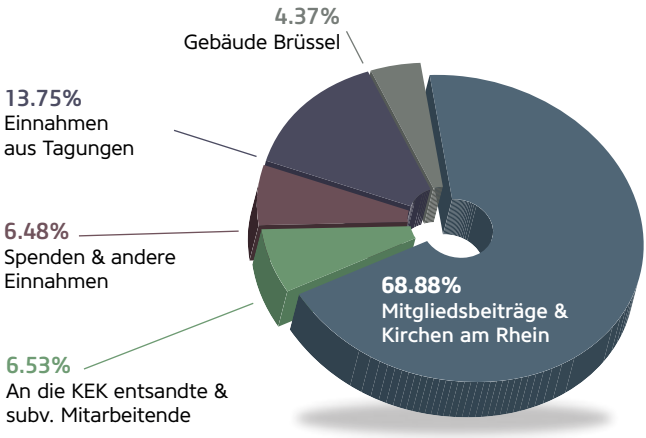
Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Planungsausschusses für die Vollversammlung, die auch Mitglieder im Lenkungsausschuss der Vollversammlung sein werden, werden der KEK weiterhin mit ihrem Fachwissen, mit Transparenz und Engagement für eine erfolgreiche Vollversammlung in Novi Sad beistehen.

Bericht des Haushaltsausschusses an die KEK-Vollversammlung 2018 in Novi Sad

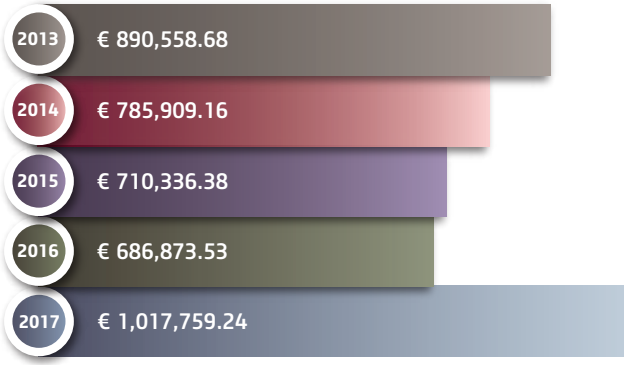
ART DER KOSTEN



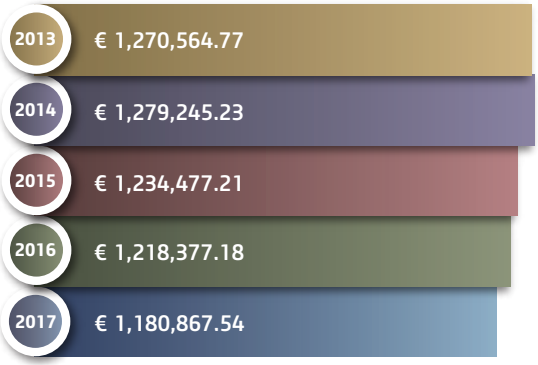
ART DER EINNAHMEN



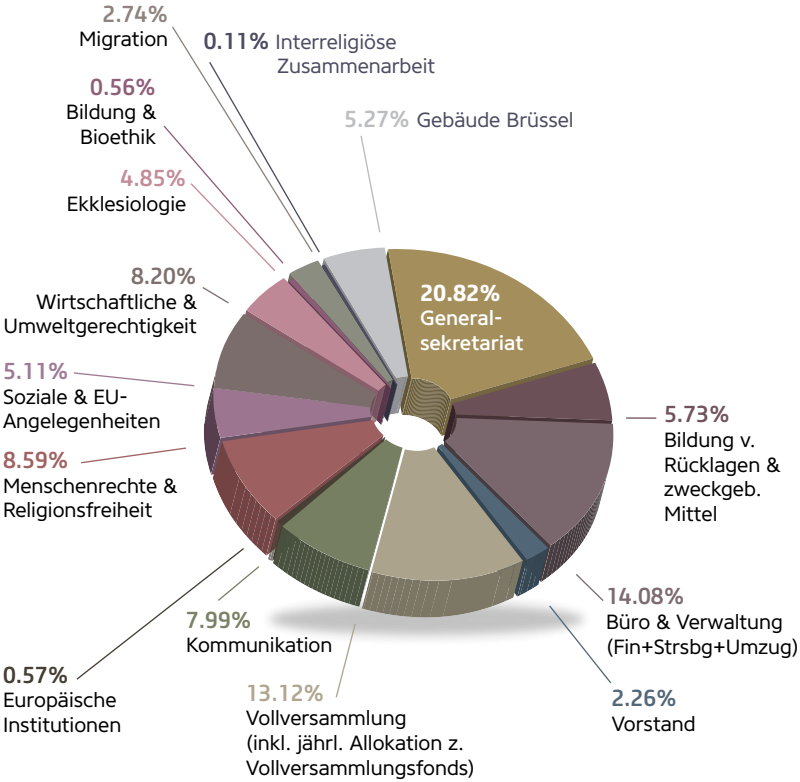
GEHÄLTER - PRO JAHR



MITGLIEDSBEITRÄGE & UNTERSTÜTZUNG VON KIRCHEN AM RHEIN



AUSGABEN NACH ARBEITSBEREICH



Verantwortung für die Finanzen der KEK

Die Vollversammlung in Budapest hat eine neue Verfassung für die KEK verabschiedet, mit der die derzeitigen Arbeitsstrukturen der KEK geschaffen wurden. Der Vorstand sollte 20 Mitglieder umfassen. Seine Aufgaben und Pflichten sind in Artikel 8(4) der Verfassung festgelegt. Dort heißt es unter anderem, er

> *„stellt die finanzielle Tragfähigkeit der Konferenz sicher;*
>
> *stellt sicher, dass die Konferenz über angemessene Mittel verfügt, um diese effektiv einzusetzen und ihre Sendung zu erfüllen".*

Der Finanzausschuss der Vollversammlung in Budapest sah es als wichtig an, dass auch im neuen Vorstand Haushaltskompetenz vorhanden ist. Er sah die Ernennung eines Schatzmeisters oder einer Schatzmeisterin vor und fasste die erforderlichen Kompetenzen, die ein solcher oder eine solche mitbringen müsste, folgendermaßen zusammen:

> *„Nach entsprechender Vorbereitung der Dokumente durch den Generalsekretär oder die Generalsekretärin bringt [der Schatzmeister/die Schatzmeisterin]*
>
> *- in der Herbstsitzung des Vorstands den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr ein,*
>
> *- in der Frühjahrssitzung den Jahresabschluss des Vorjahres,*
>
> *- in jeder Sitzung einen Bericht über die finanzielle Lage der KEK".*

Um den gesetzlichen Bestimmungen Belgiens zu entsprechen, werden die Jahresabschlüsse nun in jedem Jahr einer „schriftlichen Vollversammlung" aller Mitgliedskirchen vorgelegt, was bedeutet, dass die Mitgliedskirchen diese abnehmen und genehmigen müssen.

Auf seiner ersten Tagung im Oktober 2013 ernannte der Vorstand Pastor Michael Bubik zum Schatzmeister der KEK. Erfahrungsgemäß ist es erstrebenswert, auch einen Stellvertretenden Schatzmeister zu haben. Diese Aufgabe übernahm Christian Krieger mit Zustimmung des Vorstands im Juni 2014.

Die Stellen und Aufgaben von Schatzmeister/Schatzmeisterin und Stellvertretendem Schatzmeister/Stellvertretender Schatzmeisterin sind in der Geschäftsordnung nicht explizit beschrieben. §2(3) der Geschäftsordnung sieht jedoch vor, dass auf der Tagesordnung einer jeden ordentlichen Sitzung des Vorstandes ein „Bericht des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin" stehen muss. §4(8) legt fest, dass der Schatzmeister/die Schatzmeisterin Mitglied des Vorstands ist und dem Haushaltsausschuss vorsitzt. Wie es auch bisher Praxis war, schreibt Artikel 13(4) der Verfassung vor, dass der Vorstand einen Haushaltsausschuss wählen soll. Wer diesem Haushaltsaus-

schuss angehören soll, ist in der Geschäftsordnung festgelegt. §8(4) schreibt vor, dass der Haushaltsausschuss ein internes Gremium des Vorstands ist und folgende Mitglieder umfassen soll:

> *„den Schatzmeister/die Schatzmeisterin, den Generalsekretär/die Generalsekretärin und Mitarbeitende, die im Generalsekretariat für die Finanzen verantwortlich sind, sowie zwei Personen, die nicht Mitglied des Vorstands sind, von diesem aber auf seiner ersten Sitzung nach einer Vollversammlung gewählt werden. Der Haushaltsausschuss ist dafür zuständig, die finanzielle Lage der KEK im Auge zu behalten und dem Vorstand Empfehlungen für Entscheidungen und Maßnahmen vorzulegen."*

Nach Maßgabe dieser Bestimmung hat der Vorstand Prof. Dr. David McClean (Kirche von England) und Herrn Pasi Perander (Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands) im Oktober 2013 als die zwei zusätzlichen Mitglieder des Haushaltsausschusses ernannt. Nachdem Pasi Perander von dem Amt wieder zurückgetreten war, wurde Frau Arja Stenholm (Kirche von Schweden) ernannt, um die Vakanz zu füllen. Sie konnte jedoch erst 2017 erstmals an einer Sitzung teilnehmen. Der Haushaltsausschuss ist im März 2014 zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen und hat seither regelmäßig zweimal im Jahr getagt, 2017 sogar dreimal und 2018 im Vorfeld der Vollversammlung einmal.

Im März 2014 hat der Haushaltsausschuss über seine Satzung beraten, die folgende Aufgaben und Zuständigkeiten des Haushaltsausschusses festlegt:

1. Die Bilanz am Ende eines jeden Haushaltsjahres prüfen, problematische Punkte und Themen ermitteln und Empfehlungen für den Umgang mit diesen zur Prüfung durch den Vorstand erarbeiten.
2. Den vorläufigen Kernhaushalt sowie das vorläufige Programmbudget kommentieren und Empfehlungen dazu machen bevor diese dem Vorstand zur Billigung vorgelegt werden.
3. Verfahren und Prozesse im Bereich Finanzen durch die Entwicklung von Protokollen zu den Themen Fördermittel und Zuschüsse, Kostenerstattung, Finanzberichterstattung und dergleichen systematisieren.
4. Auf der Grundlage interner wie externer Entwicklungen Unterstützung leisten bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Zielsetzungen, die bei der Umsetzung des Strategieplans der KEK helfen und zum Beispiel die finanzielle Tragfähigkeit und die sorgfältige Verwaltung vorhandener Mittel sicherstellen.
5. Überprüfung der derzeit angewandten Formel zur Berechnung der Mitgliedsbeiträge, die Berechnungsgrundlage der KEK mit dem den Ansätzen und Verfahrensweisen anderer Organisationen vergleichen und eine neue Berechnungsgrundlage vorschlagen, die auf den Prinzipien der Solidarität und der „fairen Beteiligung" beruht.

6. Die Mitarbeitenden der KEK im Kontext der Umstrukturierung in ihrer Reflexion über die finanzielle Situation der Organisation begleiten und dabei im Voraus die Auswirkungen der neuen Struktur auf die Mitgliedsbeiträge und die Beziehungen zu Geldgebern und Mitgliedern sowie das Fundraising bedenken. Wo notwendig gegebenenfalls bei der Entwicklung von Fundraising-Strategien und -Protokollen, der Stärkung von Verfahren zur Einhaltung der Rechenschaftspflicht, der Erkundung neuer Fundraising-Möglichkeiten und der Pflege von Beziehungen zu Geldgebern und anderen Akteuren beratend zur Seite stehen.
7. Sicherstellen, dass die Strategie zum Anlegen neuer Reserven, wie sie von der Vollversammlung in Budapest beschlossen wurde, in der Budget- und Haushaltsplanung umgesetzt wird und entsprechend den tatsächlichen Ergebnissen angepasst wird.
8. Gemeinsam mit dem Generalsekretär die finanziellen und operativen Risiken prüfen und angemessene Vorkehrungen treffen, um mit diesen Risiken umzugehen.

Der Haushaltsausschuss hat beschlossen, verschiedene Instrumente zu entwickeln, um die Entwicklung der Finanzen der KEK zu begleiten:

1. Ein ordnungsgemäß und sorgfältig vorbereiteter Haushalt, der auch einen Personalplan und eine Gehaltsübersicht umfasst.
2. Vierteljährlich aktualisierte Hochrechnung der tatsächlichen Zahlen und eine Gegenüberstellung mit den Zahlen des Haushaltsplans (auch wenn es aufgrund von Personalmangel nicht immer möglich war, dies tatsächlich vierteljährlich vorzulegen).
3. Liquiditätsübersicht alle zwei Monate, die die tatsächliche Liquidität der Organisation sowie zu erwartende Liquiditätsbewegungen in den folgenden drei Monaten darstellt. Dies erwies sich als etwas weniger wichtig als es schon 2013 möglich geworden war, € 200 000 als allgemeine Rücklagen einzusetzen und so den Liquiditätsdruck erheblich zu senken.

Die personellen Ressourcen im Finanzbereich waren über einen Großteil des Berichtszeitraums sehr begrenzt; wir hoffen, dass sich dies in den kommenden Jahren anders darstellen wird. Ursprünglich war Charlotte Van der Borght in Teilzeit angestellt worden, um die Buchhaltung zu machen und den Jahresabschluss zu erstellen. Schon bald musste sie aber auch das Material für den Haushaltsausschuss und den Schatzmeister vorbereiten und zusammenstellen, das Protokoll für den Haushaltsausschuss schreiben, den Kontakt mit den Banken pflegen und noch vieles mehr. Zudem wurde sie zunehmend bei Personalfragen hinzugezogen und wurde unsere interne Spezialistin für alle Arbeits- und Beschäftigungsfragen. Aus diesem Grund wurde im Frühjahr 2017 eine neue Teilzeitstelle für die Buchhaltung geschaf-

fen und Charlotte Van der Borght arbeitet seither als spezialisierte Assistentin für Finanz- und Personalfragen. Der Haushaltsausschuss ist ihr für all die Arbeit, die sie in der Vergangenheit schon geleistet hat, sehr dankbar. Ohne ihr Engagement und ihre Fachkompetenz wäre es nicht möglich gewesen, die Organisation mit so eingeschränkten personellen Ressourcen im Finanzbereich am Leben zu halten.

Überlegungen zur Finanzstruktur

Der Nominierungsausschuss muss berücksichtigen, dass die Ämter und Aufgaben des Schatzmeisters oder der Schatzmeisterin und des Stellvertretenden Schatzmeisters oder der Stellvertretenden Schatzmeisterin im Vorstand gebraucht werden und erfüllt werden müssen. Es könnte daher sinnvoll sein, deren Ernennung sowie ihre jeweiligen Aufgaben und Pflichten in der Geschäftsordnung zu regeln.

Insbesondere im Hinblick auf die Mitgliedsbeiträge ist dabei eine wichtige Aufgabe, gute Beziehungen zu jenen Personen zu pflegen, die in den großen und mittelgroßen Mitgliedskirchen für Finanz-Entscheidungen zuständig sind. Und dies ist eine besondere und spezifische Aufgabe, die sich klar von jener unterscheidet, den Kontakt zu den Führungspersonen der Mitgliedskirchen zu pflegen. Es ist unwahrscheinlich, dass ein Schatzmeister/eine Schatzmeisterin oder ein Stellvertretender Schatzmeister/eine Stellvertretende Schatzmeisterin die notwendige Zeit haben werden, um diese Aufgabe der Kontaktpflege im Bereich der Finanzen zu übernehmen, so dass der Generalsekretär/die Generalsekretärin und ein Mitarbeiterteam dies wird übernehmen müssen. Ein detaillierter Plan für Kontakte in diesem Bereich sollte für die nächste Zeit erarbeitet und umgesetzt werden. Er sollte verbunden sein mit einem Fundraising-Plan für die Mitgliedsbeiträge und konkrete Zielsetzungen für jedes Jahr enthalten.

Wie bereits erwähnt, verfügt die KEK mit Charlotte Van der Borght über eine spezialisierte Assistentin für Finanz- und Personalfragen. Es ist wichtig, dass Personalkapazitäten für diese Aufgaben erhalten bleiben und für die Zukunft sollte darüber nachgedacht werden, einen Finanzverantwortlichen zu ernennen, der umfassendere Aufgaben und Verantwortlichkeiten hat.

Finanzielles Ergebnis der Vollversammlung in Budapest

Über das finanzielle Ergebnis der letzten Vollversammlung erstattete Clarissa Balan dem Vorstand auf seiner Sitzung im Oktober 2013 Bericht. Die Endabrechnung wies einen Überschuss von € 94.348,40 auf, der dem Vollversammlungsfonds für die Vollversammlung 2018 zugewiesen wurde. Es hat sich als möglich erwiesen, jährlich eine Summe in diesen Fonds einzuzahlen und so eine gute Grundlage für die Finanzierung der Vollversammlung in Novi Sad zu schaffen.

Umzug der KEK nach Brüssel

Eine der wichtigsten Entscheidungen der Vollversammlung in Budapest war jene, die Büros der KEK in Genf aufzulösen, den vollständigen Zusammenschluss der KEK und der Kommission Kirche und Gesellschaft (KKG), die bis dahin zwar Teil der KEK war, aber eigene Führungsstrukturen hatte, herbeizuführen und die vereinigte KEK in den früheren Büros der KKG in Brüssel unterzubringen. Seit dem 1. Januar 2016 ist nun die „neue“ KEK nach belgischem Recht tätig.

Die Mitarbeitenden der KEK in Genf schauten sich in Genf nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten um und zogen nicht mit nach Brüssel um. Der einzige Mitarbeitende aus Genf, der eigentlich mit nach Brüssel umziehen sollte, war der Generalsekretär – damals Pastor Dr. Guy Liagre. Letztendlich entschied der Vorstand jedoch, seinen Arbeitsvertrag nicht zu verlängern, sondern ernannte Pater Heikki Huttunen im September 2015 zum neuen Generalsekretär ab 1. Januar 2016. Rechtliche Probleme hinsichtlich der Wahrung der Frist für die Ankündigung der Nichtverlängerung des Arbeitsvertrags führten zu einem Vergleich, der beinhaltete, dass Pastor Dr. Guy Liagre eine Summe in Höhe von drei Monatsgehältern gezahlt wurde.

Wenn man diese Summe miteinrechnet, betrugen die Gesamtkosten für den Umzug nach Brüssel etwas mehr als € 80.000. Das von der Vollversammlung in Budapest verabschiedete Budget enthielt eine Summe von € 70.000 für den Umzug, wobei 2013 schon € 50.000 für diesen Zweck zur Seite gelegt worden waren. Die tatsächlichen Kosten (ohne die Zahlung an den ehemaligen Generalsekretär) lagen voll und ganz im Rahmen dieses Budgets. Ein Großteil der Kosten entstanden durch die Inanspruchnahme von Rechtsberatungen und die Vorbereitungen für die Einrichtung eines vernünftigen Archivs (das im Ökumenischen Zentrum in Genf verbleibt).

Zum Zeitpunkt der Vollversammlung in Budapest wurde auch der Zusammenschluss der KEK mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) diskutiert. 2015 wurde dann jedoch der Beschluss für eine weitreichendere Kooperation anstatt eines tatsächlichen Zusammenschlusses getroffen. Folglich enthält der Jahresabschluss der KEK nun nicht mehr den Jahresabschluss der CCME. Der erste Einzelabschluss für die „neue“ KEK wurde für das Jahr 2016 erstellt.

Neue Formel zur Berechnung der Mitgliedsbeiträge

Wie bereits erwähnt war der Haushaltsausschuss beauftragt worden, eine neue Formel zur Berechnung der Mitgliedsbeiträge vorzuschlagen, die „auf den Prinzipien der Solidarität und der fairen Beteiligung beruht“. Die derzeit zugrunde gelegte Formel stammt aus dem Jahr 1996. Man hatte gehofft, bis zum 1. Januar 2016 eine neue Formel erarbeitet zu haben.

Der Haushaltsausschuss hat diesem Thema in den ersten zwei Jahren seines Bestehens während Sitzungen und in der Zeit dazwischen auf dem Schriftweg viel Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet. Die „Prinzipien der Solidarität und der fairen Beteiligung“ bedeuten (a) die dankbare Anerkennung, dass einige Kirchen ihr Bekenntnis zur und ihr Engagement für die KEK durch großzügige Beiträge zum Ausdruck bringen werden; (b) dass einige Mitgliedskirchen sehr klein sind und nur einen geringen finanziellen Beitrag leisten können; und (c) dass der Beitrag, der von den Mitgliedskirchen gefordert wird, die Größe der jeweiligen Kirche und den relativen Wohlstand des Landes, in dem sie zu Hause ist, im Vergleich zu anderen berücksichtigen sollte. Diese Prinzipien finden sich alle in der einen oder anderen Form auch bei den anderen ökumenischen Organisationen wider, die sich der Haushaltsausschuss angeschaut hat: Sie alle verbinden die Anzahl der Mitglieder einer Kirche und einen Faktor wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt oder die Beiträge zu den Vereinten Nationen des jeweiligen Landes.

Die Anwendung dieser Prinzipien ist aber alles andere als einfach. Unterschiedliche Kirchen zählen ihre Mitglieder auf unterschiedliche Art und Weise. In einigen Ländern wird über Mitgliederzahlen sorgfältig Buch geführt (zum Beispiel für Vereinbarungen mit den örtlichen Steuerbehörden), in anderen Ländern sind die Mitgliederzahlen nur Schätzungen. Die Strukturen einer Kirche können bedeuten, dass erhebliche Anteile der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auf lokaler Ebene verwaltet werden und nur ein kleiner Teil für den zentralen Haushalt verfügbar ist, aus dem aber Zahlungen wie der Mitgliedsbeitrag für die KEK geleistet werden müssen. Es hat sich zudem herausgestellt, dass die Anwendung egal welcher der verschiedenen möglichen Formeln zu sehr großen Veränderungen (nach unten oder oben) der Beiträge für bestimmte Kirchen führen würde und dass es – falls solche Veränderungen hinnehmbar und zumutbar wären – notwendig sein würde, diese durch einen zusätzlichen Faktor, der die Höhe der bisherigen Mitgliedsbeiträge widerspiegelt, etwas abzudämpfen.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte kein Konsens erzielt werden. Es wurde vereinbart, dass der Mindestmitgliedsbeitrag von € 800 auf € 850 angehoben werden solle und dass die sechs Kirchen, die einen höheren Beitrag zahlen, gebeten würden, diesen auch in den kommenden Jahren nicht zu senken.

Bis einschließlich 2015 zahlten einige Kirchen neben ihrem Mitgliedsbeitrag an die KEK zusätzliche Beiträge an die KKG. Es bestand die Hoffnung, dass die Beiträge an die „neue“ KEK in der Höhe diesen beiden Summen entsprechen würden, es war jedoch auch klar, dass dies möglicherweise nicht der Fall sein würde. Tatsächlich fiel die Summe der Mitgliedsbeiträge von den maximal erreichten € 1.325.000 auf geschätzte € 1.185.000 im Jahr 2017, wobei nicht eindeutig gesagt werden kann, inwieweit dies wirklich auf den Zusammenschluss zurückzuführen ist.

Der Haushaltsausschuss griff das Thema 2017 erneut auf und prüfte weitere Optionen, darunter unter anderem die Option, den Mitgliedsbeitrag an die Anzahl der Vollversammlungsdelegierten zu knüpfen, die in der Verfassung festgelegt ist. Aber auch hier schien keine zufriedenstellende Lösung möglich. Der Schatzmeister und der Stellvertretende Schatzmeister haben am 6. Februar 2018 einen letzten Versuch unternommen, einen neuen Vorschlag zu formulieren, der am 23. Februar auch im Haushaltsausschuss diskutiert wurde und dem Vorstand am 14. März 2018 vorgestellt wurde. Dieser Vorschlag wurde mit Dank entgegengenommen und wird dem Finanzausschuss der Vollversammlung zur Prüfung und möglichen Beschlussfassung durch die Vollversammlung weitergeleitet. Die neue Formel, nach der der ordentliche Mitgliedsbeitrag berechnet werden soll, legt eine Gesamtsumme fest, die durch die Mitgliedsbeiträge zusammenkommen soll (Einkommensziel durch Mitgliedsbeiträge = MI), berücksichtigt die Anzahl der Mitglieder einer Kirche, das Bruttonationaleinkommen pro Kopf nach Kaufkraftparität (BNE/Kopf nach KKP) sowie einen „Erfahrungsfaktor". Die Multiplikation der Anzahl Kirchenmitglieder mit dem BNE/Kopf nach KKP ergibt das fiktive Vermögen aller Kirchenmitglieder zusammen, aus dem im Vergleich der „Vermögensfaktor" (WF%) errechnet wird. Die 2014 bis 2016 gezahlten Mitgliedsbeiträge ergeben den „Erfahrungsfaktor" (EF%). Beide Faktoren werden mit einer bestimmten Gewichtung in die Formel aufgenommen (W1 für WF% und W2 für EF%). Die Formel zur Berechnung des geforderten Mitgliedsbeitrags (MF) einer einzelnen Kirche ist somit:

$$MF = MI*(W1*WF\%+W2*EF\%)$$

Da viele Kirchen schon Probleme haben, den geforderten Mindestbeitrag zu bezahlen, wird darüber hinaus vorgeschlagen, zu empfehlen, dass Kirchen gebeten werden sollen, den halben Mindestbeitrag zu bezahlen, wenn der berechnete ordentliche Mitgliedsbeitrag zwischen € 0 und € 500 liegt, und den vollen Mindestbeitrag von € 850 zu bezahlen, wenn die Berechnung nach oben genannter Formel einen Beitrag von € 501 bis € 1000 ergibt.

Für internationale Mitglieder wird es erforderlich sein, den Mitgliedsbeitrag für die kommenden 5 Jahre anhand der Mitgliederzahlen der Kirchen, die sie repräsentieren, und der Gesamtzahl ihrer Vollversammlungsdelegierten zu verhandeln.

Für neue Mitglieder muss der Mitgliedsbeitrag ebenfalls in Verhandlungen festgelegt werden und auf der Größe der Kirche, dem BNE/Kopf nach KKP des jeweiligen Heimatlandes der Kirche und dem Mitgliedsbeitrag, den vergleichbare Kirchen gezahlt haben, basieren bis der „Erfahrungsfaktor" verfügbar ist und der Mitgliedsbeitrag dann nach der oben genannten Formel berechnet werden kann.

Ziel ist, die Mitgliedsbeiträge alle fünf Jahre ausreichend lange vor einer Voll-

versammlung nach der neuen Formel zu berechnen und als Grundlage dafür die Mitgliederzahlen zu verwenden, die auch verwendet werden, um die Zahl der Vollversammlungsdelegierten einer Kirche zu ermitteln, sowie die aktuellsten von der Weltbank verfügbaren Daten zum BNE/Kopf nach KKP.

Es wird weiterhin vorgeschlagen, zwei dynamische Elemente einzubauen: zum einen soll das Einkommensziel durch Mitgliedsbeiträge (MI) jedes Jahr leicht angehoben und zum anderen der „Erfahrungsfaktor" jedes Jahr leicht verringert werden. Gleichzeitig soll für das Sekretariat das klare Ziel gesetzt werden, die voraussichtliche Summe nicht bezahlter Mitgliedsbeiträge jedes Jahr um einen bestimmten Prozentsatz zu verringern.

Mit diesem Vorgehen kann von jeder Vollversammlung für die jeweils folgenden fünf Jahre ein Muster für die Berechnung der Mitgliedsbeiträge festgelegt und beschlossen werden. Dafür müsste die Vollversammlung – nach Beratungen im zuständigen Finanzausschuss – das Einkommensziel durch Mitgliedsbeiträge pro Jahr (MI) nach Maßgabe des 5-Jahres-Finanzplans sowie die Gewichtung der beiden Faktoren festlegen. Nur der Mitgliedsbeitrag neuer Mitglieder würde im ersten Schritt vom Vorstand beschlossen werden.

Der Haushaltsausschuss hat außerdem zur Kenntnis genommen, dass viele Kirchen erhebliche Sachbeiträge geleistet haben, zum Beispiel die Austragung einer Tagung (z. B. die ungarischen Kirchen bei der Vollversammlung in Budapest, die Armenische apostolische Kirche durch die Austragung der Vorstandssitzung 2016) oder durch die Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten vom Präsidenten und Vizepräsidenten der KEK oder von Mitgliedern anderer Ausschüsse. Einige dieser Kosten wurden von den jeweils betroffenen Einzelpersonen übernommen und die Gesamtsumme ist den zuständigen Stellen in der eigenen Kirche vielleicht gar nicht bekannt. Aus diesem und anderen Gründen hat es sich als unmöglich erwiesen, Buch über die Gesamtsumme derartiger Beiträge zu führen.

Ausgaben 2013-2017

Die Vollversammlung in Budapest hat auf Empfehlung ihres Finanzausschusses den Haushalt für 2013 und 2014 bestätigt und den Finanzplan für den Zeitraum 2015-2019 entgegengenommen. Auf der Ausgabenseite hatte der Finanzausschuss der Vollversammlung gehofft, den Aufbau einer soliden allgemeinen Reserve von rund € 200.000 verzeichnen zu können, um der KEK größere Planungssicherheit zu geben, sowie Zuweisungen von rund € 400.000 an den Vollversammlungsfonds über den genannten Zeitraum und den Aufbau einer Projektreserve von € 100.000. Diese Ziele wurden erreicht und die Zuweisungen an den Vollversammlungsfonds lagen sogar höher. Es war zudem möglich, die Summe von € 100.000 als Reserve für eine mögliche weitere ökumenische Versammlung in Europa zuzuteilen.

Der Finanzplan enthält mit Blick auf die Ausgaben einige unsichere Annahmen. So war davon ausgegangen worden, dass die neue Arbeitsform des Vorstands, der zwar nun zweimal im Jahr tagt, aber gleichzeitig viel weniger Mitglieder umfasst als das Vorgängergremium, zu einer leichten Erhöhung der Kosten für die Leitung der Organisation führen würde. Tatsächlich betrugen die Kosten aber weniger als 50% der veranschlagten Summe, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die Mitgliedskirchen die Kosten für ihre eigenen Delegierten selbst übernommen haben und in einem Fall sogar die kompletten Kosten für die Vorstandssitzung.

Kosten für „Arbeitsmechanismen", die Thematischen Referenzgruppen, die sich mit bestimmten Themen und damit zusammenhängenden Aktivitäten beschäftigen, waren sehr viel niedriger als erwartet, auch wenn dies teilweise darauf zurückzuführen ist, dass es länger als erwartet gedauert hat, einige dieser Mechanismen einzurichten, und diese erst in der zweiten Jahreshälfte 2016 voll funktions- und einsatzfähig waren.

Der Finanzplan spiegelte die Überzeugung des Finanzausschusses der Vollversammlung wider, dass zwischen 10 und 15 Mitarbeitenden gebraucht würden; tatsächlich arbeiteten zum Zeitpunkt der Vollversammlung in Budapest nur 10,5 Vollzeitäquivalente. Eine Kostenreduzierung pro Stelle war ins Auge gefasst worden, tatsächlich aber lagen die Personalkosten weit unter den im Finanzplan angegebenen: 2014 lagen sie 24% darunter, 2015 waren es 30% und 2016 sogar 34%. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Stellen länger unbesetzt blieben als geplant, so hatte die Ekklesiologie-Abteilung zum Beispiel erst ab Herbst 2016 einen neuen Abteilungsleiter. Abgeschlossen war die Personalbesetzung erst in der zweiten Jahreshälfte 2017.

Man war davon ausgegangen, dass die Kosten für die Räumlichkeiten, also die Mietkosten, geringer sein würden als vor dem Zusammenschluss. Und auch wenn die Miete in Brüssel letztendlich höher war als erwartet, konnte durch die flexibel gestalteten Räumlichkeiten während der Zeit, in der Stellen unbesetzt waren, weniger Raum angemietet und so die Mietkosten reduziert werden. 2014 lagen die Mietkosten 20% unter den veranschlagten und 2015 sogar 32% darunter.

Die Übersicht über Einnahmen und Ausgaben 2013-2017 zeigt, dass das kumulierte Ergebnis der fünf Jahre bei € 50.952 lag. Ein Teil davon wird 2018 möglicherweise gebraucht werden, um die höheren Kosten für die Erarbeitung einer juristisch korrekten Fassung der Verfassung der KEK abzudecken.

Vollversammlung in Novi Sad

Für das Budget der Vollversammlung wurde vom Vorstand im Dezember 2017 ein Betrag von € 1.175.900 festgesetzt. Maximal sollten 515 Personen teilnehmen (an der Vollversammlung 2013 hatten 470 Personen teilgenom-

men). 60% der Kosten sollten durch die Mitgliedsbeiträge abgedeckt werden (Vollversammlungsfonds), 16% durch die Teilnahmegebühr, 16% durch separate Zuwendungen der Kirchen und kirchlichen Organisationen und 8% durch staatliche oder sonstige Zuwendungen. Die letzte Prüfung des Budgets hat ergeben, dass die Nichtausschöpfung der finanziellen Mittel in einigen Kategorien des Budgets möglicherweise höher sein könnte als die Budgetüberschreitungen in anderen Kategorien. So ist davon auszugehen, dass der Budgetrahmen für die Vollversammlung nicht überschritten wird.

Kapitalrücklagen

Zu großen Teilen aufgrund der Tatsache, dass einige Stellen zwischen 2013 und 2016 länger unbesetzt blieben, war es möglich eine Summe von € 266.301,77 den allgemeinen Reserven zuzuführen. Hinzugefügt werden konnte hier zudem das Kapital der ehemaligen KKG, das sich auf € 233.698,23 belief, so dass die allgemeinen Reserven zum Ende des Jahres 2017 eine Summe von € 500.000 aufweisen. Dies entspricht etwas weniger als einem Drittel des Jahresbudgets der KEK. Wie bereits erwähnt, wurden darüber hinaus € 100.000 für eine künftige ökumenische Versammlung nach 2020 zurückgelegt, weitere € 100.000 stehen als Reserve für ein ökumenisches Projekt zur Verfügung und € 50.000 dienen als Reserve für unvorhergesehene Personalkosten. All dies zusammengenommen gibt der KEK eine solide Grundlage für die kommenden Jahre.

Abschließende Bewertung der Strategie 2014-2018

Auf der Vollversammlung in Budapest 2013 legte der Finanzausschuss in seinem von der Vollversammlung angenommenen Bericht folgende Ziele für die kommende Zeit fest:

1. Nachhaltige finanzielle Stabilisierung
2. Dauerhafte Lösung der Liquiditätsprobleme
3. Absicherung der Projektarbeit und der gesamten inhaltlich-thematischen Arbeit
4. Vermeidung von Defiziten durch Vollversammlungen
5. Erschließen neuer finanzieller Ressourcen durch ein umfassendes Fundraising-Konzept

Abgesehen von Punkt 5. wurden alle diese Ziele erreicht. Die Fundraising-Konzepte sind Teil des neuen Finanzplans 2019-2023, der vom Haushaltsausschuss erarbeitet wurde.

Finanzplan 2019-2023

Ein Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 ist vom Haushaltsausschuss erarbeitet worden, wurde vom Vorstand diskutiert und entgegengenom-

men und wird an den Finanzausschuss der Vollversammlung weitergeleitet werden. Er basiert auf den Annahmen der neuen Formel zur Berechnung der Mitgliedsbeiträge, beinhaltet verschiedene Elemente eines Fundraising-Konzepts, um die Summe der nicht gezahlten Mitgliedsbeiträge zu reduzieren, bestimmte Zuwendungen von Kirchen zu steigern, zusätzliche Gelder für gewünschtes zusätzliches Personal zu beschaffen und zusätzliche Beiträge und Zuwendungen für die Vollversammlung 2023 zu sammeln. Mindestens 50% der erwarteten Gesamtkosten für die Vollversammlung von insgesamt € 1,2 Millionen sollte dann aus den Rücklagen für die Vollversammlung finanzierbar sein, die daher in den kommenden fünf Jahren angesammelt werden müssen.

JAHRESERGEBNISSE	2013	2014	2015	2016	2017	INSGESAMT nach 5 Jahren
Ausgaben						
Gehälter	890,558.68	785,909.16	710,336.38	686,873.53	1,017,759.24	4,091,436.99
Gehälter an KEK entsandte Mitarbeitende & subv. Gehälter	140,116.74	145,318.64	139,469.27	121,856.62	90,805.15	637,566.42
Vollversammlungsfonds	80,000.00	100,000.00	200,000.00	120,000.00	120,000.00	620,000.00
Übrige Kosten	731,824.42	470,584.86	438,143.31	411,206.93	310,793.51	2,362,553.03
Tagungen	380,220.95	85,550.56	80,894.62	111,559.19	163,952.42	822,177.74
Gebäude Brüssel	94,323.86	94,185.38	96,978.00	95,053.52	94,516.26	475,057.02
Ausgaben insgesamt	2,317,044.65	1,681,548.60	1,665,821.58	1,546,549.79	1,797,826.58	9,008,791.20
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge & Kirchen am Rhein	1,270,564.77	1,279,245.23	1,234,477.21	1,108,059.07	1,291,185.65	6,183,531.93
An die KEK entsandte & subv. Mitarbeitende	125,057.38	130,442.00	125,275.09	114,202.60	90,805.15	585,782.22
Spenden & andere Einnahmen	169,342.44	133,467.57	122,318.33	74,895.30	81,249.50	581,273.14
Einnahmen aus Tagungen	662,526.05	112,382.73	128,694.29	164,570.43	165,925.76	1,234,099.26
Gebäude Brüssel	80,533.87	74,063.41	83,712.00	74,370.83	79,691.89	392,372.00
Einnahmen insgesamt	2,308,024.51	1,729,600.94	1,694,476.92	1,536,098.23	1,708,857.95	8,977,058.55
Ergebnis = Einnahmen - Ausgaben	-9,020.14	48,052.34	28,655.34	-10,451.56	-88,968.63	-31,732.65

WICHTIGSTE BEWEGUNGEN IN RÜCKLAGEN	2013	2014	2015	2016	2017	INSGESAMT nach 5 Jahren
Allokation allgemeine Rücklagen	200,000.00		66,301.77			266,301.77
Allokation zweckgebundene Rücklagen					50,000.00	50,000.00
Allokation Vollversammlungsfonds	94,348.14	100,000.00	200,000.00	120,000.00	120,000.00	634,348.14
Allokation Finanzierung zukünftiger europ. ökum. Vers.		100,000.00				100,000.00
Allokation Finanzierung ökumenischer Projekte					100,000.00	100,000.00
Ergebnis Gebäude Brüssel	-13,789.99	-20,121.97	-13,266.00	-20,682.69	-14,824.37	-82,685.02
Ergebnis = Einnahmen - Ausgaben	4,769.85	68,174.31	41,921.34	10,231.13	-74,144.26	50,952.37

AUSGABEN NACH ARBEITSBEREICH	2013	2014	2015	2016	2017	INSGESAMT nach 5 Jahren
Generalsekretariat	414,288.09	447,301.43	387,920.22	331,916.22	294,108.57	1,875,534.53
Bildung v. Rücklagen & zweckgeb. Mittel	200,000.00	100,000.00	66,301.77		150,000.00	516,301.77
Büro & Verwaltung (Fin+Strsbg+Umzug)	319,529.75	327,571.45	199,402.15	241,675.58	179,986.19	1,268,165.12
Vorstand	56,980.05	40,259.76	37,379.11	30,594.75	38,587.45	203,801.12
Vollversammlung (inkl. jährl. Allokation Vollversammlungsfonds)	636,346.69	105,407.76	200,000.00	120,189.00	120,000.00	1,181,943.45
Kommunikation	95,593.01	102,324.31	157,299.26	157,609.32	206,745.23	719,571.13
Europäische Institutionen	18,661.05	3,086.67	9,230.80	15,868.52	4,554.07	51,401.11
Menschenrechte & Religionsfreiheit	140,926.72	130,867.23	168,393.74	152,426.57	181,408.50	774,022.76
Soziale & EU-Angelegenheiten	79,677.04	71,288.08	103,685.14	102,340.85	103,151.45	460,142.56
Wirtschaftliche & Umweltgerechtigkeit	127,372.16	121,619.25	155,694.08	154,602.27	179,865.72	739,153.48
Ekklesiologie	80,426.90	67,625.09	38,488.07	76,210.54	173,761.87	436,512.47
Bildung & Bioethik	12,919.33	30,012.19	1,667.61	3,623.52	2,304.81	50,527.46
Migration	40,000.00	40,000.00	43,000.00	60,508.05	63,000.00	246,508.05
Interreligiöse Zusammenarbeit			381.63	3,931.08	5,836.46	10,149.17
Gebäude Brüssel	94,323.86	94,185.38	96,978.00	95,053.52	94,516.26	475,057.02
Insgesamt	2,317,044.65	1,681,548.60	1,665,821.58	1,546,549.79	1,797,826.58	9,008,791.20

Anhang

MITGLIEDER DES KEK-VORSTANDS

Andreas Henriksen Aarflot, Kirche von Norwegen

Pastor Michael Bubik, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Österreich

Hochwürden Karin Burstrand, Kirche von Schweden

Landeskirchenrätin Christine Busch, Evangelische Kirche in Deutschland

Dr. Katerina Dekanovska, Tschechoslowakische Hussitische Kirche

S. E. Metropolit Emmanuel von Frankreich, Ökumenisches Patriarchat

Pastorin Adriana Florea, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Rumänien

Bischof Christopher Hill, Kirche von England

Archimandrit Ignatios Sotiriadis, Kirche von Griechenland

Emma Johnson, Methodistische Kirche von Großbritannien

S. E. Metropolit Joseph von West- und Südeuropa, Rumänisch-Orthodoxe Kirche

Edouard Kibongui Kanza, Baptisten-Union von Italien (UCEBI)

Pastor Christian Krieger, Union der Protestantischen Kirchen von Elsass und Lothringen

Prof. Dr. Aila Lauha, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Pastor Kanoniker Dr. Leslie Nathaniel, Kirche von England

Pastorin Alison McDonald, Kirche von Schottland

S. E. Bischof Porfyrios von Neapolis, Kirche von Zypern

Pastorin Silke Tosch, Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptistenbund)

Dr. Julija Vidovic, Serbische Orthodoxe Kirche

S. E. Erzbischof Dr. Yeznik Petrosyan, Armenische Apostolische Kirche

STELLVERTRETERINNEN UND STELLVERTRETER DES KEK-VORSTANDS

Sarah Bach, Evangelisch-Methodistische Kirche in der Schweiz

Sonila Dedja-Rembeci, Orthodoxe Autokephale Kirche von Albanien

Pastorin Elfriede Dörr, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Rumänien

Pastor Mag. Thomas Hennefeld, Evangelische Kirche in Österreich

Bischof Hovakim Manukyan, Armenische Apostolische Kirche

Oberkirchenrat Rainer Kiefer, Evangelische Kirche in Deutschland

Pastorin Martina Kopecka, Tschechoslowakische Hussitische Kirche

Pastor Dr. Andrzej Kuzma, Polnische Autokefale Orthodoxe Kirche

Dunia Magherini, Baptisten-Union von Italien (UCEBI)

Pastor Christian Roar Pedersen, Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark

Dr. Aleksandra Pistalo, Serbisch-Orthodoxe Kirche

Pastor Tapani Rantala, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Pastorin Kanonikerin Sarah Rowland Jones, Kirche in Wales

Pastor Marc Seiwert, Verband der Protestantischen Kirchen im Elsass und in Lothringen

Pastor Dr. Sorin Selaru, Rumänische Orthodoxe Kirche

Pastor Stephan von Twardowski, Evangelisch-Methodistische Kirche in Deutschland

Pastor Dr. Donald Watts, Presbyterianische Kirche in Irland

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Haushaltsausschuss:

Pastor Michael Bubik – Schatzmeister
Prof. Dr. David McClean
Pastor Christian Krieger
Arja Stenholm

Nominierungsausschuss:

Landeskirchenrätin Christine Busch
S. E. Metropolit Emmanuel von Frankreich – Vorsitzender
Emma Johnson
S. E. Metropolit Joseph von West- und Südeuropa
Pastor Christian Krieger

Personalausschuss:

Bischof Christopher Hill
Pastor Michael Bubik
Hochwürden Karin Burstrand
Pater Heikki Huttunen

KEK-CCME-Verhandlungsgruppe

Dr. Victoria Kamondji Johnston
Elena Timofticiuc
Pastor Thorsten Leißer
Doris Peschke
Hochwürden Karin Burstrand
Pastor Christian Krieger
Andreas Henriksen Aarflot
Pater Heikki Huttunen
Eingeladen als Sachverständiger:
Pastor Michael Bubik

Gemeinsamer Ausschuss KEK-CCEE

Hochwürden Karin Burstrand, Kirche von Schweden

S. E. Metropolit Emmanuel von Frankreich, Ökumenisches Patriarchat

Pastorin Adriana Florea, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Rumänien

Bischof Christopher Hill, Kirche von England

S. E. Metropolit Joseph von West- und Südeuropa, Rumänische Orthodoxe Kirche

Archimandrit Ignatios Sotiriadis, Kirche von Griechenland

Pastorin Silke Tosch, Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptistenbund)

Planungsausschuss für die Vollversammlung 2018 in Novi Sad

Pastor Kanoniker Dr. Leslie Nathaniel, Kirche von England – Vorsitzender

Catherine Tsavdaridou, Ökumenisches Patriarchat – stellvertretende Vorsitzende

Nan Braunschweiger, Kirche von Schottland/Ökumenischer Rat der Kirchen

Pastor Michael Bubik, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Österreich

S. E. Erzbischof Yeznik Petrosyan, Armenische Apostolische Kirche

Pastorin Helle Rosenkvist, Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark

Oberkirchenrat Klaus Rieth, Evangelische Landeskirche in Württemberg

Archimandrit Ignatios Sotiriadis, Kirche von Griechenland

Elena Timofticiuc, Ökumenische Vereinigung der Kirchen in Rumänien (AIDRom)

Lokaler Planungsausschuss für die Vollversammlung 2018 in Novi Sad

Valentina Karanovic

Danilo Mihajlovic

Milan Tolj

Ivica Markovic

Jelena Lalic

Branko Kalaba

Mirjana Banović

Dragana Masic

Saša Kuridža

Ivan Vasiljevic

Milovan Krstic

Miroslav Ilić
Srdjan Stevanovic
Mladen Kaurin
Bojan Djurdjevic
David Bajac
Nikola Duvnjak

Gottesdienstausschuss für die Vollversammlung

Pastorin Sabine Udodesku, Evangelische Kirche in Deutschland – Vorsitzende
Pater Miodrag Andrič, Serbische Orthodoxe Kirche
Marianna Apresyan, Armenische Apostolische Kirche
Anna Barton, Kirche von England/Altkatholische Kirche in Tschechien
Pater Constantin Miron, Ökumenisches Patriarchat
Nikos Kosmidis, Kirche von Griechenland
Triin Salmu, Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche
Pastorin Karin Wiborn, Christenrat von Schweden
Jooa Sotejeff-Wilson, Orthodoxe Kirche von Finnland

THEMATISCHE REFERENZGRUPPEN (TRG)

TRG Bioethik

Pastor Dr. Jean Boboc, Rumänische Orthodoxe Kirche

Dr. Andrea Dörries, Evangelische Kirche in Deutschland

Prof. Konstantinos Kornarakis, Kirche von Griechenland

Dr. Murdo Macdonald, Kirche von Schottland

S. E. Bischof Makarios von Christoupoleos, Ökumenisches Patriarchat

Pastor Dr. Brendan McCarthy, Kirche von England

Ass.-Prof. Marioras Michalis, Kirche von Griechenland

Dr. Ulrik Becker Nissen, Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark

Pastor Meego Remmel, Estnischer Kirchenrat

Prof. Luca Savarino, Evangelische Waldenserkirche in Italien

Pastorin Dr. Miriam Szőkeová, Schlesische Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Tschechien

Dr. Julija Vidovic, Serbische Orthodoxe Kirche

TRG Ekklesiologie und theologischer Dialog

Pastorin María Ágústsdóttir, Evangelisch-Lutherische Kirche Islands

Pastor Branimir Bučanović, Reformierte Christliche (Calvinistische) Kirche in Kroatien

Pastorin Eva Guldanova, Ökumenisches Forum Christlicher Frauen in Europa

Erzbischof Dr. Michael Jackson, Kirche von Irland

Pastor Dr. Tomi Karttunen, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Pastorin Hilde Marie Ø. Movafagh, Kirche von Norwegen/Christenrat von Norwegen

Dr. Friederike Nüssel, Evangelische Kirche in Deutschland

Pastor Dr. Mattijs Ploeger, Alt-Katholische Kirche der Niederlande

Pastor Dr. Sorin Selaru, Rumänische Orthodoxe Kirche

Archimandrit Pater Agathangelos Siskos, Ökumenisches Patriarchat

Prof. Chryssostomos Stamoulis, Kirche von Griechenland

Pastor Daniel Topalski, Evangelisch-Methodistische Kirche in Mittel- und Südeuropa

TRG Ökonomische und ökologische Gerechtigkeit

Nikolaos Amanatidis, Ökumenischer Jugendrat in Europa

Prof. Nikolaos Asproulis, Kirche von Griechenland

Adéla Denková, Tschechoslowakische Hussitische Kirche

Pastor Dr. Tamas Kodacsy, Reformierte Kirche in Ungarn

Ir. MPhil. Kees Nieuwerth, Kirche und Frieden

Pastor Dr. Panu Pihkala, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Pastor Hans-Martin Renno, Evangelisch-Methodistische Kirche in Deutschland

Pastor Dr. Raag Rolfsen, Kirche von Norwegen/Christenrat von Norwegen

Adrian Shaw, Kirche von Schottland

Pastorin Sabine Udodesku, Evangelische Kirche in Deutschland

Rob van Drimmelen, Vereinigte Protestantische Kirche von Belgien

TRG Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft

Hanna Broadbridge, Evangelisch-Lutherische Kirche in Dänemark

Vincent Dubois, Vereinigte Protestantische Kirche von Belgien

Erzpriester Christos Filiotis, Ökumenisches Patriarchat

Pastor Vasile Iorgulescu, Rumänische Orthodoxe Kirche

Ass.-Prof. Marioras Michalis, Kirche von Griechenland

Hana Moualla, Tschechoslowakische Hussitische Kirche

Jan Schinkelshoek, Evangelische Kirche in den Niederlanden

Dr. Peter Schreiner, Evangelische Kirche in Deutschland/Intereuropäische Kommission für Kirche und Schule

Pastorin Tuula Helena Vinko, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Maria Wingård, Kirche von Schweden

TRG Beschäftigung und Soziales

Oberkirchenrat Dr. Ralph Charbonnier, Evangelische Kirche in Deutschland

Vladimir Gerka, Orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei

Prof. Dr. Konstantinos Delikostantis, Ökumenisches Patriarchat

Dr. Vasileios Meichanetsidis, Kirche von Griechenland

Heather Roy, Eurodiaconia

Mag. Martin Schenk, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Österreich

Eva Ungvari, Ökumenischer Jugendrat in Europa

Pater George Valcu, Rumänische Orthodoxe Kirche

TRG Politik und Gesetzgebung in der EU

Dr. Altana Filos, Griechische Evangelische Kirche

Lena Kumlin LLM, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Prof. Nikolaos Maghioros, Kirche von Griechenland

Dr. Joanna Matuszewska, Evangelisch-Reformierte Kirche in Polen

Prof. Dr. David McClean, Kirche von England

Dr. Kenneth Milne, Kirche von Irland

Prof. Dr. Rüdiger Stotz, Evangelische Kirche in Deutschland

Reinis Vanags, Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands

Laki Vingas, Ökumenisches Patriarchat

Louise Wilkins, Methodistische Kirche von Großbritannien

TRG Menschenrechte

Archimandrit Aimilianos Bogiannou, Ökumenisches Patriarchat

Marta Cecha, Autokephale Orthodoxe Kirche in Polen

Pastor Serge Fornerod, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

Pastor Dr. Göran Gunner, Kirche von Schweden

Dr. Peter Krömer, Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Österreich

Pirkko Mäkinen, Orthodoxe Kirche von Finnland

Pastor Attila Palcsó, Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei

Dr. Aleksandra Pistalo, Serbisch-Orthodoxe Kirche

Pastor Dr. Patrick Roger Schnabel, Evangelische Kirche in Deutschland

Lisa Schneider, Ökumenischer Jugendrat in Europa

Prof. Dr. Vassiliki Stathokosta, Kirche von Griechenland

Natallia Vasilevich, Christlicher Studentenweltbund - Europa

Geesje Werkman, Evangelische Kirche in den Niederlanden

Dr. Pamela Slotte, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands (im Amt bis 2017)

Fiona Buchanan, Kirche von Schottland (im Amt bis 2017)

TRG Frieden und Versöhnung

Anne May Agerup, Kirche von Norwegen

Pastor Dr. Björn Cedersjö, Unionskirche in Schweden/Kirche von Schweden/Christenrat von Schweden

Pastor Dr. Vilmos Fischl, Ökumenischer Rat der Kirchen in Ungarn

Oberkirchenrätin Antje Heider-Rottwilm, Kirche und Frieden

Dr. Johnston McMaster, Methodistische Kirche in Irland/Irischer Rat der Kirchen

Pastor Kanoniker Dr. Leslie Nathaniel, Kirche von England

Pastor Joost Röselaers, Remonstrantische Bruderschaft

Pastor Aaro Rytkönen, Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Catherine Tsavdaridou, Ökumenisches Patriarchat

Prof. Christos Tsironis, Kirche von Griechenland

CCME-EXEKUTIVAUSSCHUSS

Gegenwärtiges Team (ab Juni 2017):

Vorsitzender:

Lemma Desta, Kirche von Norwegen/Christenrat von Norwegen

Stellvertretende Vorsitzende:

Efthalia Pappa, Kirche von Griechenland

Dora Kanizsai-Nagy, Reformierte Kirche in Ungarn/Kalunba Charity

Schatzmeister:

Apostel Adejare Oyewole, Vereinigter Rat der Cherubim und Seraphim-Kirchen, Vereinigtes Königreich

Mitglieder:

David Bradwell, Kirche von Schottland

Pastorin Sabine Dressler, Evangelische Kirche in Deutschland

Dana Gavril, AIDROM (Ökumenische Vereinigung der Kirchen in Rumänien)

Dr. Katalina Tahaafe-Williams, Vertreterin des Ökumenischen Rates der Kirchen

Andreas Henriksen Aarflot, Kirche von Norwegen, Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Talvikki Ahonen, Orthodoxe Kirche von Finnland

Pater Cristian Popescu, Flüchtlingskommission des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechischen Republik

Exekutivausschuss bis Juni 2017

Vorsitzende:

Dr. Victoria Kamondji Johnston, Protestantischer Bund von Frankreich

Stellvertretende Vorsitzende:

Pastor Alfredo Abad, Spanische Evangelische Kirche

Elena Timofticiuc, AIDROM (Ökumenische Vereinigung der Kirchen in Rumänien)

Schatzmeister:

Pastor Thorsten Leißer, Evangelische Kirche in Deutschland

Mitglieder:

Lemma Desta, Kirche von Norwegen/Christenrat von Norwegen

Pastor Dr. Jeri Jehu-Appiah, Rat der Afrikanischen und Karibischen Kirchen im Vereinigten Königreich

Efthalia Pappa, Kirche von Griechenland

Dr. Katalina Tahaafe-Williams, Vertreterin des Ökumenischen Rates der Kirchen

Andreas Henriksen Aarflot, Kirche von Norwegen, Vertreter der Konferenz Europäischer Kirchen

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Pastor Nektarios Ioannou, Kirche von Zypern

Dora Kanizsai-Nagy, Reformierte Kirche in Ungarn/Kalunba Charity

PARTNERORGANISATIONEN DER KEK

Kirche und Frieden
Kommission der Kirchen für Migranten in Europa
Konferenz europäischer Pfarrvereine
Konferenz europäischer Hochschulseelsorger
Ökumenisches Forum Christlicher Frauen Europa
Eurodiaconia
Europäischer Bund der CVJM
Europäisches Forum Christlicher Männer
Europäischer Bund der CVJF
Friends World Committee for Consultation (FWCC) – Europe and Middle East Section (EMES)
Intereuropäische Kommission für Kirche und Schule
Internationaler Verband für christliche Erziehung und Bildung
Internationale Vereinigung der Gefängnispfarrer- Europa
Oikosnet
Protestant and Anglican Network for life-long learning in Europe (EAEE)
Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Europa
Christlicher Studentenweltbund (Europa)

NATIONALE KIRCHENRÄTE

Arbeitsgemeinschaft der Kirchen in Schottland
Christenrat von Norwegen
Christenrat von Schweden
Christlicher interkonfessioneller Beratungsausschuss
Churches Together in Britain and Ireland
Churches Together in England
Churches Together in Wales
Beratungsausschuss Christlicher Kirchen in Belgien
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
Kirchenrat in den Niederlanden
Ökumenische Vereinigung der Kirchen in Rumänien
Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich
Ökumenischer Rat der Kirchen in Ungarn
Ökumenischer Rat der Kirchen in der Slowakei
Ökumenischer Rat der Kirchen in der Tschechischen Republik
Estnischer Kirchenrat
Bund der Evangelischen Kirchen in Italien
Finnischer Ökumenischer Rat
Protestantischer Bund von Frankreich
Irischer Kirchenrat
Nationaler Kirchenrat in Dänemark
Polnischer Ökumenischer Rat
Rat der Christlichen Kirchen in Portugal
Spanischer Ausschuss für die Zusammenarbeit zwischen den Kirchen
Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz

KEK-MITGLIEDSKIRCHEN

Albanien

Autokephale Orthodoxe Kirche von Albanien

Armenien

Armenische Apostolische Kirche

Österreich

Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Österreich

Alt-Katholische Kirche Österreichs

Evangelische Kirche in Österreich

Evangelisch-Methodistische Kirche in Österreich

Belgien

Vereinigte Protestantische Kirche von Belgien

Bulgarien

Pfingstliche Versammlungen von Bulgarien

Baptistenunion von Bulgarien

Evangelisch-Methodistische Kirche in Bulgarien

Kroatien

Baptistenunion von Kroatien

Kirche Gottes in Kroatien

Evangelisch-Lutherische Kirche in Kroatien

Evangelisch-Pfingstliche Kirche in Kroatien

Reformierte Christliche (Calvinistische) Kirche in Kroatien

Zypern

Kirche von Zypern

Tschechische Republik

Tschechoslowakische Hussitische Kirche

Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder

Altkatholische Kirche in Tschechien

Orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei

Schlesische Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Tschechien

Evangelisch-Methodistische Kirche in Tschechien

Dänemark

Baptistenunion von Dänemark

Evangelisch-Lutherische Volkskirche in Dänemark

Estland

Estnische Evangelisch-Lutherische Kirche

Orthodoxe Kirche Estlands (apostolisch)

Finnland

Evangelisch-Lutherische Kirche Finnlands

Orthodoxe Kirche von Finnland

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Evangelisch-Methodistische Kirche in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien

Frankreich

Bund der evangelischen Baptistenkirchen von Frankreich

Madagassische protestantische Kirche in Frankreich

Union der Protestantischen Kirchen von Elsass und Lothringen

Vereinigte Protestantische Kirche von Frankreich

Georgien

Baptistenunion von Georgien

Deutschland

Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland

Evangelische Kirche in Deutschland

Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptistenunion)

Evangelisch-Methodistische Kirche in Deutschland

Griechenland

Kirche von Griechenland

Griechische Evangelische Kirche

Ungarn

Baptistenunion von Ungarn

Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn

Reformierte Kirche in Ungarn

Evangelisch-Methodistische Kirche in Ungarn

Island
Evangelisch-Lutherische Kirche Islands

Irland
Kirche von Irland
Methodistische Kirche in Irland
Presbyterianische Kirche in Irland

Italien
Bund der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens
Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien
Evangelisch-Methodistische Kirche von Italien
Evangelische Waldenserkirche in Italien

Lettland
Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands
Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands im Ausland (Deutschland)

Liechtenstein
Evangelische Kirche im Fürstentum Liechtenstein

Litauen
Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen
Litauische Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland

Luxemburg
Evangelische Kirche von Luxemburg

Niederlande
Vereinigung der niederländischen Mennonitengemeinden
Alt-Katholische Kirche der Niederlande
Evangelische Kirche in den Niederlanden
Remonstrantische Bruderschaft

Norwegen
Kirche von Norwegen

Polen
Baptistenunion von Polen
Evangelische-Augsburgerische Kirche in Polen
Evangelisch-reformierte Kirche in Polen
Alt-Katholische Kirche der Mariaviten in Polen

Autokephale Orthodoxe Kirche in Polen

Polnische Katholische Kirche (altkatholisch)

Evangelisch-Methodistische Kirche in Polen

Portugal

Evangelisch-Methodistische Kirche in Portugal

Evangelisch-Presbyterianische Kirche Portugals

Lusitanische Katholisch-Apostolische Kirche von Portugal

Rumänien

Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Rumänien (Sibiu)

Evangelisch-Lutherische Kirche in Rumänien (Cluj-Napoca)

Reformierte Kirche von Rumänien

Rumänische Orthodoxe Kirche

Reformierte Kirche in Transsilvanien

Russland

Baptistenunion Russlands

Evangelisch-Lutherische Kirche des Ingermanlandes in Russland

Russische Orthodoxe Kirche (Mitgliedschaft 2008 suspendiert)

Serbien

Reformierte Christliche Kirche in Serbien und Montenegro

Serbische Orthodoxe Kirche

Slowakische Evangelisch-Christliche Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Serbien

Evangelisch-Methodistische Kirche in Serbien

Slowakische Republik

Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in der Slowakischen Republik

Orthodoxe Kirche der tschechischen Länder und der Slowakei

Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei

Slowenien

Evangelische Kirche Augsburgerischen Bekenntnisses in Slowenien

Spanien

Spanische Evangelische Kirche

Spanische Reformierte Bischöfliche Kirche

Schweden

Kirche von Schweden

Unionskirche in Schweden

Schweiz

Evangelisch-Methodistische Kirche in der Schweiz

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

Christkatholische Kirche der Schweiz

Ukraine

Reformierte Kirche in Transkarpatien

Vereinigtes Königreich

Baptistenunion von Großbritannien

Kirche in Wales

Kirche von England

Kirche von Schottland

Kongregationalistische Vereinigung des Vereinigten Königreichs

Rat der Afrikanischen und Karibischen Kirchen im Vereinigten Königreich

Methodistische Kirche von Großbritannien

Presbyterianische Kirche von Wales

Heilsarmee – Territorium des Vereinigten Königreichs und Irland

Schottische Bischöfliche Kirche

Vereinigte Christ-Apostolische Weltweite Shiloh-Kirche

Vereinigte Reformierte Kirche des Vereinigten Königreichs

Internationale Bereiche

Ökumenisches Patriarchat

Europäische Baptisten-Vereinigung

Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland und anderen Staaten

Brüder-Unität Provinz Kontinentaleuropa

Heilsarmee - Internationaler Hauptsitz

Methodistische Kirche - Nord-Europa und Baltischer Raum

© Konferenz Europäischer Kirchen
Ökumenisches Zentrum
rue Joseph II, 174
BE-1000 Brüssel

www.ceceurope.org

cec
conference of european churches